



Niedersächsische Landeszentrale
für politische Bildung

Informativ und Aktuell

Peter Hoffmann

Der Balkan
Eine Konfliktregion in unserer
Nachbarschaft

Hass überwinden – Frieden stiften

Materialiensammlung zur politischen Bildung

Auf Beschluss der Landesregierung wird die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung mit Ablauf des 31. 12. 2004 aufgelöst. Danach werden die Online-Publikationen der NLpB in das Angebot der Bundesarbeitsgemeinschaft „Politische Bildung Online“ (<http://www.politische-bildung.de>) übernommen.

Nachbestellungen von Einzelexemplaren bitte bis 30. 11. 2004 über

Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung

– Literaturstelle –

Fax: (0511) 3901290

oder

<http://www.nlpb.de> (Rubrik „Publikationen“)

Auslieferung nach Verfügbarkeit: Der Versand erfolgt unfrei.

Herausgegeben von der Niedersächsischen
Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 2004

Redaktion: Ekkehard Stüber

Die Veröffentlichung ist keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin.

Die Reihe „Informativ und Aktuell“ hat das Ziel,
der interessierten Öffentlichkeit Beiträge zur Diskussion
von politischen Schwerpunktthemen vorzustellen.
Damit will die Niedersächsische Landeszentrale für
politische Bildung einen schnellen Zugriff zu aktuellen
und Hintergrundinformationen ermöglichen.

Für die inhaltlichen Aussagen der Reihe
tragen die jeweiligen Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Wenn es im Einzelfall nicht gelungen ist, Rechteinhaber ausfindig zu machen,
werden diese gebeten, sich mit der Herausgeberin in Verbindung zu setzen.

Druck: Druckerei Dobler, Alfeld,
gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Peter Hoffmann

Der Balkan

**Eine Konfliktregion in unserer
Nachbarschaft**

Hass überwinden – Frieden stiften

Inhaltsverzeichnis

Manipulierte Völker	3
Religionen – Nationen – Ethnien	5
Historische Entwicklungslinien	8
Slowenien	11
Kroatien	13
Bosnien-Herzegowina	19
Serbien bis 1918.	28
Vojvodina	30
Kosovo	31
Montenegro	37
Mazedonien	39
Königreich Jugoslawien	41
Volksrepublik Jugoslawien	42
Jugoslawien und Serbien unter Milošević	45
Perspektiven einer Friedensordnung	46
Zeittafel	48
Literaturhinweise	3. Umschlagseite

Jeder Mensch, ob alt oder jung, weiß, dass Böses wieder Böses erzeugt, Opfer ihrerseits wieder zu Tätern werden können. Die Zweispieltigkeit menschlichen Wesens kann durch menschenwürdige Erziehung und Politik in ihrer guten Seite gestärkt, aber auch durch hassgeprägte Manipulation zum Bösen gewendet werden.

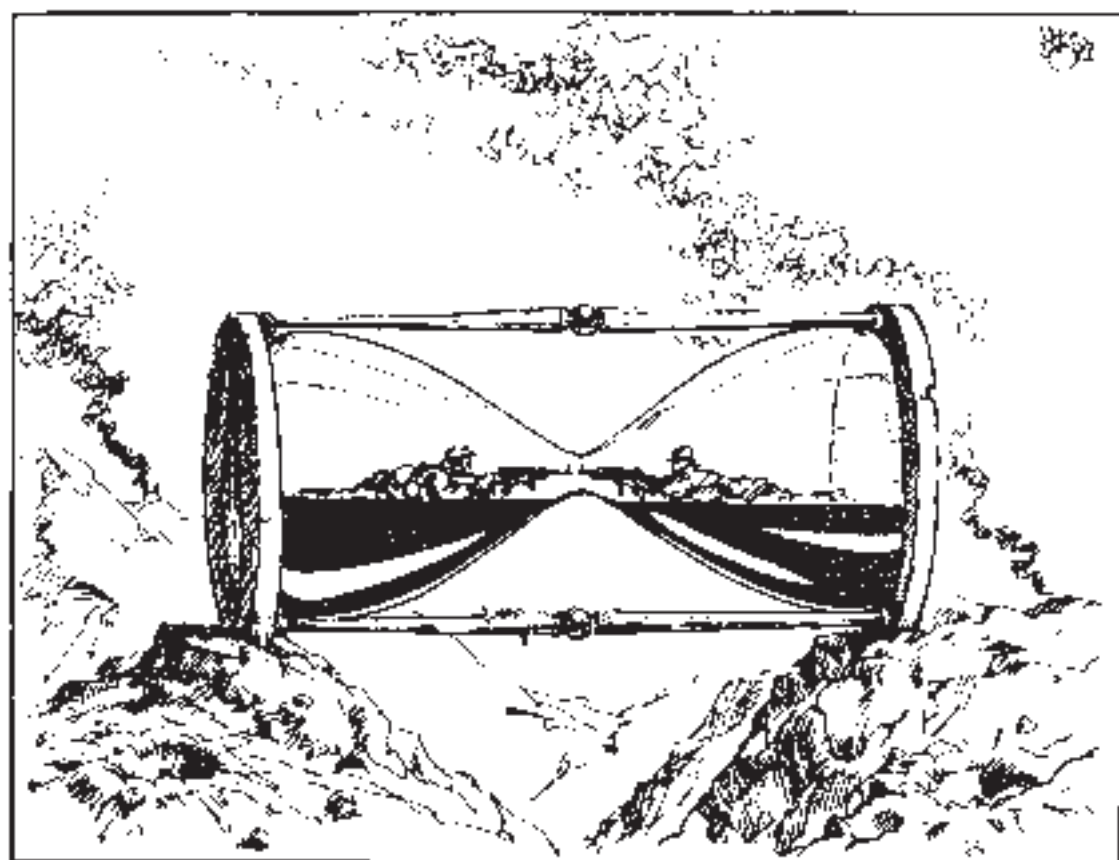
„Es genügt, die Umstände auch nur ein wenig zu verändern, und schon wird das Tier im Menschen hervorgebracht.“¹

Léon Blum

Dennoch überraschten das Ausmaß und die Intensität der Gewalt, der fanatisierte Hass und die unglaubliche Zerstörungswut, die den Zerfall Jugoslawiens Anfang der 90er Jahre begleiteten.

Ethnisch und religiös gemischte Familien und friedlich miteinander lebende Nachbarn unterschiedlicher Nationalität gerieten über Nacht in den Strudel erbitterter Feindschaft. Doch die scheinbare Spontaneität der Gewalt im Bürgerkrieg war oftmals von skrupellosen Politikern von langer Hand vorbereitet. Mit Hilfe gleichgeschalteter Medien hatten

sie systematisch ethnischen Hass aufgebaut, der in manchen Familien erhalten geblieben war und sich als wiederbelebungsfähig erwies. Auf diese Weise wurden die Völker geradezu aufeinander gehetzt, und dies veränderte Serben, Kroaten und Muslime, die miteinander aufgewachsen, zusammen zur Schule gegangen und miteinander befreundet waren, die untereinander geheiratet und Kinder bekommen hatten.



Balkans-Zeit

W. ALSTON

¹ Léon Blum, französischer Ministerpräsident und Chef der Volksfrontregierung 1936/37, zit. n. Jean Lacouture: Léon Blum, Paris 1977, S. 498.

Kriegsgräuel und Verbrechen

- **Vertreibungen:** Ein strategisches Ziel von Serben, Kroaten und Muslimen war die so genannte „ethnische Säuberung“. Entstanden ist dieser Begriff im Sommer 1991, als die Kroaten in Westslawonien begannen, systematisch die serbische Bevölkerung zu vertreiben und ihre Häuser niederzubrennen. Im Gegenzug schafften die Serben im kroatischen Ostslawonien „ethnisch reine Gebiete“. Mehr noch als in der Republik Kroatien verfolgten die Kriegsparteien in Bosnien-Herzegowina die systematische Vertreibung der Bevölkerung.
- **Morde:** Die Täter rechtfertigten ihre Gräueltaten mit den „höheren nationalen Zielen“, mit der „Rache für Verbrechen des Gegners“ oder zogen sich hinter den „militärischen Gehorsam“ zurück.
- **Lager:** Weitgehend unbemerkt von der Weltöffentlichkeit haben Serben, Kroaten und Muslime Zehntausende ihrer Gegner in Lagern zusammengepfercht, von denen sich einige zu regelrechten Vernichtungslagern entwickelten.
- **Massenvergewaltigungen:** Eine besonders verabscheuungswürdige Ausformung der Gewalt im jugoslawischen Bürgerkrieg waren die Massenvergewaltigungen von Frauen. „Alle Konfliktparteien haben Vergewaltigungen als Kriegswaffe eingesetzt. Soldaten haben in den überfallenen Dörfern Frauen und Mädchen in ihren Häusern vergewaltigt, sogar vor den Augen von Familienangehörigen mitten auf der Straße. In einigen Dörfern und Städten wurden Frauen und Mädchen zusammengetrieben und oft in Schulen oder Sporthallen interniert. Dort wurden sie von Einzelnen oder ganzen Gruppen manchmal tage- oder gar wochenlang vergewaltigt und missbraucht.“ (Menschenrechtsgruppe „Helsinki Watch“, im April 1993)

Viele geschändete Frauen verschweigen bis heute ihre Demütigung selbst vor ihrer Familie, um einer gefürchteten Ächtung zu entgehen. Ein großer Teil der Vergewaltigten wurde später von den Tätern umgebracht, um die Verbrechen zu verwischen.

So zeigten Menschen, die ohne ethnische Vorurteile aufgewachsen waren und die im Frieden ganz normal erschienen, unter den Bedingungen von Krieg und entfesselter Gewalt die pathologische Seite ihres Charakters. Hier zeigte sich die Wirkung der Propaganda, die aus der Geschichte früherer Kriege oder den kulturellen und religiösen Unterschieden ein Gefühl der Bedrohung schürte und als „bewiesen“ erklärte, dass die Feinde keine menschlichen Wesen und deshalb als solche auch nicht zu behandeln seien.

Dieses Verhalten der Menschen und den dahinter stehenden politischen Willen verkannten westliche Politiker, die noch am Vorabend der Belgrader Militäraktionen gegen Slowenien und Kroatien im Juni 1991 Jugoslawien als Einheit erhalten wollten. Begünstigt wurde der Zerfall Jugoslawiens durch seine undemokratischen

Strukturen, von denen insbesondere die politische Führung in Serbien sich nicht trennen wollte. Sie verhinderte jegliche Entwicklung zu Demokratie, Gleichberechtigung und Toleranz. Außerdem versuchte die serbisch dominierte jugoslawische Armee den Zusammenhalt des Gesamtstaates über ein Maß hinaus zu erhalten, das die übrigen Republiken nicht mehr dulden wollten.

Hier fand eine Entwicklung ihren Abschluss, die Tito bereits 1978, zwei Jahre vor seinem Tod, mit den Worten „Mein größter politischer Misserfolg war wohl, dass es mir nicht gelungen ist, die Völker Jugoslawiens zu einer wirklichen Gemeinschaft zusammenzubringen.“² prognostiziert hatte. Das Gleichgewicht zwischen Mehr- und Minderheiten war zerstört. Im Kampf um knappe Ressourcen betrachteten die jeweiligen Mehrheiten die Minderheiten als Konkurrenten, Sicherheitsrisiko oder Modernisierungshemmnis, die durch Assimilierung einerseits, Flucht,

Umsiedlung, Vertreibung oder – als Ultima Ratio – Tod andererseits ausgeschaltet werden sollten.

Doch der Untergang der jugoslawischen Identität als Staatsnation sowie des Staates ab 1991 war nicht Folge eines vom „Volk“ bzw. von den „Völkern“ initiierten Prozesses, sondern wurde von oben, von den Eliten gewollt und vorangetrieben, die ihrerseits z. T. das Wissen und die internationalen Verbindungen von Kriminellen nutzten.

Der Idealismus der Verführten wich allerdings bald einer nachhaltigen Ernüchterung, der Hass ging in Angst, im besten Fall in Scham über. Nur das verbrecherische Element überstand die Kriege im Wesentlichen unbeschadet und entwickelte nun in den neuen Staaten selbst seine zerstörerische Potenz.

Welche Chancen die „zarte Pflanze“ demokratische Friedens- und Rechtsordnung auf dem Balkan hat, soll im Folgenden anhand der

² Zit. n. Victor Meyer: Wie Jugoslawien verspielt wurde, S. 11.



politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und Strukturen untersucht werden.

Der Begriff „Nation“ ist ebenso vielschichtig. Für seine Bewertung ist das individuelle und kollektive

Bewusstsein ebenso wichtig wie angeblich „objektive“ Merkmale. Ebenso zweideutig wie der Begriff

Religionen – Nationen – Ethnien

Die traditionelle Zuteilung einzelner südslawischer Völker zu Religionen, am deutlichsten in der Gleichsetzung Kroat = Katholik und Serbe = Orthodoxer, bezog und bezieht sich meist nicht auf die Zugehörigkeit zu einer Kirche als Glaubensgemeinschaft, sondern nur auf die Bindung an einen religiös geprägten Kulturkreis. Ähnlich kann man die Montenegriner und Mazedonier als Orthodoxe bezeichnen, die Slowenen wie die Kroaten als katholisch. Neben den „Muslimen im ethnischen Sinn“ waren und sind vor allem auch die nationalen Minderheiten der Albaner (zu über 90 %) und der Türken islamisch.



nisierungsbestrebungen vor allem in den Balkankriegen 1912 bis 1913, im Zweiten Weltkrieg und in den Kriegen in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo/Jugoslawien 1991 bis 1999.

Die Bildung von Staaten, Nationen und Minderheiten ging oftmals Hand in Hand mit Völkermord (Ethnozid). Diese Prozesse bedingten sich gegenseitig. Nach den Befreiungskämpfen wurde die Logik der Räuberbanden (Hajduken = Räuber, die von Überfällen auf durchreisende Handelsleute lebten) akzeptiert, die Logik des Staates noch lange nicht.

Diese Traditionen des Bandenwesens werden bis heute, wenn auch in idealisierter und romantisierender Form, hochgehalten. Das Wort für Bande, „četa“, und davon abgeleitet „četnik“ für Bandenmitglied stieg auf und wurde salonfähig. Das Gleiche galt für den Titel des Chefs, der sich „vojvoda“ nannte, was man mit „Herzog“, aber auch mit „Räuberhauptmann“ wiedergeben kann. In den jüngsten Kriegen schmückten sich auch Politiker und Freischärlerführer und ihre paramilitärischen Truppen mit diesen Bezeichnungen.

„Nation“ ist auch der Begriff „Nationalstaat“. Dieses Problem ist u. a. in der Diskrepanz zwischen den historisch gewachsenen Siedlungsstrukturen und dem modernen nationalstaatlichen Ordnungsprinzip begründet.

So berufen sich die Völker auf dem Balkan zum einen auf ihre „historischen Rechte“, wenn das fragliche Gebiet vor Jahrhunderten bereits einmal zu „ihrem“ Staat gehört hatte, wie z. B. das Kosovo zum mittelalterlichen Serbien. Zum anderen fordern die Völker das Selbstbestimmungsrecht, sofern sich die eigene Nation über die mittelalterlichen Staatsgrenzen hinaus verbreitet hat. Dies gilt z. B. für die in der habsburgischen „Militärgrenze“ – Krajina – angesiedelten Serben, ein Territorium mit eigener Verwaltung auf historisch kroatischem Boden.

Um das Spannungsverhältnis zwischen ethnischer Vielfalt und na-

tionalstaatlichem Imperativ zu lösen, wurden im Laufe der Geschichte verschiedene Lösungsmodelle erprobt.

1. Die Staatsgrenzen wurden auf die ethnischen Siedlungsverhältnisse zugeschnitten. Dies bedeutete den Staatszerfall und die Parzellierung umstrittener Gebiete, wie z. B. Habsburger Monarchie und Osmanisches Reich, Mazedonien, Thrakien, Vielvölkerstaat Jugoslawien und Bosnien-Herzegowina.
2. Die ethnischen Siedlungsverhältnisse wurden den Staatsgrenzen angepasst. Dies bedeutete „Homogenisierungsmaßnahmen“ durch gezielte Assimilation – religiöse Umtaufe, Namensänderungen, sprachliche Umerziehung u. a. –, Bevölkerungsaustausch und Vertreibung bis zum Ethnozid, so z. B. die Serbisierungs-, Bulgarisierungs-, Gräzisierung- und Alba-

Gewalt wurde und wird als Mittel der Konfliktlösung im Alltag und in der Politik akzeptiert oder doch zumindest toleriert. Eine besondere Variante der Gewalt ist die Blutrache, obwohl sie als Kodex nur bei den Albanern, z. T. auch von den Montenegrinern und den Mazedonier, praktiziert wird.

Die Nationalismen der slawischen Nachbarvölker richteten und richteten sich entschieden auf den Staat – das kommt in den Träumen von untergegangenen Reichen ebenso zum Ausdruck wie in den aktuellen Wünschen nach nationaler Solidarität und staatlicher Versorgung. Diesem Bedürfnis kam Tito nach, der, ähnlich wie Lenin, ein großer „Macher“ neuer Nationalitäten war, die ein wichtiges Instrument seiner Herrschaft bilde-

Tschetniks

(četa = Bande, „četnik“ = Bandenmitglied)

Die Tschetniks des 20. Jahrhunderts bildeten sich ab 1941 im Unabhängigen Staat Kroatien (NHD) als lockere, oftmals undisziplinierte Widerstandsgruppen. Ihre Führung rekrutierte sich aus Offizieren der von der deutschen Wehrmacht im Aprilkrieg 1941 zerschlagenen jugoslawischen Armee. Ziel der Tschetniks war der Widerstand gegen die deutsche Besatzung sowie der Schutz der serbischen Bevölkerung gegen Übergriffe und Massaker des kroatischen Ustascha-Regimes.

Die langfristigen Ziele der Tschetnik-Bewegung benannte deren Oberbefehlshaber Draža Mihajlović zusammenfassend in einer „Anweisung“ an zwei seiner Kommandanten am 20. Dezember 1941:

1. Der Kampf für die Befreiung unseres ganzen Volkes unter dem Zepter von König Petar II.
2. Die Errichtung eines Groß-Jugoslawien und als Bestandteil davon eines ethnisch reinen Groß-Serbien. Serbien (einschließlich Mazedonien) soll Montenegro, Bosnien, die Herzegowina, Syrmien, das Banat und die Bačka umfassen.
3. Der Kampf für den Anschluss aller noch nicht befreiten, unter der Herrschaft Italiens und Deutschlands stehenden slawischen Territorien (Triest, Görz, Istrien, Kärnten) an unseren Staatsverband, ebenso der unter bulgarischer Kontrolle stehenden Gebiete sowie Nordalbanien mit Skutari.
4. Die Säuberung des Staatsterritoriums von allen nationalen Minderheiten und nicht-nationalen Elementen.
5. Die Schaffung einer unmittelbar gemeinsamen Grenze zwischen Serbien und Montenegro, wie auch zwischen Serbien und Slowenien durch die Säuberung der muslimischen Bevölkerung aus dem Sandschak und der muslimischen und kroatischen Bevölkerung aus Bosnien.

Quelle: Der Jugoslawien-Krieg, S. 174 f.

Der Plan ethnisch reiner Gebiete und die damit verbundene Vertreibung nicht-serbischer Bevölkerung aus „Groß-Serbien“ sowie die Umsiedlung von Serben aus nicht-serbischen Regionen nach „Groß-Serbien“ war auch bestimmend für das politische Konzept und das Handeln der Tschetniks in den Balkankriegen ab 1991. Dieser Kampf für ein ethnisch reines „Groß-Serbien“ rechtfertigte für sie auch Diskriminierungen und Verbrechen an Kroaten sowie Muslimen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo.

ten. So schuf er eine „mazedonische“, eine „montenegrinische“ und eine „muslimische“ Nation, wobei er jedoch den Unterschied zwischen Nation im primären Sinn – der Kulturnation – und der Nation im sekundären Sinn – der Staatsnation – zu verwischen suchte.

Zu den Ersteren zählen in Jugoslawien die Slowenen, Kroaten und Serben. Die Montenegriner sind Teil der serbischen Kulturnation und zugleich eine Staatsnation; die Muslime Bosnien-Herzegowinas und Serbiens sind eine geschlossene Religionsgemeinschaft und ein Überrest der panislamischen türkischen Nation. Hinzu kommen Volksminderheiten –

Deutsche und Ungarn im Norden, Albaner und Bulgaren im Süden – und ethnische Gruppen oder Stämme, die „Nationen“ ohne politischen Willen: Sinti und Roma, Wlachen – zugewanderte Gebirgsbewohner orthodoxen und katholischen Glaubens – in Ostserbien und Zinzaren in Mazedonien, die in ethnischer Hinsicht Rumänen sind, sich aber nicht als Teil der rumänischen Nation fühlen.

Serben und Mazedonier haben nach dem Zweiten Weltkrieg in ihrer großen Mehrheit die industrielle Lebensweise angenommen, sind vom Land in die Städte abgewandert, haben bezahlte Arbeitsplätze bekommen und sind als Kleinfamilien in moderne Drei-

Zimmer-Wohnungen mit fließendem Wasser gezogen. Die Hoffnungen der vorwiegend urban lebenden Serben oder Mazedonier gelten heute z. T. noch den Resten des sozialistischen Systems; man wartet in den Hochhäusern von Neu-Belgrad oder Skopje auf Vollbeschäftigung. Slowenen, Kroaten und Serben machten zu Beginn der neunziger Jahre oftmals das jeweils andere Volk für ihre schlechte soziale Lage und – tatsächliche oder vermeintliche – Benachteiligung im jugoslawischen Staatsverband verantwortlich.

Nicht dem Staat schlechthin galt die Opposition, sondern dem Vielvölkerstaat. Die „Nationen“ blick-

ten nicht nach innen und versuchten nicht, ihre Probleme zu lösen, eine funktionierende Wirtschaft, einen Staat und moderne Institutionen aufzubauen, sondern sie blickten nach außen und nutzten einander als abschreckendes Beispiel. „Wenn die Serben erst vertrieben sind, ist unser Kroatien ein perfekter westlicher Staat“, dachten die Kroaten, und alle anderen dachten auch so. Probleme wurden nicht gelöst, sondern auf die andere Nation projiziert. Es war dieser Mechanismus, der die „ethnischen Säuberungen“ hervorbrachte.

Von den ca. 4 Mill. Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem früheren Jugoslawien ist etwa die Hälfte in die Heimat zurückgekehrt, aber fast ausschließlich dorthin, wo ihre Nation die Mehrheit stellt. Weder in Bosnien-Herzegowina noch im Kosovo oder in der Krajina sind Flüchtlinge bzw. Vertriebene in größerer Zahl in jene Gebiete heimgekehrt, die von den Mitgliedern anderer Nationen dominiert werden. Die Tendenz zur ethnischen Homogenisierung hält an.

Einzig die Wunschkonzeptionen der ländlich lebenden Albaner waren von diesen Einstellungen deutlich unterschieden. Keine Vorstellung von einem „ethnisch reinen“ – und deshalb angeblich besser

funktionierenden – Staat trieb sie zum Protest. Sie wollten einfach in Ruhe gelassen werden. Die „ethnischen Säuberungen“ der Provinz von Serben nach dem NATO-Einmarsch 1999 waren vorwiegend das Werk von Kriminellen, die sich die „verschworene Gemeinschaft“ der albanischen Bevölkerung zunutze machten, und sie geschah um materieller Vorteile willen. Die Mehrheit war an diesen Vorgängen desinteressiert. Man deckte die Täter, nicht aus Solidarität oder Zustimmung, sondern weil man sich vor deren Macht mehr fürchtete, als man von der fremdartigen Idee eines funktionierenden Rechtsstaates erhoffen durfte.

Was sich „Nationalismus“ nannte, war überall nur der Vorwand dafür, die Probleme der eigenen Gesellschaft eben nicht anzupacken. Es waren auch nicht – wie etwa im 18. und 19. Jahrhundert das Bürgertum – neue, moderne, zur Macht drängende Gesellschaftsschichten, die auf dem Balkan die nationalen „Bewegungen“ trugen und die Konflikte angefangen haben, sondern auf allen Seiten die alten kommunistischen Eliten.

Der Ethnonationalismus* ist immer noch ein gefährlicher Sprengsatz auf der Balkanhalbinsel, der nur

langsam mit Hilfe der Europäischen Union, der NATO und der UNO entschärft und überwunden werden kann. Von der „historischen Last“, die die Völker des Balkan tragen, werden sie sich nur dann befreien können, wenn sich die Einsicht durchsetzt, dass nur demokratische und rechtsstaatliche Strukturen den Weg zu einem menschenwürdigen Leben in friedlicher Gemeinschaft und gegenseitiger Toleranz führen.

Zur Aufarbeitung der „historischen Last“ beschloss der UN-Sicherheitsrat im Februar 1993 die Einrichtung eines internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag und übertrug ihm die Aufgabe, Kriegsverbrechen, die ab 1991 im ehemaligen Jugoslawien begangen wurden, zu ahnden.

* Ethnonationalismus: Ideologie von Völkern, die sich als staatenlose Nation begreifen, dabei auf die Bildung eines eigenen Nationalstaates abzielen und dies durch tatsächliche oder angebliche ethnisch-kulturelle „Besonderheiten“ rechtfertigen. Häufig wird auch die Bezeichnung (Ethno-)Regionalismus verwendet

Historische Entwicklungslinien

„Es erscheint als ein Fluch, nicht vergessen zu können! Aus dem Überlieferten formieren sich der Hass und die Rachegelüste zu den Alpträumen der Gegenwart. Und wo immer man sich in Europa auf Grenzsteine beruft, die es irgendwann einmal gegeben hat, sei es vor 1945 oder vor einem halben Jahrtausend, da will man keine Versöhnung, sondern treibt zum Krieg.“³

Christian Graf von Krockow

Wenn man über religiös, national und ethnisch motivierte Verfolgung und Vertreibung in den ex-jugoslawischen Kriegen nachdenkt, darf man nicht vergessen, dass diese den vorläufigen Ab-

³ Christian Graf von Krockow: Die Zukunft der Geschichte, S. 129.

schluss einer lange geduldeten und nie mit Sanktionen verhängten historischen Praxis bilden. Die Spirale von Krieg, Flucht und Vertreibung wurde in Südosteuropa jahrhundertlang in Bewegung gehalten und erfasste Generationen von Menschen. Es waren die Traumata dieser Geschichte und das Erbe einer leidvollen Vergangenheit, die in den Kriegen und Terrorakten seit 1991 immer wieder zum Vorschein kamen und von allen Seiten als ideologische Waffe eingesetzt wurde.

Eine komplizierte zweitausendjährige Geschichte hat den Südosteuropäern eine besondere religiös-politische Zuordnung beschert. Von großer Bedeutung für das spätere Schicksal der Völker auf dem Balkan war die Teilung des Römischen Reiches nach dem Tod des Kaisers Theodosius im Jahr 395 in eine ost- und weströmische Reichshälfte. Aus ihr resultiert letztlich die Auseinanderentwicklung beider Reichshälften, die infolge kirchenpolitischer, theologischer, aber auch kultureller Faktoren zur Kirchenspaltung des Jahres 1054 in die orthodoxe und die katholische Kirche führte. Die damalige Trennungslinie des Theodosius verlief auf einer Linie von Belgrad an der Donau zur Adria bei Skutari.

Der Mönch Sava, der zu Beginn des 13. Jahrhunderts zum Bischof der als unabhängig proklamierten serbischen Kirche geweiht wurde, gilt bis heute als der größte Heilige der Serben und „Svetosavlje“ (etwa „Leben nach den Grundsätzen des hl. Sava“) ist ein zentraler Begriff der serbischen Orthodoxie geworden.

Sava organisierte die serbische Kirche, gründete Diözesen und machte das Kloster Žiča zu seinem Erzbischofsitz, der später nach Peć auf dem Amselfeld (Kosovo) verlegt wurde. Das Wachsen des serbischen Staates stärkte auch das Ansehen der autokephalen serbischen Kirche, die 1346 zu einem eigenen Patriarchat wurde und in Skopje den König Dušan zum Za-

ren krönte. Die Niederlage auf dem Amselfeld am 28. Juni 1389 und der Eroberungszug der Türken schwächte die orthodoxe Kirche der Serben. Dennoch lag ihre Widerstandskraft ab dem 15. Jahrhundert im Bereich der orthodoxen Kirchen und Klöster, die das Überleben der serbischen Kultur ermöglichten.

Als die Türken 1455, zwei Jahre nach dem Fall von Byzanz, das Kosovo und 1459 den Rest Serbiens unter ihre Kontrolle brachten, veränderten sie mit ihren Eroberungen die bis dahin vorherrschende räumliche Verteilung der Balkanvölker beträchtlich. Nach der Eroberung Bosniens 1463 setzte für Kroaten und Serben eine Periode ständiger Migration ein, die Serben zogen von Altserbien nach Ungarn und die Kroaten ins Burgenland, in die Slowakei und zahlreiche Komitate Ungarns, aber auch nach Niederösterreich, Mähren und Italien. Nur ein kleiner Teil Kroatiens geriet nicht unter osmanische Herrschaft. Ganze Gebiete wurden von den Habsburgern, die seit 1526 Könige Ungarns und Kroatiens waren, unter militärische Verwaltung gestellt und bildeten die Militärgrenze.

Diese Zeit hat die konfessionelle Landkarte Südosteuropas entscheidend geprägt. Die Flüchtlingsströme und Wanderungen orthodoxer und katholischer Christen aus dem Herrschaftsgebiet des Sultans schufen neue Bevölkerungsverhältnisse, die bis heute von Bedeutung geblieben sind. Dazu gehört die Nordwanderung der Serben, die bis in die Gegend des heutigen Budapest führte und Ofen zu einem Zentrum des Serbentums machte. Die orthodoxen Bischofssitze in der heutigen Republik Kroatien gehen auf diese Wanderungen zurück.

Im weiteren Verlauf des 15. und 16. Jahrhunderts fiel dann fast die gesamte Balkan-Halbinsel an das Osmanische Reich, zeitweise standen auch große Teile des heutigen Kroatien und Ungarn unter der

Herrschaft des Sultans in Istanbul. In dieser Zeit verlagerten sich die Zentren des kroatischen Staates aus Dalmatien nach Norden, wodurch Zagreb an Bedeutung gewann. In Bosnien und der Herzegowina kam es zur Ansiedlung von Tausenden von Wlachenfamilien, die den Kern der heutigen serbischen Bevölkerung des Landes bilden.

Insbesondere in den städtischen Siedlungen konzentrierte sich zunehmend islamische bzw. islamisierte Bevölkerung. Dies führte zu einer Spaltung zwischen dem bäuerlich-christlichen Umland und den „türkischen“ Städten, die für große Teile der europäischen Provinzen des Osmanischen Reiches bis zu seiner Zurückdrängung im 19. und 20. Jahrhundert charakteristisch wurde.

Die Türken zwangen ihre neuen Untertanen zwar nicht, wie es in Mittel- und Westeuropa üblich war, zu ihrer Religion – dem Islam – zu konvertieren. Wer nicht wollte, wurde als „Raja“ – als „Steuerzahler“ – eingestuft. Das bedeutete aber praktisch, neben dem selbstbewussten Moslemvolk nichts zu sein, weder Waffen führen noch Mohammedaner vor den Richter laden, noch die Farben Rot (der Herrschaft) und Grün (des Islam) tragen zu dürfen. Allerdings überließen es die Türken den Raja selbst, wie sie ihre Streitigkeiten regelten. Wie eine Gemeinde oder eine Talschaft sich organisierte, war den Türken gleichgültig. Nur größere Verbände, die der osmanischen Staatsmacht gefährlich werden konnten, wurden nicht geduldet. Selbst die Albaner, die zum größeren Teil zum Islam übertraten, wurden auf diese Weise regiert. Es war ein „Leben ohne Staat“. Dass ein Staat auch seine Vorteile haben kann, erfuhren so die meisten Menschen auf dem Balkan erst später.

Um sich vor Benachteiligungen und möglichen Gefährdungen zu retten, traten Christen zum Islam über, manchmal nur der älteste Sohn, während die anderen Fami-

lienmitglieder Christen blieben. Weite Gebiete, insbesondere in Kosovo-Metochien, verödeten. Die Türken siedelten sie mit ganzen Stämmen islamisierter Albaner an. Diese Kolonisten vernichteten alles Serbische, schonten sogar die islamisierten Serben nicht. Seitdem nahm der Kampf zwischen dem serbisch historischen und dem albanisch ethnischen Recht auf Kosovo-Metochien* kein Ende.

Wer auf dem Balkan Christ blieb, den unterstellten die Osmanen, wo immer möglich, dem griechischen Patriarchat in Konstantinopel, welches sie ihrerseits unter fester Kontrolle hielten. So mussten sich die slawischen Völker in den türkischen Zeiten in weltlicher Hinsicht den Türken unterordnen, in kirchlicher, und damit kultureller, aber den Griechen. Dabei zeigte sich die religiöse Toleranz der Osmanen z. B. in der Wiedereinrichtung des Patriarchats von Peć 1557.

Als Ende des 17. Jahrhunderts nach dem Rückzug der Türken aus Ungarn und Siebenbürgen die habsburgische Armee bis Bosnien, Serbien und in das Kosovo vordrang, kam es zu gewaltigen Bevölkerungsbewegungen. Die orthodoxe, aber auch die katholi-

sche Bevölkerung hatte offen mit den Habsburgern sympathisiert. Als diese sich jedoch wieder zurückziehen mussten, flüchteten im Jahr 1690 große Teile der serbischen Bevölkerung aus dem Kosovo und den zentralserbischen Gebieten in Richtung Nordosten – vor allem in das engere Ungarn und die Vojvodina, wo ihnen das Habsburgische Reich Schutz bot und das Privileg der freien Religionsausübung verlieh. In Bosnien sank nach dem Türkenkrieg 1683–1699 die Anzahl der Katholiken auf ca. 30.000.

Im Laufe der weiteren Geschichte kam es unter den Türken immer wieder zu Morden, Brandstiftungen, Plünderungen, Vergewaltigungen und Entführungen. So gelangten an einem einzigen Tag, dem 17. Oktober 1813, 1800 serbische Frauen und Kinder auf den Belgrader Sklavenmarkt. Strahlend eröffnete der bosnische Wesir dem französischen Konsul, dass die Führer des verwünschten Serbien „nicht mehr das Volk für einen weiteren Aufstand finden werden“. Der neue Wesir in Belgrad, Suleiman Pascha Skopljak, ein Sadist und passionierter Schlächter der Montenegriner und Herzegowiner, vergnügte sich am täglichen Pfählen. Im Lande wütete zu-

dem die wohl von den Türken eingeschleppte Pest.

Mit Beginn des 19. Jahrhunderts führten die Veränderungen in der Vojvodina und in Kroatien einerseits sowie in dem seit 1804 schrittweise befreiten serbischen Fürstentum und in den restlichen Gebieten unter türkischer Herrschaft allmählich zur Überwindung der vorhandenen Unterschiede und Trennungen. Der sich dabei verschärfende Kampf um die Territorialgewalt hatte zahlreiche Folgen sowohl für die Dynamik der inneren Entwicklung jeder einzelnen Nation als auch für ihre Beziehungen zu anderen Nationen und ethnischen Gruppen.

Die Folgen dieser Rivalität lassen sich bis heute verfolgen. In diesem Prozess können unter dem Aspekt ethnischer Entwicklung bedeutende Konstanten festgestellt werden, wie

- das überkommene bunte Durcheinander der ethnischen Landkarte,
- die Durchmischung verschiedener Elemente auf ein und demselben Territorium, die mit einer unvollkommenen Integration von Völkern mit langer Vergangenheit parallel verläuft sowie
- die Fixierung auf Geschichte und „historische Rechte“, die selektiv aus der für die betreffende Nation günstigsten Periode hergeleitet werden.

Dabei sind in den einzelnen Landesteilen teils parallele, teils unterschiedliche Entwicklungen festzustellen.

* Kosovo-Metochien: In der serbischen Tradition war der Name Metohija für das Westkosovo üblich, wo sich einige der bekanntesten Klöster befinden. Der Name ist aus dem byzantisch-griechischen Wort „metochia“ abgeleitet, das klösterliche Ansammlungen bezeichnet. In der albanischen Tradition war für diese Gegend der Name Dukagjin-Hochebene üblich. Im sozialistischen Jugoslawien hieß die Provinz zunächst Kosovo und Metochia (kurz „Kosmet“). Seit 1968 bezeichnet der Begriff „Kosovo“ die ganze Region.

Slowenien

Die Slowenen wanderten Ende des 6. Jahrhunderts in ihr Siedlungsgebiet ein, dessen Kern zum Herzogtum Krain wurde und Ende des 13. Jahrhunderts an Habsburg fiel.

Im 18. Jahrhundert entwickelte sich in Slowenien ein Prozess des nationalen Erwachens, der mit der Bauernbefreiung eingeleitet wurde, aber ohne Beteiligung des Adels. An seine Stelle traten das junge Bürgertum und die ersten Intellektuellen, soweit sie nicht nach Wien zogen oder sich in den Städten zum Deutschtum orientierten. Diese Entwicklung und der Einfluss des deutsch geprägten habsburgischen Zentralstaates sowie dessen deutsch-österreichische Kultur erwiesen sich für das kleine Volk der Slowenen als langwährendes Problem. Denn die Sorge, eines Tages kulturell und national aufgesogen zu werden, ist selbst heute noch bei slowenischen Intellektuellen zu spüren.

Nur langsam entwickelte sich die moderne slowenische Nationalbewegung. Bis kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs betonte sie die kulturellen und wirtschaftlichen Aspekte stärker als die politischen. Im slowenischen Kerngebiet, dem Herzogtum Krain, fand sich erst 1877 im Landtag eine slowenisch gesinnte Mehrheit. Allmählich gewann die slowenische Nationalbewegung eine breitere Basis durch die stärkere Einbindung der Bauernschaft in die politischen und sozialen Prozesse. Unterstützt wurde die Bauernschaft durch die Dorfpriester, später auch durch höhere Kirchenführer. Aus dieser Symbiose erwuchs um die Jahrhundertwende die nachfolgend stärkste politische Kraft Sloweniens, die klerikale Volkspartei.

Ein anderes Problem der slowenischen Nationalbewegung war im 19. Jahrhundert immer wieder die Abgrenzung gegenüber den Kroaten. Während „Illyrer“ im Habsburgreich als ethnische Bezeichnung gemeinsam für die Slowenen



und Kroaten verwendet wurde, wollten die Slowenen keine „Bergkroaten“ sein, wie das einige kroatische Politiker gern gesehen hätten. Dieses Problem wurde indes mit fortschreitender Festigung der slowenischen Sprache und Kultur geklärt. Die politische Lösung ergab sich dagegen dadurch, dass Kroatien zur ungarischen, die slowenischen Gebiete aber zur österreichischen Reichshälfte gehörten.

Nach dem Zerfall der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn Ende 1918 blieben im neu gegründeten Staat der Südslawen mit seinen durch die Rapallo-Verträge festgelegten Grenzen ca. 30 % Slowenen außerhalb des neuen Staates, und zwar mehr als 300.000 in Italien, ca. 80.000 in Österreich und ca. 8.000 in Ungarn.

Als die Deutschen im Zweiten Weltkrieg Jugoslawien ab 1941 besetzten, führte die antikommunistische Propaganda der katholischen und liberalen Parteien sowie eines Teiles der Priesterschaft und die von den slowenischen Kommunisten verfolgte Politik der „Bestrafung der Verräter“ dazu, dass sich antikommunistische Heimwehrmilizen (domobranci) bildeten. Schon bald danach kam es zum Bürgerkrieg. Ab 1944 errichteten die Kommunisten in dem von ihnen kontrollierten Gebiet

ihr revolutionäres Herrschaftssystem, und mit Ende des Krieges übernahmen sie in Jugoslawien das gesamte Verwaltungssystem und die öffentlichen Institutionen.

In den 60er Jahren warf der slowenische Literaturhistoriker Dučan Pirjevec den Befürwortern des Zentralismus von Staat und Partei vor, sie förderten mit ihrer Kritik der föderalistischen Staatsorganisation den Nationalismus der einzelnen Völker. Vielmehr könne die Einheit Jugoslawiens nur dann erhalten werden, wenn die nationale Vielfalt und die ungestörte Entwicklung der einzelnen Völker und Staatsteile gewährleistet würden.

Zwanzig Jahre später entwarfen slowenische Intellektuelle zum ersten Mal ein „slowenisches Nationalprogramm“. Sie definierten den „slowenischen Staat“ als eine Demokratie nach westlichem Muster, mit Marktwirtschaft und verfassungsmäßigem Aufbau, der auf der Respektierung staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten basieren sollte. Dagegen lehnten sie den jugoslawischen Parteistaat der Nach-Tito-Ära ab, da er das Minderheitendasein der Slowenen auf Dauer festschreibe.

Unter den ehemaligen jugoslawischen Republiken war und ist Slo-

wenien ethnisch der homogenste. So lebten hier 1991 knapp 91 % Slowenen, 6,5 % Kroaten, Serben und Montenegriner sowie weniger als 1 % Ungarn und Italiener.

Am 13. September 1988 sah sich der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Sloweniens, Milan Kučan, in Belgrad zu der Erklärung veranlasst, dass Slowenien eine „freie, zeitgenössische, demokratische und souveräne Entwicklung in einem föderativen, auf Gleichberechtigung gegründeten gemeinsamen Staat“ anstrebe. Gemeinsam mit Kroatien bemühte sich Slowenien um einen Reformkurs zur Abkehr vom kommunistischen System und zur Umwandlung des von Serbien dominierten jugoslawischen Bundesstaates in eine Konföderation unabhängiger Republiken.

Doch die serbische Politik des „starken Serbiens in einem starken Jugoslawien“ brachte die öffentliche Meinung in Slowenien gegen Belgrad auf. Dieser Stimmung folgend nahm das slowenische Parlament im September 1989 Verfassungszusätze an, die die slowenische Selbstständigkeit neu regelten. Gleichzeitig wurde der Passus über die führende Rolle der kommunistischen Partei aus der Verfassung gestrichen. Kurz danach verließen die slowenischen Kommunisten im Januar 1990 den 14. Kongress des Verbandes der Kommunisten Jugoslawiens, da alle ihre Vorschläge durch Überstimmung abgelehnt worden waren. Dieser Schritt fand in der slowenischen Öffentlichkeit sehr große Unterstützung.

Im Mai 1990 erklärte der inzwischen zum Präsidenten Sloweniens gewählte Kučan: *„Wenn auch andere Völker Jugoslawiens solche lebenswichtigen Interessen haben, die sie in einer Gemeinschaft der gleichberechtigten Völker Jugoslawiens und ihrer Republiken ver-*

*wirklichen möchten, dann ist es realistisch zu erwarten, dass wir über die neue Form des Zusammenlebens übereinkommen oder, wenn dies nicht möglich ist, friedlich auseinandergehen.“*⁴

Am 23. Dezember 1990 stimmte die slowenische Bevölkerung in einem Referendum über die Frage ab: „Soll die Republik Slowenien ein selbstständiger und unabhängiger Staat werden?“ Bei einer Wahlbeteiligung von 85 % unterstützten 88 % der Wähler zwar die Forderung nach staatlicher Souveränität Sloweniens, doch hielt sich während der ersten Hälfte des Jahres 1991 noch eine positive Stimmung für eine Verständigung mit den Serben.

Dennoch erklärte sich Slowenien am 25. Juni 1991 – gemeinsam mit Kroatien – zum souveränen Staat. Kurz vorher hatten die slowenischen Territorialen Verteidigungstreitkräfte (TO) ihre Stellungen bezogen. Das slowenische Parlament hatte schon Ende September 1990 beschlossen, die rund 40.000 Mann starken TO unter den Befehl der slowenischen Regierung zu stellen. Damit widersetzte es sich den Plänen der Generalität der jugoslawischen Volksarmee von 1989, die die TO bis zum Jahre 1992 restlos auflösen wollte.

Erst die serbische Intervention, die der slowenischen Unabhängigkeitserklärung folgte, zerstörte endgültig die immer noch auf Ausgleich gerichtete Grundstimmung. Allerdings dauerten die Kampfhandlungen in Slowenien nur wenige Tage, da die Miliz, die slowenische Territorialverteidigung und die Bevölkerung den Einheiten der jugoslawischen Armee unerwarteten Widerstand leisteten.

Gut eine Woche nach der Unabhängigkeitserklärung gab die Jugoslawische Volksarmee den Kampf um Slowenien auf, und man vereinbarte einen Waffenstillstand. Die Bilanz der bewaffneten Auseinandersetzungen ergab 52 Tote, 280 verwundete Sol-

daten und Zivilpersonen. Milošević hatte zwar Slowenien öffentlich angegriffen, insgeheim stimmte er jedoch mit den Vorstellungen der serbischen Nationalisten überein, denen zufolge der serbische Staat an der Linie Karlobag-Karlovac-Vitrovica endete, die Kroatien um drei Viertel seines Territoriums amputieren sollte. Diese großserbische Option war als Zielvorstellung von der Jugoslawischen Volksarmee übernommen worden.

Im westlichen Europa wollte man allerdings die Unabhängigkeitsbestrebungen der jugoslawischen Republiken nicht akzeptieren. So sagte noch fast zwei Wochen nach Ende des Krieges in Slowenien der französische Außenminister Roland Dumas seinem jugoslawischen Amtskollegen die „volle Unterstützung“ bei der Rettung der Einheit Jugoslawiens zu.

Die Entwicklung erwies sich jedoch als unumkehrbar. Am 23. Dezember 1991 wurde im slowenischen Parlament die erste Verfassung des selbstständigen Staates Slowenien angenommen, der ebenso wie Kroatien von der EU am 15. Januar 1992 die Anerkennung erhielt. Am 22. Mai 1992 wurde Slowenien zusammen mit Kroatien und Bosnien-Herzegowina Mitglied der Vereinten Nationen.

Aufgrund des 1994 einsetzenden Wirtschaftswachstums konnte sich Slowenien wirtschaftlich deutlich stärker als die übrigen Nachfolgestaaten Jugoslawiens entwickeln. Getragen von einer großen Mehrheit seiner Bevölkerung wurde Slowenien am 29. März 2004 Mitglied der NATO und kurz danach am 1. Mai 2004 in die EU aufgenommen.

⁴ Zit. n. Victor Meyer: Wie Jugoslawien verspielt wurde, S. 263.

Kroatien

In römischer Zeit gehörte das kroatische Territorium seit 35 v. Chr. zu Pannonien bzw. Illyrien. Ab dem 7. Jahrhundert siedelten sich dort südslawische Stämme an, die zunächst ein Fürstentum und später ein Königreich unter einer kroatischen Herrscherdynastie gründeten und Slawonien und die dalmatinischen Städte unterwarfen.

Ende des 11. Jahrhunderts starb die Dynastie aus dem Geschlecht des Trpimir aus. Nach der Krönung des ungarischen Königs Koloman (1095–1116) aus der Dynastie der Arpaden zum König der Kroaten wurde Kroatien 1102 in Personalunion Teil des ungarischen Reiches (bis 1526). Das „Dreieinige Königreich Dalmatien, Kroatien und Slawonien“ behielt auch unter ungarischer Herrschaft seine Sozialstruktur und seine Landesgesetze. Verwaltung und Heer blieben in der Verfügungsgewalt der herrschenden Schichten. Der kroatische Banus wahrte als königlicher Stellvertreter zusammen mit der Landesversammlung, dem Sabor, die nationale Autonomie und die privilegierte Stellung des Adels.

Im Laufe des 13. Jahrhunderts bekamen zahlreiche Städte den Status einer freien königlichen Stadt, darunter auch Zagreb. In vielen Städten hatten Franziskaner und Dominikaner einen spürbaren Einfluss.

Seit dem Ende des 15. Jahrhunderts kam es immer wieder zu Türkeneinfällen. 1526 wurde das nordwestliche Kroatien um Agram (Zagreb) habsburgisch, während das übrige Kroatien Sandschak des Osmanischen Reiches wurde. Nach dem Frieden von Karlowitz 1699 kamen die nördlich der Una gelegenen Teile wieder an das habsburgische Ungarn, die südlich gelegenen Teile blieben beim Osmanischen Reich bzw. bei Bosnien.

Im 19. Jahrhundert kam die Idee der südslawischen Gemeinsamkeit auf, angestoßen durch die osmani-



schen Eroberungen und die dadurch bedingte Unterbrechung der Kommunikation zwischen den südslawischen Völkern. So entstand in den Jahren 1835–1848 in Kroatien die illyrische Bewegung der nationalen Wiedergeburt, die einen politischen Ansatz für die Integration der kroatischen Nation schaffen und andererseits zur Herausbildung einer modernen kroatischen Kultur beitragen wollte.

Der Illyrismus richtete sich in erster Linie gegen den magyarischen Hegemonismus. Er war bemüht, die überlieferte kroatische „Individualität“ gegenüber allen Versuchen ungarischer Vereinnahmung zu bewahren und hatte seine Anhängerschaft unter dem verarmten Adel und den allmählich erstarkenden Bürgerschichten. Schon die Vorkämpfer der Bewegung hatten erkannt, dass die Anerkennung der Volkssprache als offizielle Schriftsprache ein Bollwerk gegen die Magyarisierung sein könnte.

Doch die Idee des Illyrismus, die Südslawen auf der Basis einer gemeinsamen Kultur zu vereinen, wurde von der Mehrheit der serbischen und slowenischen Intelligenz abgelehnt und scheiterte ins-

besondere im Verlauf der erfolglosen Revolution von 1848. Trotzdem trug der Illyrismus, der sich auch unter bosnischen Kroaten und etwas später in Istrien ausbreitete, wesentlich zur Schaffung der modernen kroatischen Kultur bei.

Einen neuen Versuch zum politischen Jugoslawismus gab es in Kroatien einschließlich Slawoniens und Dalmatiens – später auch in den slowenischen Ländern und in Bosnien-Herzegowina – in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg mit der Generation der „Nationalistischen Jugend“. Ihre Theorie der „nationalen Einheit“ beruhte auf dem Gedanken, dass Serben, Kroaten und Slowenen eine einzige jugoslawische Nation bilden sollten. Die eigentliche Neuerung des integrationistischen Aspekts dieser Nationalideologie bestand bei den Kroaten zweifellos in ihrer antihistorischen Ausrichtung. Sie beruhte auf der Annahme, dass die auf getrennten sprachlichen und staatlichen Traditionen sowie religiösen Bindungen beruhenden Unterschiede durch beharrliches, vom Willen zur Einheit bestimmtes Wirken überwunden werden könnten. Dies bedeutete gleichzeitig die bewusste Aufgabe des

kroatischen Staatsrechts und aller politischen Institutionen sowie den endgültigen Bruch mit dem Habsburgischen Staatsgefüge.

Eine Übersicht der nationalkroatischen ideellen und politischen Strömungen im 19. Jahrhundert bleibt unvollständig, wenn man nicht auf die Verhältnisse in Bosnien und Herzegowina hinweist. Denn von dort her trat das religiös-katholische Element in die Ideenwelt des kroatischen Nationalismus. So bildete sich unter dem Einfluss des Philosophen Ante Starčević (1823–1896) ein Bild der Kroaten als einer herrschenden, kriegerischen und staatsbildenden Nation heraus, die in den Serben lediglich eine Bettel- und Sklavenbevölkerung sah. Nach dieser rassistischen Ideologie sollten die Serben aus historischen Gründen vernichtet werden, um die Türkei für den Westen zu gewinnen und die Ostfrage zu lösen.

Einer der geistigen Führer der Starčević-Partei, der Kulturhistoriker Isidor Kršnjavi (1845–1927), bewertete diese rassistische Ideologie kritisch-ironisch:

*„Es gab eine Zeit, da hieß es, man solle alle Serben mit dem Beil erschlagen. Dieser Gedanke hat etwas für sich, sogar etwas sehr Wichtiges: Er spricht nämlich offen und folgerichtig die einzige Art und Weise an, wie man die ‚kroatische Idee‘ durchführen kann. Es ist freilich eine ganz andere Frage, ob die Serben sich so leicht erschlagen lassen wie jene gutmütigen Seekälber, Pelzrobber genannt. Der kroatische Versuch, die Serben totzuschlagen, könnte mit der Ausrottung der Kroaten enden.“*⁵

Nach der Integration der Militärgrenze in Zivilkroatien lebten die Serben ab 1881 in Kroatien immer in der Sorge, in der überwiegend katholischen Umgebung von der

kroatischen Mehrheit assimiliert zu werden. Als nach der Befreiung von den Türken der serbische Nationalstaat entstand, sahen sich die Serben in Kroatien als Teil einer größeren serbischen Nation. Dies nährte andererseits bei den Kroaten den Verdacht, die Serben könnten gegenüber ihrer Heimat Kroatien illoyal werden.

Als sich die Habsburger Monarchie im Herbst 1918 endgültig auflöste, brach das kroatische Parlament, der Sabor, alle Beziehungen zu Ungarn und Österreich ab und verkündete unzweideutig die Vereinigung der kroatischen Länder Kroatien, Dalmatien, Slawonien und Rijeka in einen unabhängigen Staat. Gleichzeitig beschloss der Sabor, dass der neue vereinigte kroatische Staat unverzüglich in den neuen souveränen südslawischen Gesamtstaat, das Königreich der Slowenen, Kroaten und Serben eingehen solle.

Allerdings blieb das Verhältnis zwischen Kroaten und Serben im Königreich Jugoslawien nicht konfliktfrei. Die Spannungen verschärften sich, als am 20. Juni 1928 ein montenegrinischer Abgeordneter im jugoslawischen Parlament (Skupština) in Belgrad zwei kroatische Abgeordnete erschoss und den politischen Führer der Kroaten Stjepan Radić schwer verletzte. Nun sahen sich die Kroaten einer Unterdrückung ausgesetzt, die stärker war als je in den habsburgischen Zeiten. Die Folgen ließen nicht auf sich warten.

Nach dem Mordanschlag in der Skupština erhob am 4. September 1928 der Abgeordnete Dr. Ante Pavelić, Vertreter der Rechtspartei, oder, wie sich die Vereinigung der kroatischen Nationalisten damals nannte, des „Kroatischen Blocks“, zum ersten Mal die Forderung nach einem unabhängigen kroatischen Staat. Am 7. Januar 1929 gründete er die Bewegung der „Ustascha“ (Aufständische) und begab sich ins Ausland. In Abwesenheit wurde er zum Tode verurteilt.

Immer mehr eskalierte der Völkermord zwischen Serben und Kroaten. Ihm fiel der jugoslawische König Alexander am 9. Oktober 1934 in Marseille bei einem Attentat durch die terroristische Organisation „Mazedonische Revolutionäre Organisation“, die vermutlich durch die Ustascha unterstützt wurde, zum Opfer.

In der Ideologie der Ustascha zeigte sich jene mystische Verbindung von Nation und Religion, wie man sie sonst nur bei extrem nationalistischen Bewegungen in den orthodoxen Ländern kennt. Die Ustascha wollte ein „Groß-Kroatien“ bis an die Drina und bis vor die Tore Belgrads. In ihrem blinden Fanatismus behaupteten sie, dass erstens die in Bosnien lebenden Muslime Kroaten und zweitens die Serben auf kroatischem Gebiet oftmals slawische Vahnen, eine „unreine“ Rasse, seien.

Als Deutschland 1941 Jugoslawien besetzte, wurde der faschistische „Unabhängige Staat Kroatien“ (NHD), einschließlich Bosnien und Herzegowina, gegründet. Um die staatliche Rechtmäßigkeit zu legitimieren, nutzte die Ustascha-Ideologie das historische kroatische Staatsrecht. In ihrem Bestreben nach nationaler Ausschließlichkeit verwarf sie jegliche Bindung an andere jugoslawische Völkerschaften.

So rief der pensionierte k.u.k. Oberst Slavko Kvaternik, als die Vorhut der deutschen Wehrmacht am 10. April 1941 in Zagreb einmarschierte, über Radio Zagreb die Gründung des Unabhängigen Staates Kroatien mit den Worten aus: *„Gottes Vorsehung und der Wille unseres großen Verbündeten sowie der jahrhundertlange Kampf des kroatischen Volkes und die große Opferbereitschaft unseres Führers Ante Pavelić und der Ustascha-Bewegung in der Heimat und im Ausland haben es gefügt, dass heute vor der Auferstehung des Gottessohnes auch unser Unabhängiger Staat Kroatien aufsteht.“*⁶

⁵ Zit. n. Karlheinz Deschner und Milan Petrović: *Krieg der Religionen*, 1999, S. 114.

⁶ Zit. n. Karlheinz Deschner und Milan Petrović, a.a.O., S. 239.

Im „Unabhängigen Staat Kroatien“ begann sehr schnell nach dessen Gründung eine Verfolgung aller Serben, die auch schwere Opfer in der orthodoxen Kirche forderte. Zahlreiche Gläubige und Priester wurden umgebracht oder vertrieben. Viele Kirchengebäude wurden zerstört. Drei orthodoxe Bischöfe und mehr als 170 Priester (von 577 auf dem Gebiet des NDH) wurden ermordet, und die übrigen Bischöfe und 334 Priester nach Serbien deportiert.

Das System des politischen Terrors im NHD erhielt seine rechtliche Form mit der „Gesetzlichen Verordnung zum Schutz des Volkes und des Staates“ vom 17. April 1941. In dieser hieß es:

„1. Wer, auf welche Art und Weise auch immer, die Ehre und das Lebensinteresse des kroatischen Volkes verletzt oder verletzt hat, oder wer, auf welche Art und Weise auch immer, die Existenz des Unabhängigen Staates Kroatien oder der Staatsautorität bedroht, macht sich, auch wenn die Tat nur Versuch bleibt, des Verbrechens des Hochverrats schuldig.“

„2. Wer sich des unter Punkt 1 angeführten Verbrechens schuldig macht, wird mit dem Tode bestraft.“⁷

Diese Verordnung schuf die Grundlage für die Errichtung der Konzentrationslager, für die massenhafte Ermordung von Geiseln und für die Einsetzung von Standgerichten, die für das bloße Hören des Londoner Rundfunks und der Partisanensender stets die Todesstrafe verhängten.

Die gesamte Ideologie und Politik der Ustascha basierte seit ihrer Gründung zu Beginn der dreißiger Jahre auf der Intoleranz gegenüber den Serben.

In Ante Starčević sah die Ustascha den „Vater der Heimat“ und den „Vorläufer und Gewährsmann“ ihres Führers Ante Pavelić. Dabei reduzierte sie Starčević's Denken auf eine einzige, nämlich die nationalistische Dimension, und gab ihr eine extremistische und hetzerisch antiserbische Wendung. So wurde im Zweiten Weltkrieg zum grausamen Motto der kroatischen Ustascha-Bewegung: „Ein Drittel der Serben umbringen, ein Drittel vertreiben und ein Drittel gewaltsam katholisieren.“

Durch diese so genannten Zwangsbekehrungen wurden insbesondere während der Verfolgungen der Ustascha 1941/42 viele Serben in der Krajina und benachbarten Landschaften, auch in Bosnien, vorübergehend zum Katholizismus konvertiert.

Die katholische Kirche in Kroatien hat sicher nicht das Ustascha-Regime ohne Vorbehalte unterstützt und die Terrormaßnahmen gegen die serbische Bevölkerung mitgetragen. Es gab allerdings Bischöfe und Priester, die sich offen auf die Seite der herrschenden Ustascha-Ideologie gestellt haben. Ebenso wenig lässt sich aber sagen, dass die Kirche alles ihr Mögliche getan hat, um gegen die Verfolgungen und den Terror einzuschreiten. Besonders umstritten sind in dieser Frage die „Umtaufen“. Serbische Gläubige, die den Katholizismus annahmen, waren in der Regel vor Verfolgungsmaßnahmen einigermaßen geschützt. Serbischerseits wurde und wird diese in ihrem zahlenmäßigen Umfang umstrittene Praxis als „Proselytismus“ bezeichnet.

Die katholische Kirche habe die Notsituation der serbischen Bevölkerung ausgenutzt, um die Zahl ihrer Gläubigen zu erhöhen. Das Argument der katholischen Kirche lautete, dass kirchenrechtlich eine „Umtaufe“ ohnehin nicht möglich sei; die Ausstellung von Bescheinigungen, dass bestimmte Personen katholisch seien, habe diesen geholfen, Verfolgungen zu überleben.

So unterstützte der Franziskanerorden die Politik der Ustaschen, wie u. a. ein Artikel im bosnischen Blatt der Franziskaner *Nekoći danas* („Damals und Heute“) dokumentiert:

„In Kroatien wird heute der kroatische Krieg geführt, der Krieg für unsere Ehre und unseren Stolz, der Krieg für das Dasein nicht nur des kroatischen Staates, sondern auch des kroatischen Volkes als solches. Es wird also ein reiner Verteidigungskrieg geführt für die Erhaltung unserer stolzen Vergangenheit und insbesondere für unsere eigene dauernde Zukunft. Unser Volk, organisiert in den Heimwehren, Ustaschen- sowie Milizeinheiten, schützt nur sein eigenes nacktes Leben, sein eigenes Dasein . . .

Dieses kroatische katholische Volk ist heute tötlich angegriffen, und es führt seinen Verteidigungskrieg gegen das (serbische) Gesindel, das jahrhundertlang in sein Heim hereingekrochen ist. Deshalb ist es unsere Pflicht, mit Wort und Tat diesen Kampf zu unterstützen, denn es geht in diesem Kampf um das Dasein des Volkes, das wir seit je pastoralisieren, denn dieses Volk führt den Krieg nicht nur zu seinem, sondern auch zu unserem Schutz, für unser eigenes Dasein und damit den Krieg zur Bewahrung unserer christlichen Kultur, der geerbten moralischen und ethischen Prinzipien.“⁸

Den ersten Massenmord an Serben verübten die Ustaschen am 27. April 1941 bei Bjelovar. Der zufällige Tod eines kroatischen Landwehrsoldaten diente als Anlass für die Erschießung von 196 serbischen Bauern. Am 9. Mai folgte ein Massaker an ca. 400 serbischen Bauern aus Dörfern im Kordun, am 13. Mai die Ermordung von 260 Serben in Glina. Diese Massaker veranlassten Erzbischof Stepinac zu einem ersten Protestbrief an Pavelić.

Im Juni und Juli häuften sich die Massenmorde, nun schon an Frauen und Kindern, in den serbischen

⁷ Zit. n. Slavko Goldstein: Der Zweite Weltkrieg, in: Der Jugoslawien-Krieg, S. 171.

⁸ Zit. n. Karlheinz Deschner und Milan Petrović, a.a.O., S. 261.

Dörfern der Lika, des Kordun und der Banija, im Dalmatinischen Bergland und besonders in der Herzegowina. Auf den sich organisierenden serbischen Widerstand antworteten die Ustascha-Behörden im Juli mit noch rücksichtsloseren Repressalien. Der Terror gab dem serbischen Aufstand neue Nahrung und führte das Land immer tiefer in den Kriegszustand.

In der deutschen Besatzungszone im nördlichen Teil des Landes errichteten die Ustascha-Behörden im September das Massenkonzentrationslager Jasenovac. Dieses Vernichtungslager, das zum Hauptschauplatz des weiteren Terrors der Ustascha wurde, lag in einem Sumpf im Dreieck der drei Flüsse Save, Una und Strug, in dem ca. 500.000 Serben umkamen. Die Haupttrichtstätte von Jasenovac lag auf der gegenüber liegenden Seite der Save in Bosnien – ein Stück ödes, beengtes Land zwischen Save und Una, Gradina genannt.

Die Opfer wurden nachts mit der Fähre nach Gradina transportiert, wo die schon ausgehobenen Gräben und ihre Henker auf sie warteten. Die Kinder tötete man, indem man in ihren Gräben eine Handgranate warf. Doch die Grausamkeiten gingen weit über dieses Maß hinaus. So konstruierte man im Januar 1942 in Jasenovac ein Krematorium zur Verbrennung lebendiger Menschen, das im Volksmund „Keramik“ hieß. Ende Mai 1942 wurden die Exekutionen per Krematorium wohl aus hygienisch-„ästhetischen“ Gründen eingestellt, da der Gestank sogar die Ustaschen störte.

Die Politik der Ustascha zur Gewinnung der Muslime war von Beginn an erfolglos. Die Mehrheit der Muslime hat den ganzen Krieg hindurch versucht, sich aus den Auseinandersetzungen der Kriegsparteien herauszuhalten. Ihre angesehensten Persönlichkeiten

wandten sich mehrfach mit Beschwerden gegen die terroristische Politik der Ustascha-Behörden an die Deutschen und ersuchten um Autonomie bzw. Neutralität Bosniens innerhalb oder außerhalb des NDH.

So erhoben die Moslemführer in Banja Luka (im kroatischen Ustascha-Staat) am 22. November 1941 ihre Gegenstimme in einer Resolution:

„Seit der Gründung dieses unabhängigen Staates Kroatien sehen wir Moslems mit größter Sorge, wie einige Ustaschen und andere verantwortliche und unverantwortliche Instanzen die größten Fehler und sogar Verbrechen begingen. Die elementarsten Menschenrechte wurden skrupellos mit Füßen getreten. Die Sicherheit des Lebens und Vermögens, die Religions- und Gewissensfreiheit gelten für einen beträchtlichen Teil des Volkes dieser Provinz nicht mehr.

Die Ermordung von Priestern und anderen Führern ohne Gericht und Urteil, massenhafte Erschießungen und Metzereien oft völlig unschuldiger Männer, Frauen und sogar Kinder, massenhafte Vertreibungen ganzer Familien von Haus und Hof innerhalb einer Frist von ein bis zwei Stunden, Deportierung in unbekannte Gegenden, Aneignung und Plünderung ihres Vermögens, Zerstörung der Gotteshäuser oft mit ihren eigenen Händen, erzwungener Übertritt zum katholischen Glauben, all das sind Tatsachen, die jeden wahren Menschen bestürzen und die auf uns Moslems aus diesen Gegenden am unangenehmsten wirken.“⁹

Die Ustascha hatte die Idee, das mehrheitlich von Serben bewohnte Banja Luka zu ihrer Hauptstadt zu machen. Deshalb wollten sie die dortigen Serben vertreiben. Doch neben den Muslimen sahen auch die deutschen Militärstellen die Serbenverfolgungen der Ustascha ungern, weil sie die serbische Bevölkerung zuerst in die Reihen der Tschetniks und dann, nach

Mitte 1942, in diejenigen der kommunistischen Partisanen trieb. Gegen Ende 1942 verlangten sie von der Ustascha, mit den Verfolgungen aufzuhören.

Papst Johannes Paul II. nahm die Gräueltaten der Ustascha zum Anlass, während seines Besuches in der bosnischen Serbenhochburg Banja Luka am 22. Juni 2003 in einer überraschenden Geste um Vergebung für die Verbrechen von Katholiken auf dem Balkan zu bitten. Ohne Einzelheiten zu nennen, bezog er sich mit seinem „Mea Culpa“ ganz offenbar auf die Verbrechen kroatischer Ustascha-Verbände im Zweiten Weltkrieg. Zugleich rief er die Völker der ehemaligen Bürgerkriegsregion zu gegenseitiger Versöhnung auf.

Doch nicht nur die Ustascha, sondern auch die kommunistischen Brigaden halfen 1944 und 1945, das serbische Bürgertum und die Demokratie – insbesondere in Belgrad – zu liquidieren, was ihnen von den eingesessenen Belgradern auch heute noch vorgeworfen wird. Nach dem Krieg wurden viele Brigadisten als Belohnung im östlichen Slawonien und benachbarten Gegenden angesiedelt, häufig in vorher von Deutschen bewohnten Dörfern. Die Serben, die im Sommer 1991 in Dalj, Borovo und benachbarten Orten die ersten schweren Massaker an Kroaten verübten, gehörten zu diesen.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges zogen sich die Armee des Unabhängigen Staates Kroatien mit der gesamten Führung der Ustascha und vielen Zivilisten, dazu die von den Deutschen geförderten Domobrancan (Heimwehr), slowenische Landwehrsoldaten und andere slowenische Kollaborateure und zwei Korps der Tschetniks zusammen mit der deutschen Wehrmacht nach Kärnten in den Raum um Bleiburg zurück. Sie hofften, dass die westlichen Alliierten, denen sie sich ergaben, sie besser behandeln würden als die Partisanen oder die Rote Armee. Sie wurden jedoch von den Engländern ge-

⁹ Zit. n. Karlheinz Deschner und Milan Petrović, a.a.O., S. 252.

waltsam nach Jugoslawien zurückgeschafft und den kommunistischen Behörden übergeben.

Während die Zivilisten mehrheitlich nach Hause entlassen wurden, verfuhr die kommunistischen Partisanen mit den Soldaten und Politikern erbarmungslos. Militärische Standgerichte fällten gegen die führenden Personen Todesurteile. Nahezu 9.000 slowenischen Landwehrsoldaten wurden in Kočevski Rog umgebracht. Die Tschetniks und die Kollaborateure wurden massenweise meist sofort nach der Gefangennahme getötet, während die Soldaten des Unabhängigen Staates Kroatien (mindestens 50.000) – Ustascha und Domobrancan, Kroaten und Muslime – unter furchtbaren Bedingungen in entferntere Gefangenenlager weiterziehen mussten. Auf dem Weg dorthin, dem so genannten „Kreuzweg“, wurden viele getötet oder fanden in den Lagern den Tod. Die Massaker der Partisanen waren zum einen eine unkontrollierte Racheorgie siegreicher Truppen, zum anderen wurden planmäßig imaginäre „Klassenfeinde“ und andere potentielle Feinde des Nachkriegsstaates umgebracht.

Auf dem Balkan hatten sich in der Zeit von 1941 bis 1945 mehrere Kriege überlagert:

- 1) der von Anfang an geführte Selbstverteidigungskrieg gegen den politischen Terror und den Völkermord auf dem Territorium des NDH und der nationale Abwehrkrieg gegen Fremdherrschaft und Unterdrückung in den übrigen Landesteilen;
- 2) der innerethnische Krieg, der von konkurrierenden staatlichen und nationalistischen Zielsetzungen geleitet wurde, sowie der Kampf um „gesäuberte Lebensräume“ mit gegenseitigen Racheefeldzügen;
- 3) der Bürgerkrieg um die Bewahrung oder die Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Ordnung und um die Macht im Nachkriegsstaat.

Da die Partisanenbewegung ein antichauvinistisches Programm verfolgte und dementsprechend handelte, entschärfte sie den interethnischen Konflikt und vereitelte den geplanten Rachegeozid an den Tschetniks, Bosniaken und Albanern.

Das kommunistische Regime und vor allem Tito standen dem kroatischen Nationalismus prinzipiell ablehnend gegenüber. Dabei vermischten sich oftmals kommunistische und jugoslawistische mit groß-serbischen Zügen. Die Krise verschärfte sich, als es nach 1971 zu einer antinationalen Politik in Kroatien kam.

In kommunistischer Zeit belief sich der Anteil Serben in Kroatien insgesamt auf 14 %, unter den kommunistischen Parteimitglieder auf 30 % und bei der allgemeinen und politischen Polizei sogar auf 60 %.

Es war zugleich die Zeit, in der die katholische Kirche als einziger Hort des kroatischen Nationalgedankens auftrat. Man könnte ihr den Vorwurf machen, dass sie in dieser Rolle sich reichlich religiös-geschichtlicher Anlässe bediente, um ihre Position zu stärken. Sie war nach 1971 allerdings die einzige Institution, an die sich das nationale Empfinden der Kroaten binden ließ. Sie wurde stärker, als ihr zu Beginn lieb war, zur nationalen Repräsentanz des Kroatenums. Als die Kirche später auf dieser Basis ihre Stärke etabliert hatte, schuf sie sich aus ihrer Bindung an die nationale Idee mittels großer Massenmanifestationen ein breites öffentliches Wirkungsfeld.

Am 22. Dezember 1990 nahm der Sabor eine neue Verfassung an, die Kroatien mit der vollen Souveränität ausstattete, und am 19. Mai 1991 stimmten die Kroaten in einem Referendum mit 94 % für die Unabhängigkeit Kroatiens, die offiziell – gemeinsam mit Slowenien – am 26. Juni 1991 verkündet wurde.

Kurz darauf begann Anfang Juli der Krieg, denn die serbische Min-

derheit lehnte die Unabhängigkeit ab. Gleichzeitig würdigte der kroatische Präsident Franjo Tudjman den Ustascha-Staat als Ausdruck der jahrhundertalten Bestrebungen des kroatischen Volkes nach einem eigenen Staat. Mit dieser Instrumentalisierung der Geschichte schadete Tudjman den nationalen Interessen eines demokratischen Kroatiens, da er damit der serbischen Propaganda zuarbeitete, die die demokratische Entwicklung Kroatiens in die Nähe des von Hitlers Gnaden installierten Ustascha-Staates zu rücken bemüht war.

Es kam zu Unruhen, die massiv nach Ostslawonien übergriffen, wo die dort ansässigen Serben planmäßig und aktiv von Tschetnik-Formationen unterstützt wurden. Das war dort nicht mehr eine Rebellion der lokalen Serben, sondern ein Angriffskrieg gegen die Republik Kroatien mit dem erklärten Ziel, deren Grenzen zu verändern. Offiziell wurde dies von serbischer Seite damit begründet, dass mindestens ein Drittel des Territoriums von Kroatien besetzt werden müsse, um die serbische Minderheit zu schützen. In diesem Krieg stand die von Belgrad kontrollierte Jugoslawische Volksarmee gegen die kroatische „Territorialverteidigung“, die sich bald zur eigenen Armee entwickelte.

In manchen Regionen und Städten Kroatiens gab es im Herbst 1991 schon mehr Zerstörungen als während des Zweiten Weltkrieges. Die Eroberungen der als „serbisch“ deklarierten Gebiete in Kroatien wurden gründlich durchgeführt. Die gesamte kroatische Bevölkerung aus diesen Gebieten wurde vertrieben oder getötet, viele der Häuser wurden nach dem Raub von Wertsachen, Möbeln, Werkzeugen und Maschinen in Brand gesteckt. Fast alle katholischen Kirchen wurden in die Luft gesprengt, die Museen zerstört, die Friedhöfe eingeebnet. Am Ende des Krieges waren es 325 Kirchen und 44 Klöster.

Nichts sollte mehr an jene erinnern, die noch vor wenigen Wochen hier gelebt hatten. Dieser im „Namen der Nation“ durchgeführte Vernichtungsfeldzug ging in seiner Radikalität weit über „kriegerische“ Ziele hinaus. Systematisch und durchaus von oben gewollt wurden rechtsfreie Räume geschaffen, in denen sich die durch nationalistische Phrasen aufgestachelten Kriminellen austoben konnten. Vor allem auf den Schlachtfeldern von Slawonien wüteten paramilitärische Gruppen, wie z. B. die serbischen Freiwilligengarden, die nur Raub und Mord auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Am 2. August wurde in Dalj ein Massaker an Kroaten verübt, bei dem 80 Tote zu beklagen waren. Aber auch auf der kroatischen Seite kam es später zu Übergriffen und willkürlicher Ermordung serbischer Zivilisten, so in Gospić in Westkroatien sowie in West- und Ostslawonien.

Die serbische politische Führung erinnerte immer wieder an die Untaten, die während des Zweiten Weltkrieges von kroatischer Seite an Serben begangen worden waren. Doch auch die Serbisch Orthodoxe Kirche (SOK) bedauerte in ihren Texten zum Krieg in Kroatien ab 1991 immer wieder die Ungerechtigkeiten, die den Serben die ganze Geschichte hindurch widerfahren und der sie auch weiterhin ausgesetzt seien. Es wurde das Recht der Serben betont, in einem Staat zu leben. Außerdem erkannte die SOK die serbischen Staatsgebilde in Kroatien und Bosnien-Herzegowina als legitim an, und so wohnten serbische Kirchenvertreter den Sitzungen des „Parlaments“ in der bosnischen Serbischen Republik bei. Alle Kriegsoffer wurden beklagt. Neben der Zerstörung von orthodoxen Kirchen wurde auch die von Moscheen und katholischen Kirchen verurteilt.

Der deutsche Journalist Johann Georg Reißmüller hat tagebuchartig einige der schlimmsten Gräueltaten festgehalten:

„Wenn die serbischen Terroristen es auf ein Dorf abgesehen haben, siedeln sie erst die serbischen Bewohner aus, damit sie freies Schussfeld haben. Meist greifen sie dann zweimal an: Am Morgen nüchtern, am Nachmittag betrunken. Häuser von Kroaten zerstören sie mit Sprengladungen.“ (24. 7. 1991) ¹⁰

„Die Kegelbahn eines Hotels dient heute als Lager für gefangene kroatische Polizisten. Sie werden dort misshandelt. Ein Serbe muss sie alle zwei Stunden prügeln. Bleiben die Schmerzensschreie der Kroaten einmal aus, bekommt der Serbe selber Schläge von seinen Vorgesetzten.“ (26. 7. 1991) ¹¹

„Vor einiger Zeit fand man in einem umkämpften Dorf in der kroatischen Krajina acht Kroaten, die in serbische Gefangenschaft geraten waren, mit durchgeschnittenen Hälsen. Bald darauf ereilte es fünf kroatische Bauern. Sie wollten in ihr verlassenes Dorf zurückkehren, um das Vieh zu füttern und zu tränken. Serbische Tschetniks brachten sie um, schnitten ihnen den Leib mit Bajonetten auf; einigen stachen sie die Augen aus, einem schnitten sie das Herz heraus.“ (27. 8. 1991) ¹²

Die ganze serbische Offensive, zu der die jugoslawische Armee bereitwillig ihre Hand bot, spielte sich im Sommer und Herbst 1991 ab, also vor der Anerkennung Kroatiens durch Deutschland und die übrigen EU-Staaten. Vukovar fiel am 18. November 1991. Die Armee und die montenegrinischen Freischärler hielten seit Oktober Dubrovnik umklammert, das sogar Vertreter der serbischen Opposition als „nicht kroatisch“ bezeichneten und zumindest in eine „Freizone“ umgestalten wollten, wenn sie nicht direkt die Annexion verlangten. Die serbische Offensive hatte Kroatien praktisch in drei

Teile geteilt. Alles in allem kann man sagen, hatte die serbische Offensive etwa Anfang November 1991 ihre militärischen Ziele erreicht.

Doch trotz hoher Opfer von über 10.000 Toten sowie 260.000 Vertriebenen und 700.000 Flüchtlingen ins kroatische Hinterland und nach Ungarn konnte Kroatien seine Unabhängigkeit behaupten. Am 19. Dezember 1991 errichtete die serbische Minderheit in Kroatien die von der kroatischen Regierung nicht anerkannte „Republik Serbische Krajina“ und in Slawonien ein serbisches „autonomes Gebiet“.

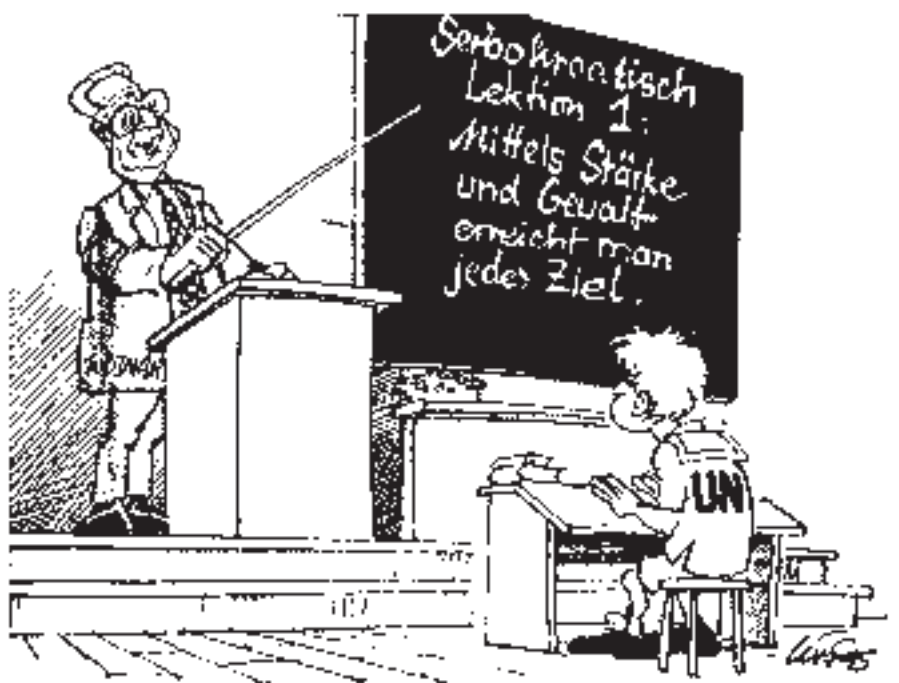
Der Krieg dauerte schließlich bis zum Januar 1992 und endete mit der Stationierung von 14.000 UNO-Soldaten (Blauhelmen) in den Siedlungsräumen Kroatiens (etwa 30 % des Territoriums), wo die serbische Minderheit in der Mehrheit war. In Ost- und Westslawonien, in der Banija und der Krajina wurden „Schutzzonen“ eingerichtet, um die Rückkehr kroatischer Flüchtlinge abzusichern. Im Mai und August 1995 eroberte die kroatische Armee trotz internationaler Vereinbarungen die UNO-Schutzzonen in Ostslawonien und der Krajina zurück und begann mit deren Wiedereingliederung nach Kroatien. Dies löste eine Massenflucht von ca. 200.000 kroatischen Serben nach Bosnien-Herzegowina und nach Serbien aus, so dass es danach keine zusammenhängenden serbischen Siedlungsgebiete in Kroatien mehr gab.

Die Rückansiedlung und Wiedereingliederung serbischer Flüchtlinge und Vertriebenen, insbesondere in der Krajina, betrieb Tudjman sehr schleppend. Daneben belastete er den Versöhnungsprozess in Bosnien-Herzegowina durch seine engen Beziehungen zu den dortigen kroatischen Nationalisten. Das nationalistische Tudjman-Regime verherrlichte den Krieg als eine gerechte Verteidigungsschlacht. Die Serben galten als Täter, die Kroaten als Opfer.

¹⁰ Johann G. Reißmüller: Der Krieg vor unserer Haustür, S. 150.

¹¹ Johann G. Reißmüller, a.a.O., S. 153.

¹² Johann G. Reißmüller, a.a.O., S. 160.



„Schon besser! Und jetzt nochmal von vorn.“

Zeichnung: Luft

Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 9. August 1995

Nach dem Tode des Präsidenten Tudjman 1999 modifizierte die kroatische Regierung diese Politik und verstärkte ihre Bemühungen um die politische Westintegration. Im Februar 2003 stellte sie den formalen Antrag auf Beitritt zur EU.

Dennoch leben kroatische Nationalisten immer noch in der Logik kollektiver Vergeltung. So hängt über den kroatischen Übergriffen in Bosnien und den ethnischen Säuberungen in der Krajina ein schwer zu durchdringender Mantel des Schweigens. Viele Kroaten empfinden es als infam, dass Generale der kroatischen Armee, die bis heute als Nationalhelden gelten, als mutmaßliche Kriegsverbrecher auf der Fahndungsliste des Kriegsverbrechertribunals in Den Haag stehen. Große Teile der Bevölkerung sehen darin einen Beweis für eine großserbische Verschwörung, und sie sind nicht bereit, alsbald ihre diesbezügliche Einstellung zu ändern.

Dennoch beflügelt die europäische Perspektive die Reformfreudigkeit. Sie hat bei einer wachsenden Zahl von Kroaten zu der Erkenntnis geführt, dass Flucht und

Vertreibung nicht mehr als unumkehrbar betrachtet werden dürfen und sich Unversöhnlichkeit schlecht mit der angestrebten Zugehörigkeit in einer Gemeinschaft demokratischer Staaten verträgt. Dies stärkt gleichzeitig den Schutz der Minderheiten sowie die Bemühungen um Wiederansiedlung der Flüchtlinge. So sind von den 250.000 während des Krieges geflüchteten Serben bereits rund 55 Prozent wieder zurückgekehrt.

Bosnien-Herzegowina

Im Jahr 9 n. Chr. unterwarfen die Römer illyrische Gebiete, den historischen Kern Bosniens, und gliederten diese der Provinz Dalmatia ein. 395 kam Bosnien zum Weströmischen Reich und 530 zum Byzantinischen Reich. Anfang des 7. Jahrhunderts siedelten sich Südslawen an, und in den nachfolgenden Jahrhunderten blieb Bosnien zwischen Serbien, Kroatien, Byzanz, Zeta (Montenegro) und Ungarn umstritten.

Im 14. Jahrhundert gewann Bosnien als Königreich eine bedeutende

Machtstellung. In dieser Zeit umfasste es Serbien und das Land Hum, das ab Ende des 15. Jahrhunderts Herzegowina hieß.

Mit den osmanischen Eroberungen von 1463 bis 1482 wurden das bosnische Königtum und der Adel beseitigt. Das mittelalterliche Städtewesen ging unter, und dadurch wurde der aufkommende Mittelstand in vielen Teilen des Landes gefährdet. Mit der Umwandlung Bosniens in eine mit der Herzegowina vereinte osmanische Provinz setzte ein grundsätzlicher Strukturwandel der Gesellschaft ein.

Angehörige des hohen bosnischen Adels wurden ebenso wie der letzte bosnische König hingerichtet. Plünderungen, Verklavungen – sogar von Kindern – und Grausamkeiten trieben die restliche Bevölkerung in die Flucht. Ganze Regionen blieben menschenleer und verödet zurück.

Die grausame Eroberungspolitik entsprach dem Wesen osmanischer Landnahme, deren Hauptzweck Plünderungen waren. Ein anderer waren Tributzahlungen der Unterworfenen. Deshalb bauten die Osmanen zügig ihre Verwaltung aus, um den Zulauf von Soldaten und das Geld für deren Besoldung zu sichern sowie Gebiete wieder zu besiedeln. Daher mussten der übrig gebliebenen einheimischen Bevölkerung Integrationschancen und den Geflohenen Anreize für die Rückkehr geboten werden. Neusiedler und die neuen Eliten kamen aus dem gesamten südslawischen Raum.

Die breite Islamisierung ist eine bosnische Besonderheit und ergab sich aus der Struktur der theokratischen Organisation des Osmanischen Reiches. Seine Führungsschichten mussten muslimisch sein. Dazu kam die geopolitische Grenzlage Bosniens und Albanien.

Der über nahezu 250 Jahre dauernde sowie ethnisch und religiös übergreifende Prozess lief in verschiedenen Regionen zu unter-



gestellt worden war, als Symbol der islamisch geprägten Stadt von kroatischen Soldaten aus Westmostar beschossen und zerstört. Über zehn Jahre später wird die mit internationaler Hilfe restaurierte Brücke im Juli 2004 wieder eröffnet.

Neben den Freigelassenen islamisierten die Osmanen die im Grenzgebiet ansässige bosnische militärische Oberschicht, die Sipahis, und lockten gleichzeitig durch steuerliche Privilegien die slawischen Hirtennomaden, die Wlachen, zu Waffendiensten. Ein Teil der orthodoxen Wlachen wechselte allerdings später auf die kroatisch-österreichische Seite über, wo sie als privilegierte Wehrbauern von Lehnspflichten befreit blieben.

In Bosnien selbst verzichteten die Türken auf die Ansiedlung von Industrie und den Ausbau von Straßen, da diese österreichischen Angreifern zugute kommen konnten. Außerdem wurde die christliche Mehrheit stark diskriminiert. So gehörte der gesamte Boden Moslems, die Christen waren nur Pachtsklaven. Die Steuer setzten die lokalen türkischen Beamten willkürlich fest. Christen mussten

schiedlichen Zeiten ab. Große Bedeutung hatte dabei die Versklavung nicht nur feindlicher Soldaten, sondern auch der ansässigen Zivilbevölkerung. Der Übertritt zum Islam bot eine Möglichkeit, freigelassen zu werden. Die konvertierten Freigelassenen siedelten meist in den Städten. In Sarajewo machten sie 1528 fast 8 % der Einwohner aus.

Banja Luka und Mostar entstanden im Rahmen der osmanisch-islamischen Urbanisierung. Später, im Bosnienkrieg, machten die Serben 1993 die berühmte Ferhad-Moschee in Banja Luka dem Erdboden gleich. Im gleichen Jahr wurde die ebenfalls weltbekannte Steinbrücke von Mostar, die nach neun Jahren Bauzeit 1566 fertig-

Moslems gratis bewirten. Diese hatten die lukrativen Handwerke für sich monopolisiert. Einzig Kirchen und Klöster, die bereits vor dem Türkeneinfall errichtet worden waren, durften bleiben.

Bosnien blieb auch im 19. Jahrhundert ein Agrarland, in dem die bosnischen islamischen Geistlichen (Ulema) sich den Reformen ebenso wie die auf ihren Pfründen sitzenden Großgrundbesitzer widersetzen. Doch auch die einfachen Muslime sahen in der Gleichsetzung der nicht-muslimischen Untertanen eine Beschneidung ihrer Privilegien. Deshalb versuchten sie häufig die Einrichtung von Kirchen zu verhindern. Als Reaktion verstärkte die kroatisch-katholische und die serbisch-orthodoxe Bevölkerung die nationalen Integrationsprozesse, z. T. unter dem Einfluss von Landsleuten außerhalb des Landes.

Als sich die christliche Bauernbevölkerung gegenüber den muslimischen Großgrundbesitzern trotz halbherziger Reformen immer benachteiligter fühlte und die Willkür der Lokalherrscher sich steigerte, kam es nach 1852 zu Bauernaufständen. Von diesen erregte der serbische in der Herzegowina 1875 durch seine Heftigkeit und die Brutalität, mit der er niedergeschlagen wurde, großes Aufsehen in der westlichen Öffentlichkeit. Dies beförderte die Lösung der „Orientalischen Krise“ beim Berliner Kongress 1878. Wegen der Zweifel an der Kompetenz Istanbul, für Recht und Ordnung und die Durchführung von Reformen in Bosnien-Herzegowina sorgen zu können, wurde die österreichisch-ungarische Monarchie von den europäischen Signatarstaaten ermächtigt, Bosnien-Herzegowina zu besetzen und zu verwalten. Nominell blieb das Land bis zur Annexion 1908 unter der Oberhoheit des Sultans.

Mit der Besetzung Bosnien-Herzegowinas begann eine Entwicklung, in der die religiöse Abgrenzung eine überragende Rolle spiel-

te. Dies wurde von der dortigen österreichisch-ungarischen Verwaltung ausgenutzt.

So wurden serbische Schulen schikanieren und geschlossen, die kyrillische Schrift verdrängt und sogar in die Autonomie der orthodoxen Kirche eingegriffen. Gleichzeitig stieg die Zahl der katholischen Klöster von drei in der Türken-Ära auf das Dreißigfache! Es herrschte ein Polizeiregiment ohne Meinungsfreiheit; die Kontakte mit Serbien und Montenegro wurden streng überwacht und begrenzt. Allein in Sarajewo war ein Drittel der Bevölkerung mit der inneren Spionage befasst.

Um ein gemeinsames „Landesgefühl“ zu schaffen, suchte Benjámín Kállay, Magyare und österreichisch-ungarischer Verwalter Bosnien-Herzegowinas, zwischen 1882 und 1903, die von der katholischen Kirche propagierte Idee durchzusetzen, die Provinzialbevölkerung sei eine bosnische „Nation“, die eine „bosnische“ Sprache spreche. Diese sollten sich in Katholiken, Orthodoxe und Muslime teilen. Die Begriffe „Bosnier“ und „Bosnjaken“ wurden jedoch nur sehr beschränkt akzeptiert. Letztlich blieben sie bei den Muslimen hängen.

In der rein kroatischen westlichen Herzegowina waren die Kroaten samt der dortigen Franziskanern militant, wie sie dies heute noch sind. In Bosnien dagegen waren sie gegenüber dem Zusammenleben mit anderen Nationalitäten aufgeschlossener. So bildeten sich unter den Kroaten Bosnien-Herzegowinas, wie auch heute noch, zwei Orientierungen: In Bosnien suchte eine Partei das Zusammengehen mit den Serben, während der neu ernannte Erzbischof von Sarajewo den Kurs eines unveröhnlichen, religiös untermauerten kroatischen Exklusivismus einschlug und damit besonders in der Herzegowina Anhang gewann.

Charakteristisch für das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in den

südslawischen Teilen der Doppelmonarchie war die politische Radikalisierung der Jugend, insbesondere der Studenten und Mittelschüler. Dies begünstigte (national)revolutionäre und terroristische Milieus.

Am 5. Oktober 1908 befahl Kaiser Franz Josef die Annexion Bosnien-Herzegowinas. Sechs Jahre später begann – ausgelöst durch die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 in Sarajewo – der Erste Weltkrieg.

„Die richtige Hetze gegen die Serben und alle, die mit ihnen in Verbindung standen, begann erst jetzt. Die Menschen zerfielen in Verfolgte und Verfolger. Jenes hungrige Tier, das im Menschen lebt und sich nicht zeigen darf, solange nicht die Dämme der guten Sitten und Gesetze entfernt werden, war jetzt befreit. Nun war das Zeichen gegeben, die Dämme weggeräumt. Wie oft in der menschlichen Geschichte waren Gewalt und Raub, ja auch der Mord stillschweigend zugelassen, unter der Bedingung, dass sie im Namen höherer Interessen, unter festgelegten Losungen und gegen eine begrenzte Zahl von Menschen eines bestimmten Namens und einer bestimmten Überzeugung verübt wurden.“

Wer damals mit reiner Seele und offenen Augen lebte, der konnte sehen, wie sich eine ganze Gesellschaft in einem Tage verwandelte. Verschwunden waren in wenigen Augenblicken diese Stadt, die auf einer jahrhundertalten Tradition aufgebaut worden war, wenn es auch in ihr immer heimliche Hassgefühle, Eifersüchteleien, religiöse Unduldsamkeiten, gewisse, von der Gewohnheit geheiligte Grobheiten und Grausamkeiten, aber daneben auch Menschlichkeit und das Gefühl für Ordnung und Maß gegeben hatte, Gefühle, die alle diese bösen Triebe und rohen Gewohnheiten in erträglichen Grenzen gehalten, sie letzten Endes versöhnt und den allgemeinen In-

teressen des gemeinsamen Lebens untergeordnet hatten.

Männer, die vierzig Jahre lang in der Stadt das Wort geführt hatten, verschwanden über Nacht, als wären sie alle plötzlich, zugleich mit den Gewohnheiten, Auffassungen und Einrichtungen, die sie verkörperten, verstorben.“¹³

Am 14. August 1914 erhängte oder erschoss man in Foča 126 Serben. In Pale bei Sarajewo wurde im Oktober 1914, nach dem Rückzug der Montenegriner, die gesamte Bevölkerung massakriert. In der Umgebung von Zupci starben 83 Menschen am Galgen. In der herzegowinischen Stadt Trebinje errichtete man am Tag der Kriegserklärung, am 28. Juli 1914, sechs Galgen gerade vor der serbischen Schule und der Kirche, an denen insgesamt 103 Personen serbischer Nationalität endeten. In Vlasenica erschlugen die muslimischen Freiwilligen, die sich stolz „Legionäre“ nannten, die Serben mit Beilen. Unter dem Druck der europäischen Öffentlichkeit gestand die österreichisch-ungarische Diplomatie, es habe in Bosnien-Herzegowina 460 „ordentlich“ zum Tode Verurteilte gegeben, musste aber immerhin einräumen, viele Morde an den Serben seien aus „religiösen Gründen“ geschehen, was die Behörden nicht hätten verhindern können.

Nach Ende des Ersten Weltkriegs, jedoch noch vor der Gründung des „Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen“, gab der serbisch dominierte Nationalrat für Bosnien-Herzegowina eine Proklamation zur Aufhebung der Grundbesitzverhältnisse heraus. Kurz nach der Proklamation des Königreichs erließ Prinzregent Alexander eine Verordnung, die den abhängigen Bauern (Kneten) einen

Rechtsanspruch auf die von ihnen bearbeiteten Ländereien verlieh. Da einheitliche und transparente Verfahren und Regelungen des Rechtsweges fehlten, lief die so genannte Agrarreform praktisch vielfach auf Enteignung oder gar Mord und Totschlag hinaus. Die Konsequenz für die Muslime beschrieb der oberste islamische Geistliche in einem Interview für die Pariser Zeitung *Le Temps*: „Tausende Menschen ermordet, 76 Frauen verbrannt, 270 Dörfer ausgeraubt und zerstört.“¹⁴ Besonders willkürlich war die Zuteilung des Landes an die serbischen freiwilligen Soldaten.

Diese Agrarreform hatte im Krieg der neunziger Jahre ein Nachspiel, als die serbischen Verhandlungsführer bei Gesprächen über die Teilung des Landes ihren Anspruch auf über die Hälfte des Landes mit den Katastern untermauerten, in denen die Ergebnisse der Umverteilung am Ende des Ersten Weltkriegs festgeschrieben waren, und die internationalen Vermittler diese als Ausgangsbasis für die Teilung des Staates Bosnien-Herzegowina akzeptierten.

Die Diskriminierungen im Königreich trieben mehrere Hunderttausend, vor allem religiös bewusste und aktive Muslime dazu, in die Türkei zu emigrieren. Die Säkularisierung ging so weit, dass der Islam unter den bosnischen Muslimen nur noch wenige Anhänger hatte, die sich tatsächlich an die Glaubensregeln hielten. Nirgends in Jugoslawien gab es Tendenzen zum so genannten „Islamismus“ oder „Fundamentalismus“, also zu Versuchen, die Gesellschaft nach rigoros verstandenen islamischen Prinzipien umzugestalten. Die Marginalisierung von Religion war beim Islam am ausgeprägtesten.

Ab 1937 hatte sich in Bosnien eine Form des Islam entwickeln können, die die schrittweise Modernisierung der Gesellschaft akzeptierte. Dabei zeigte sich ein interessanter Aspekt der religiösen Praxis der bosnischen Muslime darin,

dass der Vorsitzende der Islamischen Gemeinschaft, Fehim Spaho, von ihnen verlangte, sie sollten die Verehrung des serbischen Nationalheiligen Sava einstellen und katholische Kirchen nur noch dann besuchen, wenn sie dabei ihren Fez auf dem Kopf behalten dürften. Ganz offensichtlich war es also für die Muslime üblich, auch religiöse Bräuche der mit ihnen lebenden Orthodoxen und Katholiken zu übernehmen.

Im Zweiten Weltkrieg fiel der größte Teil von Bosnien-Herzegowina 1941 an den von der Ustascha beherrschten „Unabhängigen Staat Kroatien“, in dem Serben, Bosniaken, Juden und Roma Opfer des Ustascha-Terrors wurden. So bildete sich hier bald das Zentrum der jugoslawischen Widerstandsbewegung der Tschetniks, und im November 1942 gründeten die kommunistischen Partisanenverbände unter Tito in Bihać den „Antifastischen Volksbefreiungsrat“.

Bei der Gründungsversammlung der jugoslawischen Föderation noch während des Zweiten Weltkrieges wurde Bosnien-Herzegowina als gleichberechtigte föderale Einheit des zukünftigen Bundesstaates behandelt. Die Sozialistische Republik Bosnien-Herzegowina war definiert als Republik der gleichberechtigten Völker (Serben, Kroaten und Muslime), doch wurden die Muslime weiterhin dem Druck ausgesetzt, sich im ethno-sozialen Sinne als Kroaten oder Serben zu entscheiden. Obwohl die muslimische Bevölkerung von allen drei Völkern eindeutig das stärkste bosnische Gefühl besaß, sahen viele von ihnen bis in die 50er Jahre hinein ihre Existenz in Bosnien nie ganz gefestigt und blickten deshalb gerne Richtung Türkei.

Erst in den sechziger Jahren wurden die Muslime, die sich zunehmend als Nation fühlten, auch als solche anerkannt. Gleichzeitig wurde ihnen die Konfession als Identitätstitel genommen. Die ser-

¹³ Ivo Andrić: Die Brücke über die Drina, S. 365 f.

¹⁴ Zit. n. Mustafa Imamović: Bosnien-Herzegowina bis 1918, in: Der Jugoslawienkrieg, S. 82.

bischen Traditionalisten wollten freilich diese Anerkennung als Nation nie akzeptieren. Sie wagten dies aber erst nach dem Tod von Tito öffentlich zu sagen. Allerdings erlaubte der aus der Konfession abgeleitete Name auch Spekulationen über die „wahre“ oder „eigentliche“ ethnische Herkunft der Muslime. Die serbischen Nationalisten wollten die staatsrechtliche Existenz von Bosnien-Herzegowina negieren und behaupteten deshalb, es handle sich um „serbische Länder“ und die Muslime seien „eigentlich“ islamisierte Serben. Doch die breite Anerkennung des nicht-konfessionellen Namens der Bosniaken bestätigte schließlich die historische und kulturelle Gruppenidentität als Nation.

Der Mangel an einer authentischen nationalen Identität bei den Völkern, die angeblich von den Serben abstammten, war und ist für den serbischen Mythos keine unlösbare Frage, wie sie es etwa für andere Völker ist. Sie könnten zu ihrem ursprünglichen Serbentum, das sie in der Tiefe ihrer Seele alle mit sich trügen, zurückkehren. Diese Rückkehr würde es diesen Völkern ohne echte Identität ermöglichen, zu den tiefsten Wurzeln ihres nationalen Wesens zurückzufinden. Damit wären alle Bedingungen für eine gerechte und friedliche Beendigung der zwischen-nationalen Konflikte und Kriege auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien erfüllt.

Allein die Bereitschaft der „katholisierten Serben“ (Kroaten) und der „islamisierten Serben“ (Muslime), zu ihren serbischen Wurzeln in Jugoslawien zurückzukehren, hätte den Krieg verhindern können. Der Kampf der Muslime gegen die Serben sei nicht nur vergeblich, sondern auch tragisch, wie ein Teilnehmer auf dem Zweiten Kongress der serbischen Intellektuellen in Belgrad 1994 meinte, denn er sei selbstmörderisch: *„Die bosnischen Muslime können den Kampf gegen sich selbst, gegen den Serben in sich, nicht gewinnen.“*¹⁵

In der Volkszählung 1971 konnten sich die Muslime zum ersten Mal in aller Form national frei bekennen. Der wirtschaftliche Aufschwung in den 60er Jahren, von dem Bosnien ebenso wie andere Landesteile profitiert hatte, gab ihnen nach all den Schicksalsschlägen wieder Status, Selbstbewusstsein und Perspektiven. So wollten sie sich wie die anderen Völker Jugoslawiens als konstruktiver Faktor ihres Landes sehen. Ihr angestammter Name war auch national verwurzelt; im türkischen Reich waren Nation und Religion ohnehin identisch gewesen. Es ist allerdings falsch zu sagen, dass sich die muslimische Nation erst in den 60er Jahren „gebildet“ hätte; denn sie war im Bewusstsein immer vorhanden gewesen.

Der Frage, ob die Muslime in Bosnien-Herzegowina eher religiös oder national zu definieren seien, wurde in einer Befragung 1981 nachgegangen. Dabei erklärten sich von den 4,13 Mill. Einwohnern 39,52 % als ethnische Muslime und 7,91 % – in der Mehrheit Muslime – als Jugoslawen.

1991 versuchte man, die Begriffe „Bosnier“ und „Bosnjaken“ in den Reihen der Muslime wiederzubeleben, um von der primär religiösen Bezeichnung „Muslime“ wegzukommen. Der spätere bosnische Präsident Izetbegović und andere Führer der muslimischen Partei argumentierten dagegen damals, das ginge nicht, weil man sonst

Kroaten und Serben dem bosnischen Namen und damit auch dem bosnischen Staatsdenken entfremden würde. Heute, da der bosnische Staat in weiten Teilen mit einem muslimischen identisch ist, greift man häufig darauf zurück, allerdings auch im Bestreben, der gegenwärtigen muslimisch beherrschten Regierung in Sarajewo Legitimität für den Gesamtstaat zu verleihen.

Die Träger der so genannten islamischen Renaissance in Bosnien bekannten sich damals und auch später zu einem europäischen, rationalen Islam; sie stellten diesen betont den radikalen Tendenzen im Orient gegenüber. Ein wichtiges Argument war, Europa könne sich „seines“ Islams sehr gut als Gegengewicht zu den fundamentalistischen Tendenzen im Orient bedienen.

¹⁵ Zit. n. Ivan Čolović: Symbolfiguren des Krieges. Zur politischen Folklore der Serben, in: Der Jugoslawien-Krieg, S. 309.

Die Kroaten in Bosnien hatten überwiegend ihre traditionell eher bosnische Orientierung beibehalten. Diejenigen in der westlichen Herzegowina allerdings, die nie mit Muslimen zusammengelebt haben, waren und sind überzeugte Kroaten, die lieber mit Kroatien vereint sein möchten.

Als der Krieg in der Herzegowina zwischen Kroaten und Muslimen eskalierte, bedauerte die katholische Kirche in ihren Erklärungen die unschuldigen Opfer des Krieges. Die Bischofskonferenz betonte jedoch, Kroatien sei unschuldig in den Krieg hinein gezogen worden. Kardinal Kuharić, Erzbischof von Zagreb, stellte sich eindeutig auf den Standpunkt der Anerkennung der territorialen Integrität des bosnischen Staates. Damit widersetzte er sich nicht nur der Führung der Kroaten in Bosnien-Herzegowina, sondern auch der faktischen Politik des kroatischen Präsidenten Tudjman. Der katholische Erzbischof von Sarajewo, Kardinal Puljić, vertrat gleichfalls die Position eines unteilbaren Bosnien, was ihm den Respekt der bosnischen Bevölkerung und den Widerstand kroatischer Nationalisten einbrachte. Zudem kam es zu einer weiteren Verschärfung der Beziehungen zwischen der Amtskirche und den herzegowinischen Franziskanern, die eher die Option einer Angliederung der westlichen Herzegowina an Kroatien vertraten. Die Franziskaner der bosnischen Provinz hingegen teilten in dieser Frage die Meinung von Kardinal Puljić.

Bei den Muslimen führte der Krieg in Bosnien-Herzegowina zu einer gewissen Konsolidierung ihrer Gemeinden. Die islamische Glaubensgemeinschaft hatte angesichts der schweren Bedrohung ihrer Gläubigen zuerst zum Schutz der bosnischen Muslime aufgerufen. Viele Muslime in der islamischen Welt interpretierten den Krieg als Vernichtungskrieg der Christen gegen den europäischen Islam. Die Tatsache, dass das – christlich geprägte – Ausland lange Zeit nicht wirksam

intervenierte, gab einer solchen Interpretation Nahrung. Die logische Folge dieser Sichtweise war die Suche nach Unterstützung in der islamischen Welt und eine zunehmende Distanzierung vom Christentum und vor allem von den Werten der westlichen Gesellschaft, die man als christlich geprägt verstand. Der Konflikt in Bosnien-Herzegowina stärkte dort den Islam.

Die Serben hatten eindeutig das schwächste bosnische Identitätsgefühl; ihre ganze Nationalbewegung war auf Vereinigung aller Serben ausgerichtet gewesen. Im Namen dieser Vereinigungsidee hatten Serben 1914 das Attentat in Sarajewo verübt. In Jugoslawien hatten die Serben diese Einheit realisieren können. Dennoch gab es – besonders in den Städten – auch Serben, die für ein „bosnisches“ Zusammenleben der drei Völker eintraten.

Am 25. März 1991 trafen sich in der Staatsdomäne Karadjordjevo in der serbischen Vojvodina die Staatspräsidenten Kroatiens und Serbiens, Tudjman und Milošević, und beschlossen die Aufteilung Bosnien-Herzegowinas zwischen den beiden Republiken auf Kosten der Muslime, und zwar ca. $\frac{1}{3}$ des

Territoriums mit 900.000 Kroaten an Kroatien und $\frac{2}{3}$ an Serbien.

Gegen diese kroatisch-serbischen Ambitionen bildete sich in Bosnien-Herzegowina Widerstand, und im Oktober 1991 erklärte das Parlament gegen das Votum der serbischen Abgeordneten Bosnien-Herzegowina zum souveränen Staat. Hierauf riefen die überstimmten serbischen Abgeordneten am 9. Januar 1992 einen eigenen Staat, die Serbische Republik Bosnien und Herzegowina, aus.

Ein Jahr später, am 1. März 1992, kam es in Bosnien-Herzegowina zu einem von den bosnischen Serben boykottierten Referendum über die Frage: „*Sind sie für ein souveränes, unabhängiges Bosnien-Herzegowina, einen Staat gleichberechtigter Bürger und der Völker Bosnien-Herzegowinas – Muslime, Serben, Kroaten und anderer, die darin leben?*“ Ca. 60 % gingen zur Abstimmung, und das Referendum wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Mit dieser eindeutigen Entscheidung zur Unabhängigkeit, die durch das Parlament am 3. März 1992 förmlich bestätigt wurde, löste Bosnien einen dreieinhalbjährigen Krieg aus, den die Serben kurz

darauf begannen. Die Zahl der Serben, die ein bosnisches Zusammenleben der drei Völker unterstützt hatten, verringerte sich und schwand im Laufe des Krieges noch mehr.

Auch in Bosnien-Herzegowina wurden, wie schon im Krieg in Kroatien, „ethnische Säuberungen“ und der Terror gegen die nicht-serbische Zivilbevölkerung zur Kriegsstrategie, um den Anspruch der Serben auf 65 % des Staatsgebiets durchzusetzen. Verantwortlich für die militärischen Operationen waren in erster Linie paramilitärische Truppen, die die zuvor von den regulären Truppen sturmreif geschossenen Städte und Dörfer besetzten. Gebiete und Ortschaften mit gemischter Bevölkerung sollten „ethnisch rein“ gemacht werden. Im Sommer 1992 sahen die Serben ihr Ziel erreicht. Sie errichteten Konzentrationslager in den eroberten Gebieten und unterwarfen die ansässige nichtserbische Bevölkerung, die nicht fliehen konnte, einem systematischen Terror.

Anfang April 1992 drangen serbische Freischärler aus Serbien in die halb serbisch, halb muslimisch bewohnte Stadt Bijeljina im Nordosten Bosniens ein, vereinigten sich mit lokalen Serben, stürmten die Moscheen und töteten wahllos muslimische Männer, Frauen und Kinder. Sie plünderten muslimische Häuser, raubten Gold und Devisen und sprengten muslimische Einrichtungen in die Luft.

Zur gleichen Zeit wurde auch Sarajewo eingeschlossen, wo sich die serbischen Truppen auf den Anhöhen um die Stadt festsetzten und von dort die Bewohner der Stadt gezielt beschossen.

Noch schlimmer wurden die Massaker, als die Serben im Juli 1995 in die ostbosnischen UNO-Schutz-zonen um die Städte Srebrenica, Zepa und Gorazde eindringen. Srebrenica hatte im serbischen Denken eine Schlüsselposition, denn von hier hatte ihr Feldzug

Opfer für die Prinzipien der UN-Charta

„Bis zum letzten Jahr glaubte ich fest an die humanistischen Werte Europas: seine demokratischen Ideale, die Erklärung der Menschenrechte, die Glaubensfreiheit in seinen laizistischen Staaten, das heißt: an die edlen, in ihren Verfassungen niedergelegten Gebote. Das bosnische Volk – Moslems ebenso wie viele Kroaten und Serben – glaubte auch daran: Es wollte in einem Staat unterschiedlicher Völker und Religionen leben.“

Seit Mai 1992 opfern wir unser Leben für die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen . . . Die Achtung verdienenden Ideen der Erklärung der Menschenrechte sind in Bosnien gestorben. Zigttausend Männer und Frauen, die sie ebenfalls unterstützten, liegen, weil es keinen Platz mehr gibt, übereinander gestapelt auf den Friedhöfen Sarajewos oder überall in Massengräbern. Sagen Sie es nur deutlich: Sie starben, weil sie die Ideale inmitten der Gleichgültigkeit oder des heuchlerischen Mitleids der europäischen Staatsmänner und Diplomaten verteidigt haben.

Der Westen kann uns kein Ethikunterricht mehr erteilen . . . Seid ihr der Barbarei gegenüber, die Sarajewo zerstört, blind geworden oder taub? Einerseits reden sie davon, dass die, die sich des Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben, bestraft werden müssen, andererseits führen sie freundschaftliche Dialoge mit ihnen und garantieren deren Eroberungen. Die mit Wehrlosigkeit, Bombenangriffen, Hunger und Blockade der ärztlichen Hilfe Gestraften sind wir, die Opfer.“

Quelle: Mustafa Čerić, Vorsteher der Imane in Bosnien, in einem Interview mit Juan Goytisolo 1992 Sarajewo, in: Notizen aus Sarajewo, S. 104 f.

der „ethnischen Säuberung“ begonnen und hier wollten sie für sie klare Verhältnisse schaffen: keine muslimische, sondern nur noch eine serbische Bevölkerung. Während die Serben hauptsächlich Frauen, Kinder, ältere Menschen

sowie Kranke und Verwundete zu Fuß ins moslemisch kontrollierte Kernland Bosniens abschoben, wurden ca. 8.000 wehrlose muslimische Männer und Söhne von Soldaten erschossen und in Massengräbern verscharrt.

Die Vereinten Nationen sprachen später von den „schlimmsten Gräueltaten“ in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Die niederländischen Soldaten, die zum Teil von den Serben bedroht und gedemütigt den Massakern tatenlos zusehen mussten, wurden nachträglich in einer offiziellen Untersuchung von aller Schuld freigesprochen, da sie weder ausreichend ausgerüstet noch klare Anweisungen erhalten hätten.

Für die serbische Kriegspolitik gab es mehrere Beweggründe:

1. Die Muslime waren militärisch so schlecht vorbereitet und organisiert, dass dies die Serben geradezu zum Losschlagen „einlud“. Als zudem den Serben seitens der EG-Vermittlung ihre Maximalforderungen nicht erfüllt wurden, erschien ihnen die Alternative des Krieges wieder „lohnend“.
2. Das Zögern des Westens mit der Anerkennung nach dem Referendum erweckte den Eindruck, es gäbe in Bezug auf Bosnien weder bei der EG noch in den

USA eine feste Politik und schon gar keinen Willen, sie durchzusetzen.

3. Milošević billigte den Krieg zu jenem Zeitpunkt nicht nur, sondern regte ihn sogar direkt an; denn sein Ziel war nicht mehr Jugoslawien, sondern Groß-Serbien. Darüber hinaus lag das Einverständnis und die Bereitschaft der jugoslawischen Armeeführung vor, die serbische Kriegsführung zu unterstützen.

Von kroatischer Seite arbeitete Präsident Tudjman auf die Annexion großer Teile Bosnien-Herzegowinas – insbesondere in Mostar – und deren Eingliederung nach Kroatien hin. Diese antibosnische Politik Tudjmans führte im April 1993 dazu, dass das Bündnis zwischen den kroatisch-bosnischen Truppen des „Kroatischen Verteidigungsrats“ (HVO) und der Bosnischen Armee zerbrach. Zu dieser Zeit begannen kroatische Truppen, die muslimische Bevölkerung aus einer Reihe von ethnisch gemischten Dörfern und Städten zu vertreiben, um in Zentralbosnien

ein zusammenhängendes Kroatengebiet zu schaffen. Mit äußerster Brutalität gingen sie gegen die muslimische Zivilbevölkerung vor. So verübten sie u. a. ein Massaker, bei dem über 100 Menschen umkamen, und nach serbischem Vorbild wurden Konzentrationslager eingerichtet.

Doch selbst unter verfeindeten muslimischen Truppen kam es zu Kampfhandlungen. So griffen Truppen des muslimischen und regionalen politischen Führers Fikret Abdić im Oktober 1993 gemeinsam mit serbischen Truppen aus der Krajina ein Armeekorps der bosnischen Armee in Bihać an. Doch das eingeschlossene Bihać konnte sich halten.

Der Krieg in Bosnien-Herzegowina löste massive Flüchtlingsbewegungen aus (bis 1995 über 2,2 Millionen Flüchtlinge) und sollte rund 200.000 Menschen den Tod bringen sowie das Land – besonders die von Muslimen und Kroaten bewohnten Gebiete – zerstören.

Schließlich beendete am 12. Oktober 1995 ein Waffenstillstand den Krieg, und mit dem Friedensabkommen von Dayton (Ohio) vom 21. November 1995 wurde der Versuch einer Konfliktlösung eingeleitet. Danach sollte die formale Einheit des Landes bei faktischer Teilung in die Bosniakisch-kroatische Föderation und die Serbische Republik (Republika Srpska) erhalten bleiben.

So wie die westlichen Mächte die Bosniaken zu einer der „Kriegsparteien“ gemacht hatten, wurde auch nach dem Abkommen von Dayton ignoriert, dass die Bosniaken Opfer eines Genozids waren. Der Begriff „ethnische Säuberung“ unterstellte, alle Kriegsparteien hätten dies praktiziert. Damit wurden die Unterschiede zwischen lokalen und sporadischen Exzessen sowie dem von langer Hand geplanten Vernichtungsfeldzug verwischt und damit den Bosniaken Gerechtigkeit verweigert.

Bosnien einst und jetzt



Bevölkerungsmehrheiten vor dem Kriege:



Die Lage im Sommer 1995:



Bosnien nach dem Friedensvertrag:



© Globus 3092

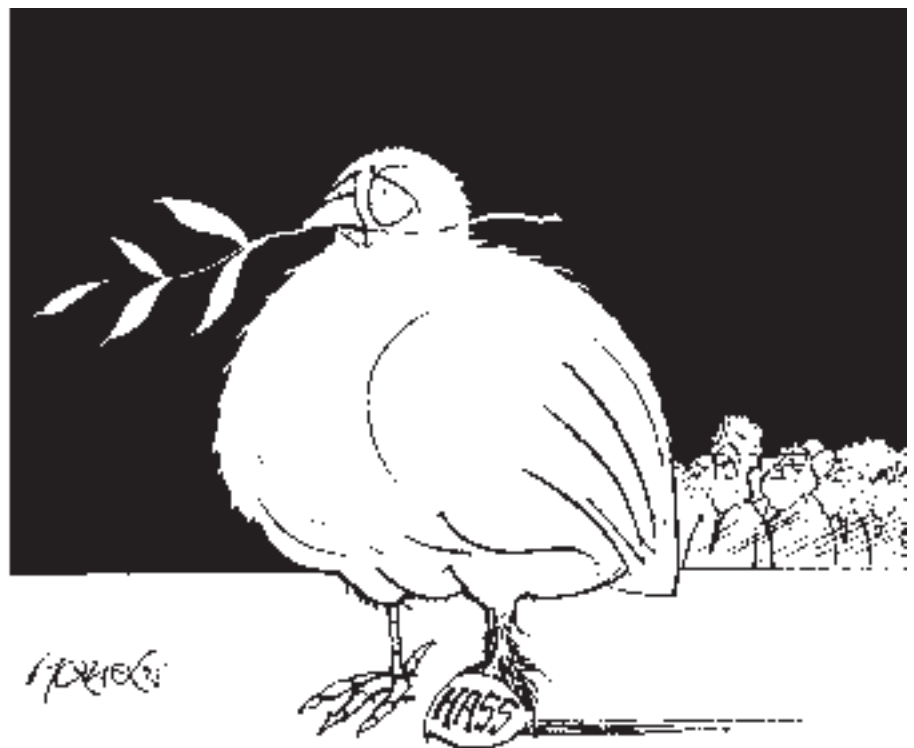
Gerechtigkeit ist aber eine wesentliche Bedingung für eine künftige friedliche Entwicklung Bosniens, die durch die fortbestehenden ethnischen Spannungen gefährdet wird. Deshalb ist es bis heute Aufgabe des Hohen Beauftragten der UNO, im faktischen UNO-Protektorat Bosnien-Herzegowina für die Einhaltung des Dayton-Abkommens zu sorgen sowie die internationale Hilfe zu organisieren und zu koordinieren.

Zur Sicherung des Friedens zwischen den Volksgruppen sollen seit 1995 NATO-Truppen (zunächst IFOR, ab Dezember 1996 SFOR) und zusätzlich seit Januar 2003 eine „Europäische Polizeimission in Bosnien-Herzegowina“ sorgen.

Noch immer bilden die Rückkehr der Flüchtlinge, die Stärkung der politischen Institutionen sowie die Förderung des schwachen wirtschaftlichen Aufschwungs bei gleichzeitiger Bekämpfung der Korruption und der Schattenwirtschaft die Hauptprobleme. Sorgen bereiten auch die Aktivitäten radikaler islamischer Fundamenta-

listen. So haben saudi-arabische Institutionen seit dem Ende des Krieges 1995 mehr als 100 neue Moscheen und Gemeindehäuser

gebaut, die bis heute unter ihrer Kontrolle und nicht der traditionellen islamischen Gemeinschaft Bosniens stehen. Das Bestre-



Bosnien zwischen Hoffen und Bangen.

Walter Harel

Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 11. April 1996

ben der Fundamentalisten, „religiös reine Gebiete“ zu schaffen, droht damit jede Chance auf eine tolerante Atmosphäre zwischen der muslimischen Mehrheit sowie den orthodoxen Serben und den katholischen Kroaten in Bosnien-Herzegowina zu zerstören.

Für ein tolerantes Zusammenleben bleibt die strafrechtliche Bewältigung der Kriegsverbrechen durch das internationale Kriegsverbrechertribunal in Den Haag unabdingbar, um Schuld zu individualisieren und dadurch die Spirale kollektiver Schuldzuweisungen und Rachedgedanken zu durchbrechen.

Serbien bis 1918

Im Altertum wurde das Territorium des späteren Serbien von illyrischen, thrakischen und keltischen Stämmen bewohnt. Vermutlich im 7. Jahrhundert wanderten südslawische Serben ein, die vom 8. bis 12. Jahrhundert unter bulgarischer und byzantinischer Herrschaft standen. Erst der Begründer der Nemanjiden-Dynastie, Großfürst Stephan Nemanja, konnte um 1180 die Unabhängigkeit seines Fürstentums Raszien, das er mit Zeta (Montenegro) vereinigte, erkämpfen.

Zu Beginn des 13. Jahrhunderts wirkte der Heilige Sava beim griechischen Patriarchen die Trennung der Kirchenorganisation vom mazedonischen Ohrider Erzbistum. Die damit 1219 begründete Unabhängigkeit der serbischen orthodoxen Kirche sollte über Jahrhunderte von größter Bedeutung für das Nationalbewusstsein werden.

Den territorialen, politischen und wirtschaftlichen Höhepunkt erreichte der serbische Staat unter Stefan Dušan, der nach bulgarischem Vorbild den Zarentitel annahm. Im Jahr 1330 wurde Skopje Zentrum des Reiches, und griechische Gebiete bis fast nach Thessaloniki und ganz Albanien kamen

unter serbische Herrschaft. Das serbische Geistesleben und insbesondere die Rechtsprechung formten Konturen der Eigenstaatlichkeit. 1346 erhob die Synode den serbischen Erzbischof zum Patriarchen. Anschließend krönte er Stefan zum „Kaiser der Serben und Griechen“, später auch der Bulgaren und Albaner. Diese „Provokation“ beantwortete Konstantinopel 1353 mit dem Kirchenbann.

Nach dem frühen Tod des Zaren Dušan im Jahr 1355 drohte dieses noch wenig gefestigte Reich mit seinen starken nichtslawischen Bevölkerungsteilen zu zerfallen. Durch Abspaltung entstanden kleine, häufig miteinander verfeindete Fürstentümer.

Eine vernichtende Niederlage erlitt der serbische Staat mit seinen Verbündeten, darunter Bosnier, vermutlich auch Ungarn und Albaner, am Veitstag, dem 28. Juni 1389, auf dem Amselfeld (Kosovo polje). Dabei kamen sowohl der serbische Fürst Lazar als auch der türkische Sultan ums Leben, Letzterer durch den serbischen Adligen Miloš Obilić. Bald bildeten sich um die Ereignisse – vor allem um den serbischen Verrat und Obilićs Opfertat – Volksepen und kirchliche Legenden. Dieser Kosovo-Mythos schuf für das serbische Volk den Kern seines historischen Bewusstseins und damit seines Geschichtsdenkens. Besonders im 19. Jahrhundert gewann dieser Mythos eine Schlüsselfunktion im nationalen Befreiungskampf. Seine politische Verwendung seit Mitte der achtziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts und die damit verbundene Hochstilisierung der serbischen Geschichte als Opfergang führte zu einer Instrumentalisierung des Mythos zum Zweck nationalistischer Mobilisierung.

Endgültig fiel Serbien im Jahr 1456 unter türkische Herrschaft. Gut 40 Jahre später war das serbische Fürstentum völlig unterworfen. In diesen Jahren kam es zu einer Massenflucht der serbischen Bevölkerung nach Südungarn. Der un-

garische König Matthias gab an, dass allein in den fünf Jahren zwischen 1478 und 1483 etwa 200.000 Serben in sein Land geflohen seien.

Dem Kaiser in Wien waren die serbischen Überläufer (Uskokken) aus den türkischen Territorien des Balkans sehr erwünscht. Ihre Lage in Österreich und Ungarn wurde wesentlich durch die Errichtung der Militärgrenze (serbokroatisch „Vojna krajina“ oder „Vojna granica“) bestimmt und als ein Schutzgebiet entlang der türkischen Grenze als ein besonderes Land Österreichs ausgebaut.

Diese Militärgrenze erstreckte sich auf Kroatien und Slawonien. Unter Ferdinand I. (1503–1564) und Maximilian II. (1527–1576) entwickelte sich aus einem System einzelner Befestigungsanlagen ein geschlossenes Siedlungsgebiet mit eigener Verwaltungsstruktur, das direkt dem österreichischen Militärkommando in Wien unterstellt wurde. Diese spezifische Organisationsform führte zu einer strikten administrativen Trennung von der kroatischen Gesellschaft des übrigen Kroatien-Slawonien.

Das System der österreichischen Militärgrenze, die ideologisch als christliches Bollwerk im „Heiligen Krieg“ galt, war teilweise ein Spiegel osmanischer Verhältnisse. Wehrbauern waren nicht nur serbisch-orthodoxe, sondern auch katholisch-kroatische Wlachen und sogar islamisierte Wlachen. Das Land wurde größtenteils Staats-eigentum und als solches den Wlachen zugeteilt. Sie waren von Lehnspflichten befreit, zur Wehrpflicht aber vom 18. bis 60. Lebensjahr gezwungen. Die wehrpflichtigen Bauern waren in der Regel serbische Uskokken, ihre Offiziere waren meist Deutsche.

Die Kehrseite der schlechten Besoldung der Grenzkrieger war das Heiduckentum. Die Heiducken, die sich zum Teil aus Räuberbanden rekrutierten, sollten als Söldner die Grenze gegen die Osmanen

verteidigen. Da sie gleichzeitig als Freischärler unter der türkischen Herrschaft auch zu Trägern nationaler und religiöser Opposition wurden, fanden sie sich später in verherrlichenden serbischen Volksliedern als nationale Helden gefeiert, die ihre Beute mit Armen teilten.

In Serbien selbst begann unter den Türken eine mehr als 400 Jahre lange Periode der Knechtschaft. Die Türken strebten danach, die Serben beim Vormarsch auf Ungarn einzusetzen und gleichzeitig von ihnen wirtschaftlich zu profitieren. Dabei drangen sie so gut wie gar nicht in die Dörfer vor. Sie besetzten vorwiegend kleine Städte, Verkehrskreuzungen und Ansiedlungen entlang der Hauptverkehrswege und verwandelten sie in Städte mit islamisierten slawischen und türkischen Bewohnern, aber auch starken armenischen, griechischen, spanisch-jüdischen und „lateinischen“ (Dubrovniker) Ansiedlungen.

Als das Kosovo und die Metohija sowie das Moravabecken einst zu Serbien kamen, waren die Serben in der Landwirtschaft, später auch im Bergbau tätig. Zur Zeit der Herrschaft der Türken begann der Rückzug der Serben in die Gebirge und damit verbunden eine Veränderung ihrer wirtschaftlichen Grundlagen. Die ursprüngliche Bezeichnung „Wlache“ für Viehhirten romanischer Herkunft ging nun aufgrund der von Viehzucht und Gebirge geprägten Lebensweise allgemein auf alle christlichen Serben über.

Nach dem Sieg über die Türken 1683 vor Wien drang das österreichische Heer mit Hilfe serbischer Truppen bis nach Südserbien vor. Als der Vormarsch zum Stocken kam und die Österreicher aus Furcht vor einem Ausbruch der Pest unter ihren Truppenteilen den Rückzug antraten, brachen für die Serben und die anderen Christen unter türkischer Herrschaft schwere Zeiten an. Kompromittiert durch ihre offene Hilfe für

die Feinde der Osmanen, wagten die serbischen Führer sowie ein Teil des Volkes nicht, die Rückkehr der Türken abzuwarten. Sie begannen sich 1689 rechtzeitig mit den Österreichern zurückzuziehen. Zusammen mit dem serbischen Patriarchen zogen vor allem Grundherren und bedeutende Persönlichkeiten nach Südungarn, während das Volk zurückblieb und ökonomisch ausgelaugt und physisch misshandelt eine der schwersten Perioden seiner Geschichte durchlebte.

Nach einem weiteren österreichisch-türkischen Krieg fielen serbisch besiedelte Gebiete südlich von Save und Drau im Frieden von Passarowitz (1718) unter die Herrschaft Österreichs. Dies verbesserte die Lage für die Serben. Dabei blieb es bis zu einer erneuten Niederlage Österreichs (1739), das nun die serbischen Gebiete räumte. Save und Donau wurden nun zur Grenze zweier großen Reiche. Zwischen ihnen lag das frühere Serbien als beidseitig befriedetes Grenzgebiet.

Als die Serben 1788 erneut auf Seiten Österreichs kämpften, übten sie Vergeltung an den Türken. Ihre politische Zukunft setzten sie auf Österreich. So unterbreitete Kara-Georg, später Organisator und Führer des regulären serbischen Heeres, vor Ostern 1804 dem Wiener Hof folgendes Angebot:

- Das gesamte serbische Volk wünscht unter die Herrschaft der Habsburger Dynastie zu kommen, da es nicht mehr die türkische Willkür und Ungerechtigkeit dulden kann und will.
- Falls die Serben Belgrad erobern, sollen mit Zustimmung des ganzen Volkes sowohl Belgrad sowie zwei kleinere Städte, Smederevo und Sabac mit ihrem Gebiet dem Kaiser in Wien angetragen und ein Prinz aus dem österreichischen Kaiserhaus als Regent Serbiens bestimmt werden.

- Wenn der Kaiser dem nicht zustimmen will, werden die Serben genötigt sein, sich an eine andere christliche Macht zu wenden, um sich als christliches Volk endlich einmal vom türkischen Sklaventum zu befreien.

Österreich wies jedoch diesen Vorschlag der Serben kühl und rundweg ab.

Anfang des 19. Jahrhunderts kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen serbischen Aufständischen und der osmanischen Armee, aus denen die Serben, die 1806 Belgrad einnahmen und seit 1807 von Russland unterstützt wurden, oftmals als Sieger hervorgingen.

1812 bot der russisch-türkische Friedensschluss von Bukarest erstmals die Chance einer serbischen Autonomie unter türkischer Herrschaft. Als jedoch im selben Jahr Russland von den Armeen Napoleons bedrängt wurde, nutzten die Türken das Nachlassen des russischen Drucks auf dem Balkan, schlugen den serbischen Aufstand nieder und eroberten Belgrad 1813 zurück.

Eine neue Lage schuf erst das Eingreifen Russlands unter dem Zaren Nikolaus I. Durch seinen erfolgreichen Krieg (1828–1829), der auch zur Befreiung Griechenlands und der rumänischen Donaufürstentümer führte, konnte er die Türken zwingen, den Serben in Übereinstimmung mit dem nicht verwirklichten Abkommen von Bukarests Autonomie einzuräumen. 1830 erkannte Istanbul Serbien als autonomes Fürstentum unter der Oberhoheit des Sultans, jedoch unter dem Schutz Russlands an. Zwei Jahre später erhielt die Orthodoxe Kirche in Serbien ihre Autonomie, in Form der nationalen Eigenständigkeit (Autokephalie) allerdings erst 1879.

Im Jahr 1867 wurde der serbische Autonomiestatus erheblich erweitert. Istanbul übergab 1862 die letzten noch verbliebenen Garni-

sonen an Serbien. Dies brachte das Ende der türkischen Verwaltung in den serbischen Städten.

Die abschließende Phase der Befreiung von den Türken begann 1875 mit dem Aufstand in Bosnien-Herzegowina, der Serbien und Montenegro, dann 1876–1878 auch Russland in den Krieg gegen das Osmanische Reich hineinzog. Im Friedensvertrag von San Stefano wurde unter dem Einfluss von Russland auf Kosten Serbiens Großbulgarien geschaffen. Durch das Beharren der westeuropäischen Mächte wurde jedoch auf dem Berliner Kongress 1878 der Frieden von San Stefano revidiert. Serbien und Montenegro erhielten die Unabhängigkeit, Serbien wurde im Süden eine Gebietserweiterung zugesprochen. Montenegro erhielt die Gebiete von Podgorica und Nikšić sowie den Zugang zum Meer. Mazedonien wurde dem neuen bulgarischen Staat wieder abgenommen und blieb unter osmanischer Herrschaft. Bosnien-Herzegowina kam unter die Herrschaft Österreich-Ungarns, das 1879 auch den Sandschak Novi Pazar besetzte, auf den Serbien Anspruch erhoben hatte.

Am 29. Mai 1903 beendete die Ermordung Alexanders und seiner Frau die Herrschaft der Dynastie der Obrenovićs. Die Attentäter kamen aus der Geheimorganisation „Schwarze Hand“ (Crna Ruka). Sie hatte sich innerhalb der Armee gebildet. Derartige Organisationen übernahmen neben den Parteien zunehmend eine wichtige Funktion. Sie standen für einen expansiven Nationalismus und die Vereinigung aller Serben. 1908 wurde die „Narodna odbrana“ (Nationale Verteidigung) und 1911 die mit ihr verbundene, jedoch geheime „Vereinigung oder Tod“ gegründet. Sie ging aus der „Schwarzen Hand“ hervor und hatte in der Verschwörung von 1903 ihren Ursprung. Gegen diese großserbischen Bestrebungen wandte sich die ebenfalls 1903 gegründete Partei der Sozialdemokraten.

Mit der Kriegserklärung vom 17. Oktober 1912 eröffnete der Balkanbund von Serbien, Bulgarien, Griechenland und Montenegro den Ersten Balkankrieg, nachdem in Albanien ein Aufstand gegen die osmanische Herrschaft ausgebrochen war. Nach wenigen Tagen stand die serbische Armee fast vor Thessaloniki und an der Adriaküste. Damit waren viele Orte mit baulichen Zeugnissen der serbischen mittelalterlichen Geschichte zurückerobert. In „Altserbien“, wie man das damals schon mehrheitlich albanisch bewohnte Kosovo nannte, gingen die Serben gegen die albanische Bevölkerung vor, zwangen sie teilweise zum Übertritt vom Islam zur Orthodoxie und töteten Tausende.

Auf der Londoner Konferenz ab Dezember 1912 über die Grenzen des neuen albanischen Staates wurden große Gebiete mit albanischer Mehrheit Serbien, Montenegro und Griechenland zugeschrieben. Die serbische und montenegrinische Unterdrückungspolitik provozierte 1913 einen weiteren albanischen Aufstand, dessen blutige Niederschlagung durch serbische Truppen zu weiteren Spannungen zwischen Serbien und Österreich-Ungarn führte, das als Schutzmacht Albaniens und albanischer Interessen auftrat. Bei dem Konflikt ging es auch darum, dass Serbien auf albanischem Gebiet den Zugang zur Adria suchte, was Österreich-Ungarn, das sein Handelsmonopol mit Serbien gefährdet sah, verhindern wollte.

Im Zweiten Balkankrieg besiegten die Serben 1913 Bulgarien und entschieden gemeinsam mit Griechenland die mazedonische Frage durch Einverleibung der umstrittenen Gebiete. Diese serbischen Erfolge und die vorangegangene Einverleibung Bosniens und der Herzegowina durch Österreich steigerten den serbisch-österreichischen Gegensatz.

Vojvodina

Seit dem 10. Jahrhundert gehörte die Vojvodina zu Ungarn, geriet aber zwischen 1552 und 1699 unter türkische Herrschaft. Am 25. November 1918 beschloss die Große Volksversammlung der Vojvodina in Novi Sad die Trennung von Ungarn.

In der 1992 gegründeten, aus Serbien und Montenegro bestehenden Bundesrepublik Jugoslawien und heutigen Republik Serbien-Montenegro ist die Vojvodina eine Provinz ohne nennenswerte Autonomierechte. Ihre gesellschaftliche, kulturelle und territoriale Eigenart, die sich im Verlaufe einer wechselreichen Geschichte herausgebildet hat, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg erstmals politisch anerkannt. Die Vojvodina bekam einerseits den Status einer autonomen Provinz der Republik Serbien, andererseits den einer gleichberechtigten föderalen Einheit des sozialistischen Jugoslawien. Dieser Status wurde der Vojvodina durch Milošević und seine Gefolgsleute 1988 einseitig und verfassungswidrig aberkannt.

Bis 1974 war der autonome Status der Vojvodina mehr proklamiert als realisiert. Auch wirtschaftlich lag die Provinz durchgängig im Rückstand. Auf den Landgütern der 1945 vertriebenen 400.000 Deutschen hatte man vorwiegend serbische Bevölkerung aus rückständigen Gebieten Bosniens, Montenegros und Kroatiens angesiedelt. In den nachfolgenden Jahren beschleunigte die sozialistische Zwangskollektivierung den wirtschaftlichen Niedergang. Die Vertreibung von Ungarn wurde durch ein Abkommen zwischen der jugoslawischen und der ungarischen Regierung gestoppt. Erst nach der Verfassungsänderung von 1974 erhielt die Vojvodina als „konstitutives Element“ unter den acht Mitgliedern der jugoslawischen Föderation – obwohl weiterhin ein Teil Serbiens – legislative, exekutive und justizielle Autonomie. Außerdem durfte sie nun über Investi-

Zusammensetzung der Bevölkerung der Vojvodina nach der Volksbefragung von 1991

Serben	1.151.353	57,25 %
Ungarn	340.949	16,94 %
Jugoslawen	168.859	8,39 %
Kroaten	97.644	4,85 %
Andere	71.703	3,56 %
Slowaken	63.941	3,17 %
Montenegriner	44.721	2,22 %
Rumänen	38.831	1,92 %
Rusinen	17.887	0,88 %
Mazedonier	16.641	0,82 %

tions-, Kultur- und Entwicklungspolitik in gewissen Grenzen selbstständig entscheiden.

In Belgrad erkannte man in dieser Aufwertung der autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo eine beabsichtigte Schwächung Serbiens und eine „jugoslawische Verschwörung“. Nach Titos Tod organisierte Milošević in der Vojvodina große „Volksaufstände“ und mobilisierte mit seinen extremistischen und serbisch nationalistischen Parolen vor allem die nach 1945 angesiedelte serbische Bevölkerung für sich. Diese Allianz der lokalen Bevölkerung mit der politischen Führung in Belgrad richtete im Oktober 1988 die Autonomie der Vojvodina zugrunde.

1990 wurde die Provinzialverfassung aufgehoben sowie die einheitliche serbische Verfassung verabschiedet. In ihr existierte die Autonomie der Vojvodina, ähnlich der im Kosovo, nur auf dem Papier, denn in Wirklichkeit wurden alle Institutionen der Gesellschaft der Belgrader Zentrale unterworfen. Der Krieg, den Belgrad gegen Kroatien 1991 und Bosnien-Herzegowina 1992–1995 führte, hatte einen Schwerpunkt in den Grenzgebieten zur Vojvodina.

Die ethnische Vielfalt der gut 2 Millionen Einwohner spiegelte sich in einer Volksbefragung aus dem Jahre 1991 wider.

Diese ethnische Zusammensetzung der Vojvodina änderte sich im Laufe des Kriegsgeschehens erheblich.

In den Jahren 1991 bis 1995 kamen über 200.000 serbische Flüchtlinge in die Vojvodina, also 42 % der Gesamtzahl der Flüchtlinge in Serbien. Gleichzeitig verließen nach Angaben des serbischen

Helsinki-Komitees vermutlich 35.000 bis 38.000 Ungarn sowie mindestens 30.000 Kroaten die Provinz. Diese als „stille ethnische Säuberung“ charakterisierten Migrationen hatten zur Folge, dass die multikulturelle und pluriethnische Region ihr Gepräge vollends zu verlieren und zu einer vorwiegend serbischen Provinz zu werden drohte. Diese serbische Bevölkerung kennzeichnete eine sehr radikale politische Ausrichtung.

Den Forderungen der starken ungarischen Volksgruppe sowie der übrigen Minderheiten nach Wiederherstellung der Autonomie kam das serbische Parlament im Januar 2002 nach, als es der ehemaligen autonomen Provinz wieder gewisse Autonomierechte gewährte.

Kosovo

Seit dem 8. Jahrhundert war das Kosovo von illyrischen Stämmen besiedelt. Sein Name (albanisch „Kosova“) ist der einer geographischen und politischen Region. Von seinen mehr als zwei Millionen Einwohnern sind ca. 90 Prozent Albaner, die Übrigen sind Serben, Muslime, Montenegriner, Türken und Roma.

Nach der Aufteilung des römischen Reiches 359 unter den Söhnen des Kaisers Theodosius wurde das zentrale Gebiet des Balkans mit dem Kosovo dem oströmischen Reich zugeschlagen.

Das erstarkte Königreich der Serben dehnte sich nach Süden und Westen aus und beherrschte seit dem 14. Jahrhundert das Gebiet des Kosovo. Der nachfolgenden türkischen Invasion des Balkan widersetzen sich neben den Serben auch die albanischen Stämme und ihre Adligen. So waren an der Schlacht auf dem Amselfeld, in der der mittelalterliche serbische Staat 1389 seine Selbstständigkeit endgültig verlor, auch viele Adlige dieses Gebietes mit ihren albanischen, bosnischen, kroatischen und ungarischen Heeren beteiligt, um Fürst Lazar und sein serbisches Heer zu unterstützen.

In der Zeit von 1455 bis 1912 stand das Kosovo unter türkischer Herrschaft. Nach 1468 zerfielen die albanischen Länder. Die dortige christliche Elite wanderte ab und siedelte sich in Südtalien an. Von ihrer Führungsschicht und ihrer nationalen Kirche allein gelassen, konvertierten die meisten Albaner bereits im 16. und 17. Jahrhundert zum Islam. Die Gründe für die Konversion lagen allgemein in der besseren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stellung der Muslime im multinationalen osmanischen Reich, im Besonderen aber in der Befreiung von der den Nicht-Muslimen auferlegten Kopfsteuer. Die islamisierten Albaner bekleideten im türkischen Verwaltungs- und Militärapparat hohe und höchste Ämter.

Als die osmanischen Truppen im österreichisch-türkischen Krieg Ende des 17. Jahrhunderts dem Sieg nahe waren, folgten die gegen sie kämpfenden Serben und Albaner, vorwiegend aus dem katholischen Stamm der Kelmendi, in berechtigter Angst vor türkischen Repressalien den sich zurückziehenden Truppen des österreichischen Heeres. Ihre Flucht über die Donau ging als der Mythos des serbischen Massensexodus unter dem Patriarchen Crnojević in die serbische Geschichtsschreibung ein. In der Folge kam es dann zur verstärkten Ansiedlung und damit ethnischen Dominanz der Albaner auf dem Kosovo.

Im 19. Jahrhundert strebten das serbische und das albanische Volk danach, sich von der türkischen Besatzung zu befreien und eigene Nationalstaaten zu gründen. Dabei war das Kosovo das zentrale Gebiet, in dem die albanischen und serbischen nationalen Interessen kollidierten. Es hat daher für das nationale Selbstbewusstsein sowohl der Albaner als auch der Serben eine sehr hohe Bedeutung. Für die Serben war und ist das Kosovo das Herzstück ihres mittelalterlichen Staates.

Die Expansion Serbiens nach Süden in das Gebiet um Niš, Leskovac

und Vranje wurde vom Berliner Kongress sanktioniert. Sie ging mit Massenvertreibungen der Albaner einher, die von den Türken dann mehrheitlich im Kosovo angesiedelt wurden. Daraus entwickelte sich eine noch stärkere ethnische Übermacht der Albaner, die sich immer feindseliger gegenüber dem offen expansionistisch auftretenden Serbien verhielten.

Für die Albaner insgesamt war und ist das Kosovo von großer Bedeutung, weil es mit ihrem historischen Selbstbewusstsein tief verbunden ist, was vor allem in der Neuzeit durch die in Prizren im Südkosovo 1878 gegründete „Albanische Liga“ bekräftigt wurde, die die nationale albanische Wiedergeburt einleitete. Die Ansprüche auf das Kosovo wurden auf beiden Seiten von Geschichtsmystifizierung begleitet, die den Wunsch nach „Erweiterung“ bzw. „Einengung“ des Territoriums rechtfertigen sollte.

Während die serbischen Ideologen von einer gewaltsamen Expansion der Albaner auf „serbische Territorien“ sprechen und davon, dass diese erst nach der türkischen Eroberung in das Kosovo eingezogen seien, behaupten die albanischen Ideologen, eine frühe gewaltsame Expansion slawischer Stämme habe den Lebensraum der illyrischen und voralbanischen Stämme eingeengt. Demnach sei das albanische Volk der Überrest einer „historischen Katastrophe“ aus römischer Zeit.

Im Herbst 1912 begann der Erste Balkankrieg. In ihm gelang es den verbündeten Serben, Bulgaren und Montenegrinern, die restlichen türkischen Streitkräfte zurückzudrängen und das Kosovo zurückzuerobern. Gleichzeitig wurde ein albanischer Aufstand erstickt und ca. 25.000 Kosovaren getötet. Die Serben, Bulgaren und Montenegriner waren nicht bereit, dem albanischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zuzugestehen. Stattdessen verdrängten sie sogar aus einigen Gebieten die Al-

baner, um Serben ansiedeln zu können.

Erst im Mai 1913 fanden sich die europäischen Mächte auf Drängen Österreich-Ungarns und Italiens auf einer Konferenz in London bereit, die Gründung eines albanischen Fürstentums in reduzierten Grenzen zuzulassen. Das Kosovo, Westmazedonien und Epirus, wo die Hälfte des albanischen Volkes lebte, kamen zu Serbien bzw. zu Griechenland.

Die Politik der ethnischen Vertreibung setzte das 1918 entstandene südslawische Königreich – eigentlich ein Großserbien – fort, gestützt von seinen Machteliten, d. h. vom Hof, den Führern der stärksten Partei, der Radikalen Partei, der Armee und Administration, der Serbisch Orthodoxen Kirche sowie dem serbischen Wirtschafts- und Intelligenzbürgertum.

Zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg wurden im Kosovo etwa 330 Siedlungen für 10.877 serbische und montenegrinische Kolonistenfamilien angelegt. Außerdem initiierten und organisierten die serbischen Behörden eine Massenabwanderung von Albanern, Türken und slawischen Muslimen. So wanderten 10.000 Albaner nach Albanien und einige Zehntausend in die Türkei aus. Ziel der serbischen Politik war immer die Änderung der ethnischen Bevölkerungsstruktur. Nach einer Volkszählung von 1931 hatte das Kosovo 552.000 Einwohner, von denen noch 347.214, also 62,8 %, Albaner waren. Kolonisation und Abwanderung gingen der serbischen nationalistischen Elite jedoch nicht schnell genug.

Der serbische Historiker Vasa Čubrilović, der zur Attentätergruppe auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand gehörte, legte im März 1937 einen umfassenden Maßnahmenkatalog vor, um die Albaner zum massenhaften Verlassen des Kosovo zu nötigen. Nötig sei eine Massenausiedlung der

Kosovaren nach Albanien und in die Türkei. Die Weltöffentlichkeit werde sich wenig erregen, da sie sich an Schlimmeres gewöhnt habe und mit ihren Tagessorgen beschäftigt seien. *„Wenn Deutschland Zehntausende Juden aussiedeln und Russland Millionen von einem Teil des Kontinents in den andern verlegen kann, wird es nicht zu einem Weltkrieg kommen wegen einiger Hunderttausend Albaner.“*¹⁶

Man müsse zunächst eine entsprechende Psychose erzeugen. Mit Geld oder Drohungen seien die islamischen Geistlichen und die anderen führenden Männer der Albaner dafür zu gewinnen, ihrem Volk die Aussiedlung schmackhaft zu machen. Das zweite Mittel sei Druck des Staatsapparates. Er müsse die Gesetze bis zum Äußersten nutzen, um den Albanern das Bleiben zu verleiden: Geldstrafen verhängen, verhaften, alle polizeilichen Vorschriften unbarmherzig anwenden, Wälder abholzen, Hunde loslassen, zur Fronarbeit treiben und all die anderen Mittel einsetzen, „die eine praktische Polizei imstande ist, sich auszudenken“. Alte Eigentumsurkunden seien nicht anzuerkennen, die Arbeit aller Katasterämter sei sofort einzustellen, die Ausweispapiere abzunehmen, Gewerbe genehmigungen einzuziehen und die Albaner aus dem Staatsdienst und von den anderen Arbeitsstellen zu entlassen. All diese Maßnahmen würden die Aussiedlung beschleunigen. Weiter sei zu beachten, dass die Albaner in ihren religiösen Verhaltensweisen am empfindlichsten seien. Deshalb müsse man sie hier durch Schikanen gegen die Geistlichkeit, das Einebnen von Friedhöfen sowie das Verbot der Vielweiberei besonders drangsalieren.

Im Jahr 1938 bemühte sich Belgrad, den Serbisierungsprozess durch die Unterzeichnung eines Abkommens mit der türkischen Regierung über die Auswanderung von 400.000 Kosovo-Albanern in die Türkei zu beschleunigen.

Die Durchführung dieses Plans wurde allerdings durch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verhindert.

Zum Ende des Krieges sahen die Kosovo-Albaner eine Möglichkeit zur Selbständigkeit. So kam es am 2. Januar 1944 im Dorf Bunjaj zu einer Provinzkonferenz des Volksbefreiungskomitees für Kosovo und Metohija. Dort wurde eine Resolution verabschiedet. In ihr hieß es, dass das Kosovo „ein Gebiet ist, in dem überwiegend Albaner leben, die schon immer und auch jetzt nach einer Vereinigung mit Albanien streben“. Gemäß dieser Resolution stimmten 49 Delegierte der Versammlung „für vollständige Freiheit und für das Recht des Volkes auf Selbstbestimmung, einschließlich Abspaltung“.

Als jedoch Tito mit seinen Partisanen 1944 die Kontrolle über das Kosovo übernahm, vertrat er die Meinung, dass es zur Sicherung der Stabilität der neuen Föderation notwendig sei, auf die Gefühle und Interessen der Serben Rücksicht zu nehmen. Immerhin erwogen die jugoslawischen und albanischen Kommunisten auch die Möglichkeit, das Problem des Kosovo durch einen Verbund mit Albanien zu lösen, wobei Albanien im Gegenzug als siebte Republik der jugoslawischen Föderation beitreten sollte. Doch der Bruch zwischen Tito und Stalin machte allen albanisch-jugoslawischen Annäherungen ein Ende.

Nach Ende des Krieges trat im Sommer 1945 in Prizren ein Gebietskomitee für das Kosovo zusammen. Es beschloss den Anschluss an Serbien. Im September wurde das „Autonome Gebiet von Kosovo und Metohija“ gebildet. Als vertrauensbildende Maßnahme verboten die neuen Machthaber die Rückkehr von etwa 40.000 serbischen Kolonisten. Gleichzeitig garantierten sie den Albanern den Schutz ihrer politischen, nationalen und kulturellen Rechte. Außerdem gestatteten sie ihnen eine alle Bereiche umfassende enge Zu-

sammenarbeit mit dem Mutterstaat Albanien. In Jugoslawien wurden sie dagegen weiterhin als Minderheit behandelt. Für das Kosovo wurde ein Autonomiestatus vereinbart, der niedriger war als der für die Vojvodina.

In den fünfziger Jahren kam es auf Betreiben des großserbischen Parteiführers Ranković zur blutigen Verfolgung der albanischen Volksgruppe. Sie führte zu einer Massenabwanderung von ca. 250.000 Flüchtlingen in die Türkei. In den 80er Jahren sollte dieser Aderlass durch Serben ersetzt werden.

Dennoch stieg der Anteil der Albaner kontinuierlich, und so gründete sich die Furcht der im Kosovo lebenden Serben und Montenegriener vor Verdrängung durch die Albaner auf diese demographische Entwicklung. Der Anteil der Albaner an der Bevölkerung der Region hatte sich von 1961 bis 1981 von 67,1 % auf 77,5 % erhöht; derjenige der Serben und Montenegriener hatte von 27,4 % auf 14,9 % abgenommen.

Eine Verfassungsänderung vom 26. Dezember 1968 übertrug die gesamte Verwaltung und das Gerichtswesen von Serbien auf die autonomen Provinzen, und so kam es zur albanischen Machtübernahme in Kosovo-Metochien, das nunmehr Kosovo hieß.

Danach begann die „albanische Renaissance“, verbunden mit einer Kampagne, die man in Albanien, von wo aus die gesamte Aktion gesteuert wurde, „das ethnisch saubere Kosovo“ nannte. Sie leitete eine großangelegte und planmäßige Politik der Verdrängung der Serben aus dem Kosovo ein, und so begann ein stiller Exodus der Serben aus dem Kosovo. Von der albanischen Machtübernahme 1968 bis 1982, als der Staat zu intervenieren begann, verließen die

¹⁶ Zit. n. Günter Joetze: Der letzte Krieg in Europa? Das Kosovo und die deutsche Politik, S. 23.

Provinz nach offiziellen Angaben 85.061 Serben und 1.783 Montenegriner.

In dieser schleichenden Abwanderung sah man in Serbien die Gefahr, dass das „serbische Jerusalem“ an die Albaner „verloren gehen“ könnte. Der wegen geringer Geburtenzahlen sinkende serbische Bevölkerungsanteil wurde als „demographischer Genozid“ an den Serben im Kosovo gedeutet. So stieg der albanische Bevölkerungsanteil im Kosovo von etwa 60 % 1939 auf 77,5 % 1981 und zehn Jahre später auf 82 %. Anfang 1998 dürfte er bei zwei Millionen Einwohnern in der Provinz mehr als 90 % betragen haben.

Von den im Kosovo verbliebenen Serben wurden einige „Jasager“ in der politischen Führung behalten, privilegiert und korrumpiert. Sie dienten den Kosovo-Albanern zugleich als Alibi und Dekor. Mit viel Geld, das aus der islamischen Welt, aus den albanischen Mafiageschäften, aber auch aus dem Kosovofond Titos stammte, kauften die Albaner das Land von den Serben, besonders an den Grenzen zu Mittelserbien. Das Hauptziel dieser Politik war es, in den ethnisch geschlossenen serbischen Dörfern Fuß zu fassen. Deshalb schreckte man

bei diesem Landverkauf auch nicht vor Schikanen, die durch die Polizei und Gerichte geduldet wurden, und vor graduellem Terror zurück. Nur die orthodoxe Kirche ließ sich nicht in die Flucht treiben. Mönche und Nonnen harrten in den mittelalterlichen Klöstern wie in Festungen aus und duldeten alles, Terror und Erniedrigung. Vergeblich verbrannten die Albaner sogar das Zentrum der serbischen Geistigkeit, die Patriarchie von Peć, und misshandelten den damaligen Bischof Metochiens.

Im Kosovo verliefen die Trennlinien zwischen den Muslimen und den Serben zwar entlang der religiösen Unterscheidungen, doch spielte die Religion in den vielfältigen Spannungen und Konflikten zwischen den beiden Volksgruppen nie eine herausragende Rolle. Lediglich Politiker versuchten, die Religion zu instrumentalisieren. Tatsächlich bekennen sich die Kosovo-Albaner zwar zum größten Teil zum Islam, doch hat für sie die Religion kaum mehr als eine traditionelle Bedeutung, die eben ihre Kultur geprägt hat. Politischen Einfluss hat dagegen der Islam kaum ausgeübt.

Durch die Anfang der siebziger Jahre von Tito geförderte Föderation

Jugoslawiens erhielt die serbische Provinz Kosovo – ebenso wie die Vojvodina – den Status eines gleichberechtigten konstitutiven Elements der Föderation. Es bekam dadurch formal alle staatlichen Funktionen: Verfassung, Parlament, Regierung, Oberster Gerichtshof, unabhängige Polizei, Territorialverteidigung, das Recht auf Verleihung der Staatsangehörigkeit und auf Ausstellung von Pässen usw. In den kollektiven Vorständen von Partei und Staat war es gleichberechtigt vertreten, mit einem rotierenden einjährigen Vorsitzendenmandat und mit seinen Delegierten im Bundesparlament. Gegen den angeblichen „Verlust“ der beiden autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina durch die jugoslawische Verfassung von 1974 richtete sich der Protest der Kosovo-Serben.

Dabei blieb das Kosovo – wie auch die Vojvodina – trotz seines föderalen Status eine Provinz innerhalb der Republik Serbien. Außerdem wurden die Albaner nicht als Volk anerkannt, der amtliche Terminus war „nationale Minderheit“. Titos Kompromiss bestand darin, die „staatlichen Funktionen“ sicherzustellen, jedoch dem Kosovo nicht den Status einer Republik zu gewähren.

Als am 4. Mai 1980 Tito starb, hatten die Serben im Kosovo ihren politischen Einfluss zwar zurückgewonnen, doch wurde insbesondere ihre wirtschaftliche Lage immer schwieriger. So waren die Bodenpreise im Kosovo bedeutend höher als im übrigen Jugoslawien. Ein Serbe, der sein Anwesen im Kosovo verkaufte, konnte anderswo in Jugoslawien für den Erlös erheblich mehr Land kaufen und dies in zivilisatorisch entwickelteren Verhältnissen. Freilich kam mit der Zeit das indirekte Moment der Verdrängung hinzu. Albaner kauften sich in serbische Nachbarschaften ein. Sie waren überwiegend Muslime und hatten andere Gewohnheiten. Bald gab es Schwierigkeiten mit den serbischen Schulen. Die serbische Intelligenz in



den Städten wanderte ab. Dies schuf für die zurückgebliebenen Serben in Stadt und Land nicht nur ein Gefühl der physischen, sondern auch der kulturellen Verein-samung.

Als es am 11. März 1981 in Priština zur Demonstration albanischer Studenten kam, war die Reaktion äußerst scharf. Die serbisch dominierte Armee und Polizei erstickten sie, und vom 2. bis zum 8. April 1981 herrschte in der Provinz der Ausnahmezustand. Die höchste politische Macht Jugoslawiens, das Zentralkomitee, verurteilte am 7. Mai 1981 den Aufstand als „feindliche und gegenrevolutionäre Aktion“ – in kommunistischer Terminologie gleichbedeutend mit der Erklärung des Bürgerkriegs. Die Polizei begann mit der Zerschlagung der parallelen Machtstrukturen, mehr als 1.500 vornehmlich junge Leute wurden gerichtlich, über 4.500 polizeilich bestraft.

Bei diesen Auseinandersetzungen wurde die übereinstimmende Haltung der Serbisch Orthodoxen Kirche und der serbischen Regierung in der nationalen Haltung zur Kosovo-Frage deutlich. Spätestens seit dieser Zeit wurden in den kirchlichen Medien Berichte über Untaten von Albanern gegen Serben publiziert.

Die Grausamkeiten, insbesondere „ethnische Vergewaltigungen“, in diesem Bürgerkrieg Anfang der 80er Jahre trafen die Serben aufs Empfindlichste: Serbische Frauen und Mädchen durften ohne starke Begleitung in ganz Kosovo praktisch das Haus nicht verlassen. So hatte ein Belgrader in Unkenntnis dieser „Regeln“ beim Einkaufen im Zentrum der Provinzhauptstadt Priština plötzlich seine Frau verloren; eine Gruppe Albaner hatte sie in einen Abort getrieben und dort vergewaltigt. Durch solche Gewaltakte fühlte sich das patriarchalische Serbenvolk als Ganzes entehrt.

Deshalb bildete sich unter den im Kosovo lebenden Serben eine

mächtige Selbstschutzorganisation, die vom machtlosen Staat toleriert werden musste. Man bewaffnete sich; ja, unterrichtete sogar junge Mädchen im Pistolen-schießen.

1986 unterschrieben 200 bekannte serbische Intellektuelle eine Petition, in der sie die Revision des föderalen Status des Kosovo forderten. Im Jahr darauf unterzeichneten 60.000 Kosovo-Serben eine weitere Petition, in der sie die Abschaffung der Autonomie des Kosovo und der politischen und kulturellen Rechte der Albaner forderten. Des Weiteren verlangten sie die Änderung der demographischen Verhältnisse im Kosovo bzw. die Rückkehr der früheren serbischen Kolonisten und die Vertreibung „illoyaler“ Albaner, angeblicher „Emigranten“ aus Albanien. Milošević nutzte die Lage im Kosovo, um die Macht in Serbien vollständig zu übernehmen, und eröffnete eine vehemente Kampagne für die „Lösung“ der Kosovo- und der serbischen Frage in Jugoslawien.

1989 leitete er schließlich die Gleichschaltung der autonomen Provinz Kosovo ein. Im März dieses Jahres übernahm Serbien die Verfassungskontrolle über das Kosovo. Dies ermöglichte ihm später, die Autonomie des Kosovo weiter einzuschränken und schließlich ganz aufzuheben. Systematisch wurden die Rechte der Albaner auch in Kultur, Bildungswesen und sogar im Sport beschnitten. Eine vollständige Segregation der Gesellschaft und die nationale Diskriminierung mit fortdauernden repressiven Polizeimaßnahmen (Durchsuchung, Verhaftung, heftigste Prügel, Mord, inszenierte Gerichtsprozesse, systematischer Druck auszuwandern usw.) war das Ziel.

In den darauf folgenden Protestaktionen tötete die serbische Polizei 30 Demonstranten. 300 albanische Intellektuelle wurden ohne Verurteilung interniert, eine Maßnahme, die einschüchtern und

die albanische Bewegung ihrer Führung berauben sollte. Albaner wurden aus führenden politischen Posten und der Verwaltung, vor allem aus der Polizei entlassen.

Nach der Annahme der neuen serbischen Verfassung, die die Aufhebung der Autonomie des Kosovo festschrieb, im Parlament des Kosovo am 24. März 1989 weiteten sich die Demonstrationen in Priština aus. Sie wurden von den Sondereinheiten der serbischen Polizei mit äußerster Brutalität niedergeknüppelt. An einigen Orten stellten sich albanische Polizisten diesem Vorgehen entgegen. Dies führte bald zur Ausschaltung sämtlicher albanischen Polizisten.

Die Gefängnisse waren überfüllt; es gab Konzentrationslager, in denen die verhafteten Albaner unter erbärmlichen Verhältnissen leben mussten. Die Albaner des Kosovo hatten geglaubt, in Jugoslawien ihre Heimstätte auf der Basis der Gleichberechtigung gefunden zu haben. Nun hatte dieses Jugoslawien politisch abgedankt, und die Albaner sahen sich als Besiegte und Beleidigte in einem national aufgeputschten Serbien. Die Bilder, die über die brutalen Aktionen in die Welt gingen, schockierten. Den Menschen im nicht-serbischen Jugoslawien wurde bewusst, dass sie als Bürger des Gesamtstaates Jugoslawien gegenüber der Welt vieles verantworten mussten, ohne es zu billigen und ohne es verhindern zu können.

Doch die politische Führung Serbiens behauptete ihrerseits, mehrere westliche Diplomaten in Belgrad unterstützten das serbische Vorgehen im Kosovo, weil es die „Einheit“ Jugoslawiens stärke.

Am Veitstag, dem 28. Juni 1989, verkündete Milošević auf dem Amselfeld die Befreiung der Serben im Kosovo von den „Kosovaren – den ethnisch Fremden und Andersgläubigen“, obwohl die historischen Vorfahren der muslimischen Kosovaren gemeinsam mit den Serben im Heer des Fürsten

Lazar gegen die Türken gekämpft hatten.

Nach Massakern der serbischen Polizei im Dezember 1989 in Mališevo und Glogovac bildete sich die so genannte „Albanische Alternative“. Sie forderte, den planlosen Widerstand durch kontrollierte Formen des gewaltfreien Protestes zu ersetzen. Der Demokratische Bund des Ibrahim Rugova agierte äußerst erfolgreich. Er schuf ein weitverzweigtes Organisationsnetz. Geleitet wurden seine Aktivitäten von der Hoffnung auf das baldige Ende des Kommunismus in Jugoslawien. Freie Wahlen im Kosovo würden dann auf demokratischem Wege eine wirkliche Veränderung der Verhältnisse bringen.

Am 7. September 1990 hielten die Delegierten des albanischen Parlaments eine geheime Sitzung in Kačanik ab und proklamierten die Republik Kosova als „demokratischen Staat des albanischen Volkes und anderer Völker und nationaler Minderheiten, die seine Bürger sind“. Regierung und Parlamentsabgeordnete gingen danach ins Exil, zuerst nach Kroatien und Slowenien, später nach Westeuropa und Albanien. Die Republik Kosova wurde nur von der Republik Albanien anerkannt, wo sie eine

ständige Vertretung unterhielt. In anderen Ländern, so u. a. in Deutschland, der Schweiz, Großbritannien und den skandinavischen Ländern richtete die Regierung informelle Zentren ein.

Zehntausende Albaner sind schätzungsweise in der Zeit zwischen 1981 und 1991 als politische Gefangene durch serbische Gefängnisse gegangen. Zwischen 1981 und 1985 wurden 3.344 Albaner wegen „nationalistischer“ und „feindlicher Tätigkeit“ verurteilt, davon waren im Sommer 1988 der Gesellschaft für bedrohte Völker 474 albanische Gefangene namentlich bekannt.

Diese Gewalt erzeugte Gegen Gewalt. Im Frühjahr 1996 tauchte zum ersten Mal der Name „Befreiungsarmee des Kosovo“ (UÇK) auf, eine Geheimorganisation, die die Verantwortung für Überfälle auf Polizeistationen und serbische Flüchtlingssiedlungen im Kosovo übernahm.

Im Februar 1998 begann der offene Krieg zwischen den Kosovo-Albanern und den Serben. In diesem verfolgten die serbischen Streitkräfte in abgewandelter Form die Strategie der ethnischen Säuberung, wie sie sie in Kroatien und Bosnien-Herzegowina bereits an-

gewandt hatten. Ethnische Säuberung bedeutet auch hier den strategischen Einsatz von massiver Gewalt gegen Zentren mit ziviler Bevölkerung. So sollten demonstrative Grausamkeiten und gezielte Morde die kosovo-albanische Bevölkerung dazu bewegen, umstrittene Gebiete zu räumen. Dies wurde durch die völlige Zerstörung des Eigentums verschärft, um eine Rückkehr auszuschließen. Strategisch ging es bei diesem Vorgehen neben den ethno-nationalistischen Motiven um die Vernichtung von Ansiedlungen, die terroristischen oder Guerilla-Widerstand hätten unterstützen können. Ethnische Säuberungen sollten das Wasser abgraben, in dem der „Fisch“ Guerillakämpfer hätte schwimmen können.

Doch auch als schon geschossen wurde, ließ die serbische Polizei die reichen Familien, wenn sie nur zahlten, in Ruhe. Sogar die UÇK, die von Belgrad überall in der Welt als Terrororganisation charakterisiert wurde, durfte noch mitten im Krieg in der Innenstadt von Priština ein Büro unterhalten. Ideologie und ethnischer Hass waren nicht stark genug, die Geschäftskontakte zu unterbrechen. Im Gegenteil, sie florierten, da sie dem Machterhalt und den „Geschäften“ dienten. So nähte beispielsweise die serbische Textilfirma Yumco der albanischen UÇK die Uniformen. Selbst der gewalttätige serbische Bandenchef Arkan unterhielt Geschäftsverbindungen zu kosovarischen Mafiosi.

Hier zeigte sich, welches eher instrumentelle Verhältnis die Kriegs- und Konfliktparteien sowohl in Jugoslawien als auch in Albanien von Anfang an zu Werten und Ideologien pflegten. So war jedes Prinzip, jedes Argument willkommen, solange es nützen konnte.

Das Belgrader Regime startete im März 1998 eine groß angelegte Polizeiaktion gegen die Einheiten der UÇK. Dabei wurden am 1. und 5. März in den Dörfern Likosan und Prekazi Massaker verübt, de-

ren etwa 100 Opfer vor allem Zivilisten, Frauen, Kinder und alte Menschen waren. Nun bildete sich verstärkt ein militanter Widerstand. Er diente Milošević als Vorwand, um gegen die albanische Zivilbevölkerung vorzugehen. Was als Polizeiaktion etikettiert wurde, zeigte von Anfang an sein wahres Gesicht. Serbische „Antiterroraktionen“ richteten sich gegen albanische Dörfer, die beschossen und angezündet wurden. Im Grenzgürtel zu Albanien, von wo sich die Einheiten der UÇK mit Waffen versorgten, wurden weite Teile der Dörfer und Weiler niedergebrannt.

Milošević betrieb dabei eine zweigleisige Politik. Einerseits wahrte er den Anschein, nach politischen Verhandlungslösungen für das Kosovo zu suchen, andererseits führte er weiter Krieg. Bei dieser Linie blieb er auch, obwohl er im Oktober 1998 äußerlich dem Ultimatum der NATO nachgegeben und einige Einheiten aus dem Kosovo zurückgezogen hatte. Dennoch ließ er die Vertreibung von Albanern und die Massaker fortsetzen. Ebenso stimmte er zwar der Entsendung von OSZE-Beobachtern in die Provinz zu, und trotzdem setzte er die „Säuberungen“ fort. Seine Strategie scheint es gewesen zu sein, nach außen den Eindruck eines Nachgebens zu erzeugen. Die auswärtigen Beobachter sollten sich auf vereinzelte Truppenabzüge konzentrieren und dadurch davon abgelenkt werden, dass durch gleichzeitige Massierung von Truppen die Frühjahrsoffensive gegen die albanische Zivilbevölkerung im Kosovo vorbereitet wurde.

Wegen der Menschenrechtsverletzungen der Serben im Kosovo begann die Nato am 24. März 1999 ihren Luftkrieg gegen Serbien, der nach einem 78-tägigen Bombardement Serbiens durch die NATO endete. Seitdem ist das Kosovo ein UNO-Protectorat mit weitgehender Autonomie innerhalb Serbiens, das von der UNO verwaltet und von einer internationalen

Schutztruppe militärisch befriedet wird.

Anfang Juni 1999 sprach die Gesellschaft für bedrohte Völker von 30.000 getöteten oder ermordeten Kosovo-Albanern und der UN-Flüchtlingskommissar von 852.000 Flüchtlingen und Vertriebenen. Trotz des durch Krieg und Vertreibungen erzeugten Chaos mit seinen nationalistischen Begleitscheinungen wurden im Kosovo-Konflikt keine Familienstrukturen zerstört. Die Familie ging und geht den Kosovo-Albanern immer vor, und die Nation war und ist nur eine weitere Form davon. Für solcherart aufgebaute Gesellschaften ist der Staat, gleich, ob serbisch, mazedonisch, groß- oder kosovo-albanisch, immer ein Fremdherrscher.

Mangelnder Wille zu ethnischer Koexistenz und der weiterhin ungeklärte Status des Kosovo bilden ein ungelöstes Konfliktpotential, das bis heute und vermutlich auch noch in nächster Zukunft den langfristigen Abbau innerethnischer Spannungen und den Aufbau demokratischer Strukturen gefährdet. Fortgesetzte Apartheid in Schulen und Krankenhäusern,

bei Zeitungen und Radiosendern wirft immer wieder demokratiefördernde Initiativen der UNO und der OSZE zurück.

Während Belgrad seinen Einfluss auf die innenpolitische Entwicklung im Kosovo verloren hat, drängen die albanischen Politiker in Priština auf die Unabhängigkeit. Gleichzeitig stagniert die Rückkehr der serbischen Flüchtlinge und der Schutz der serbischen Minderheit kann von den Soldaten der KFOR-Schutztruppe und den Mitarbeitern der UNO nur auf niedrigem Niveau garantiert werden.

Montenegro

In der Antike war das Kerngebiet Montenegros römische Provinz, geriet vom 7. bis 11. Jahrhundert mit dem Namen Zeta unter byzantinischen Einfluss und wurde vom 12. bis 14. Jahrhundert als Fürstentum Teil des altserbischen Reiches. Seit Ende des 13. Jahrhunderts mit dem Namen Crna Gora („Schwarzer Berg“) versehen, wurde es nach 1528 direkt als Sandschak dem Osmanischen Reich eingegliedert.

Die Montenegriner fühlen sich ethnisch und kulturell den Serben nahe oder gar zugehörig. Dennoch waren und sind sie auf ihre eigene politische, sogar nationale Identität bedacht.

Die Bevölkerung Montenegros ist in ihrer überwiegenden Zahl serbisch-orthodoxen Glaubens. In den Küstenstädten gibt es noch eine katholisch-kroatische Minderheit, die immer weiter abnimmt. Die Albaner im Süden waren zu Beginn der osmanischen Herrschaft römisch-katholisch oder orthodoxen Glaubens. In der Folgezeit wurden sie dann größtenteils islamisiert. Die slawischen Muslime Montenegros sind in ihrer ethnischen Herkunft nach Montenegriner bzw. Serben. Nur ein kleiner Teil ist eingewandert. Sie stellen heute

in Montenegro etwa 14 % der Bevölkerung.

Montenegro wurde 1910 zum Königreich ausgerufen. Dieses Ereignis war von herausragender Bedeutung für das „küstenländische serbische Königreich“. Mit diesem Akt wurde die traditionelle historische Gleichberechtigung Montenegros und des Königreiches Serbien hervorgehoben.

Montenegro gelang es im Ersten Balkankrieg 1912, große Teile des Sandschak Novi Pazar, des Kosovo und des mittelalterlichen Zeta zu befreien. Mit diesen territorialen Zugewinnen wuchs seine Einwohnerzahl beträchtlich. Doch schon in den nachfolgenden Kriegsjahren bis 1918 sollte es ein Fünftel seiner Gesamtbevölke-

rung, überwiegend Männer, verlieren.

Die „Große Volksversammlung des Serbischen Volkes“ beschloss am 26. November 1918 in Podgorica in Montenegro, dass das neue, vereinigte Königreich Serbien-Montenegro mit den übrigen südslawischen Völkern in das neugegründete Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen eintreten solle. Durch diese Entscheidung hörte das unabhängige und souveräne Königreich Montenegro zu existieren auf. Für die Gegner der Vereinigung handelte es sich dabei allerdings um eine nicht legitime Annexion, gegen die sie Widerstand mobilisierten. Dies führte zum großen Weihnachtsaufstand im Januar 1919, der blutig erstickt wurde. Die Motive der Aufständischen lagen nicht nur in der Loyalität ihrem montenegrinischen König gegenüber, sondern darüber hinaus sowohl in der Wahrung der Ehre und der Selbstständigkeit von Montenegro als auch in dem Anspruch auf gleichberechtigte Behandlung. Diese Spaltung unter den Montenegrinern in ihrer Haltung zum Serbentum sollte sich noch bis in die Gegenwart hinein politisch auswirken und nach dem Zerfall Jugoslawiens von besonderer Brisanz sein.

1992 bildete Montenegro mit der Republik Serbien zunächst den gemeinsamen Bundesstaat Bundesrepublik Jugoslawien. In den nachfolgenden Jahren kam es zu wachsenden politischen Differenzen zwischen Belgrad und Podgorica, insbesondere im Streit um wirtschaftliche Ressourcen sowie in unterschiedlichen Auffassungen von Demokratie. 2002 einigten sich deshalb Serbien und Montenegro auf eine weitgehende Trennung unter einem losen föderativen Dach, der Republik Serbien-Montenegro. In diesem neuen Verbund sicherte sich Montenegro per Verfassungscharta das grundsätzliche Recht, nach Durchführung entsprechender Volksbefragungen die vollständige Unabhängigkeit zu erlangen.





Mazedonien

Die Vorfahren der modernen Mazedonier gehörten sprachlich zu den Slawen, die im Laufe des 6. und 7. Jahrhunderts in den Südosten Europas einwanderten und in den byzantinischen Quellen als „Anten“ auftauchen.

Nach dem russisch-türkischen Krieg wurde Mazedonien im Frieden von San Stefano am 3. März 1878 dem neu entstandenen autonomen bulgarischen Staat zugeteilt. Der Berliner Kongress (Juni bis Juli 1878) revidierte diese Vereinbarung und unterstellte Mazedonien wieder der türkischen Herrschaft mit der Auflage, dort Reformen durchzuführen. Dies widersprach den Vorstellungen sowohl des serbischen, des bulgarischen und auch des griechischen Bürgertums. So verlangten mazedonische Ideologen der nationalen Wiedergeburt sogar, Österreich und Russland sollten Mazedonien unter ihren Schutz stellen. Damit wurde die „Orientalische Krise“ immer mehr zu einer „Mazedonischen Frage“. Sie barg ein enormes Konfliktpotential, da alle Nachbarstaaten Ansprüche auf das letzte große Stück des osmanischen Reiches in Europa anmeldeten.

Die historischen Ansprüche auf einen mazedonischen Staat waren jedoch nur schwer zu begründen.

Deshalb war es 1891 das Ziel des Metropoliten in Skopje, eine autokephale mazedonische Kirche als Basis für einen Nationalstaat zu schaffen. Im Herbst 1893 entstand in Saloniki eine geheime revolutionäre Organisation (IMRO), in deren im nachfolgenden Jahr verabschiedeten Programm die Autonomie Mazedoniens gefordert wurde, wobei das Verhältnis zum Osmanischen Reich und Bulgarien unklar blieb.

In den Balkankriegen 1912 und 1913 wurde Mazedonien zum Hauptschauplatz. Dies blockierte die dortige politische Entwicklung. Nach dem Ersten Balkankrieg wurde Mazedonien im Frieden von London zwischen Serbien, Bulgarien und Griechenland aufgeteilt. Die Serben gewannen Vardar-Mazedonien, ein kleiner Teil ging an das neu gegründete Albanien. Bulgarien begann 1913 gegen die einstigen Verbündeten Serbien und Griechenland den Zweiten Balkankrieg um den Anschluss Mazedoniens. Bulgarien verlor den Krieg, und im Frieden von Bukarest wurde Mazedonien nochmals zwischen den drei Nachbarn aufgeteilt.

Nach dem Ersten Weltkrieg sanktionierte die Pariser Friedenskonferenz von 1919 die Beschlüsse des Bukarester Friedens von 1913. So verblieben die Mazedonier in

Vardar-Mazedonien beim neu gegründeten Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen. Damit befanden sie sich in einem Staat, der in seinem Namen allein die anerkannten und staatstragenden Völker führte. Der mazedonische Name fehlte, denn die Anerkennung der Mazedonier als Volk stand nicht zur Debatte. Dieser Status wurde mit der Vidovdan-Verfassung am St.-Veits-Tag von 1921 bestätigt und galt bis 1929.

Für die serbischen Eliten war Mazedonien eines der serbischen Länder, obwohl die Mazedonier von Sprache und kultureller Entwicklung her eindeutig keine Serben sind. Ende 1929 wurde Vardar-Mazedonien Bestandteil der so genannten Vardar-Banschaft, die auch den südlichen Teil Serbiens und das Kosovo umfasste. Im Gegensatz zu den Kroaten, Slowenen und auch Muslimen nahmen die Mazedonier nicht am politischen Leben des Königreiches teil. Sie stimmten mehrheitlich für Kommunisten und Demokraten. Erst 1936 gründeten Linksintellektuellen mit der „Mazedonischen Volksbewegung“ eine politische Kraft für die nationale Befreiung der Mazedonier und die Gleichberechtigung aller Völker im Königreich Jugoslawien.

Die IMRO-Führung nahm mit der Ustascha in Kroatien Kontakt auf, um den gemeinsamen Kampf gegen die serbische Hegemonie abzustimmen. Ergebnis dieser Zusammenarbeit unter italienischem und ungarischem Schutz war das Attentat auf den jugoslawischen König Alexander, der 1934 in Marseille von einem IMRO-Terroristen getötet wurde.

Obwohl die Serben den brutalen Druck auf die politischen Gruppen in Mazedonien verstärkten und die mazedonische orthodoxe Kirche dem serbischen Patriarchat unterstellten, misslang die Serbisierung Mazedoniens. Der Großteil der ländlichen Bevölkerung blieb nämlich kulturell und ethnisch eng zusammengeschlossen, und bis

1940 konnte nur ein Achtel der geplanten 50.000 serbischen Kolonistenfamilien angesiedelt werden.

Als mit Ende des Zweiten Weltkriegs die Föderative Volksrepublik Jugoslawien gegründet wurde, wurde Mazedonien eine der sechs Republiken. Die lange gespannten Beziehungen zum bulgarischen Nachbarn entwickelten sich freundlicher.

Wirtschaftlich und kulturell gehörte das jugoslawische Mazedonien zu den rückständigsten Regionen Europas. So gab es zu Beginn der siebziger Jahre noch 18 % Analphabeten, und 1981 lag die Arbeitslosigkeit bei über 20 %. Die Bevölkerung bestand zu 67 % aus Mazedoniern, 19,7 % Albanern, 4,5 % Türken, 2,4 % Roma, 2,3 % Serben. Die Albaner stellten die Mehrheit in den westlichen Regionen, besonders in Totovo.

In den achtziger Jahren häuften sich die Angriffe der mazedonischen Regierung auf angeblich irredentistische und nationalistische Inhalte albanischer Schulbücher. 1988 führte der Schulstreit zu albanischen Demonstrationen. Deren Organisatoren wurden zu Haftstrafen verurteilt. Der zunehmende Druck auf die Albaner spiegelte sich 1989 in der Umbenennung Mazedoniens vom Staat des „Mazedonischen Volkes und der albanischen und türkischen Minderheit“ zum „Nationalstaat des mazedonischen Volkes“ wider.

Als sich Anfang 1991 die Auflösung der jugoslawischen Föderation abzeichnete, erklärten sich im September 1991 in einer Volksabstimmung mit 75-prozentiger Wahlbeteiligung 95 % der Wähler für die staatliche Unabhängigkeit, die dann im November 1991 proklamiert wurde. Als erste Staaten erkannten die Türkei und Bulgarien Mazedonien an.

Nach dieser Proklamation wurde zu einem wichtigen Problem die Frage: „Wer sind die heutigen Mazedonier?“

1. Alle, die sich zur mazedonischen Nation bekennen, also Mazedonier im ethnonationalen Sinn, unabhängig davon, ob sie in der Republik Mazedonien oder in der Diaspora leben.
2. Alle Staatsbürger der Republik, unabhängig von ihrer ethnonationalen Zuordnung.

Die offenen Antworten auf diese beiden Fragen belasteten die Entwicklung ebenso wie die skeptische bis ablehnende Haltung gegenüber einem Staat Mazedonien seitens all der Personen, die außerhalb Mazedoniens leben und keine ethnischen Mazedonier sind, aber eine mazedonische Regionalidentität besitzen. Dazu gehören Mazedonier im regionalen Sinn, so u. a. Griechen und Bulgaren, die ihre jeweilige nationale Identität mit einer regionalen mazedonischen Identität verbunden haben.

Im Herbst 1992 erklärte Mazedonien seine Unabhängigkeit. Damit hatten die mazedonischen Nationalisten ihr wichtigstes Ziel, einen unabhängigen und nationalen mazedonischen Staat zu errichten, erreicht. Im Verhältnis zu den Nachbarstaaten wollte man sich auf die Anerkennung der dortigen mazedonischen Minderheiten beschränken.

Als schwieriges Problem für den jungen Staat erwies sich das Verhältnis zwischen den Mazedoniern und den Albanern. Viele Mazedonier haben Vorbehalte gegenüber den Albanern, und sie betrachten diese mit Misstrauen. Allerdings ist die Existenz Mazedoniens auf Dauer davon abhängig, ob das Verhältnis zu den Albanern konstruktiv gestaltet wird.

Im Dezember 1994 ergab eine von der OSZE geförderte Volkszählung über zwei Millionen Einwohner, davon zwei Drittel Mazedonier und knapp ein Viertel Albaner. Dieses Resultat wurde von albanischer Seite mit der Begründung angefochten, in der Volkszählung seien nur die länger als 15 Jahre in

Mazedonien lebenden Einwohner berücksichtigt worden. In Wirklichkeit bestehe über ein Drittel der Bevölkerung aus Albanern. Dem entspricht auch, dass die albanische Parteien im politischen Leben eine wichtige Rolle spielen. Dennoch ist das Albanische bis heute keine offizielle Staatssprache.

Der von zunehmender Gewalt begleitete Konflikt zwischen den Mazedoniern und Albanern wurde am 13. August 2001 durch den Friedensschluss von Ohrid beendet, in dem u. a. der offizielle Status der albanischen Sprache in Gebieten mit mindestens 20 % Anteil von Albanern an der Bevölkerung anerkannt wurde. In den nachfolgenden Vereinbarungen drängte sich der Verdacht auf, dass die Frage der Minderheitenrechte offensichtlich nicht der alleinige Grund des Konflikts gewesen waren. Vielmehr ging es auch um Machtfragen bei der Regelung von Tributzahlungen und Einflusszonen. Dabei zeigten sich die nationalen Befreiungsbewegungen z. T. als kriminelle Organisationen.

Der Kleinstaat Mazedonien erwies sich nicht als Produkt eines verspäteten Nationalismus, sondern eher als Basis für das organisierte Verbrechen. Westliche Diplomaten, die in ethnischen Konflikten zu vermitteln suchten, brachten dabei ungewollt Bandenchefs an Schaltstellen der Macht.

Königreich Jugoslawien

Anfang Oktober 1918 bildeten Delegierte kroatischer, slowenischer und serbischer Parteien, die einen unabhängigen südslawischen Staat forderten, eine oberste politisch-repräsentative Körperschaft, den Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben.

Am 1. Dezember 1918 wurde das „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ proklamiert, allerdings nicht im Sinne staatsrechtlicher Gleichheit. Die Serben sahen im südslawischen Staat Großserbien; die Kroaten fühlten sich schwach, vor allem nach ihrem Kampf auf Seiten der Mittelmächte. Das Gleiche galt für die Slowenen, die sich vom italienischen und deutschen Kulturkreis überwältigt sahen.

Mit der Proklamation des Königreiches brach eine neue Epoche in der historischen Entwicklung der jugoslawischen Idee an. Einmal wurde sie im Sinne einer staatspolitischen Ideologie als Instrument der Unifizierung und Zentralisierung benutzt, auf der anderen Seiten berief man sich auf die jugoslawische Idee der Gleichberechtigung der vereinten Völker, um eigene nationale Interessen in Kultur, Sprache und Rechtstradition zu schützen. Trotz der Betonung der großen ethnischen Gemeinsamkeiten führte die überlegene Macht des serbischen Staates im „gemeinsamen“ Königreich dazu, dass bei der Vereinigung nicht einmal die grundlegenden Forderungen jener berücksichtigt wurden, die einen föderativen Staatsaufbau wünschten.

Der strikt unitaristische und zentralistisch nationalstaatliche Charakter des ersten jugoslawischen Staates zeigte sich insbesondere in seinen verfassungsrechtlichen Grundlagen, der „Veitstags-Verfassung“ vom 28. Juni 1921 und der Oktroyierten Verfassung von 1931. Beide Verfassungen nahmen den einzelnen jugoslawischen Völkern ihre nationale und sprachlich-

kulturelle Identität und definierten sie als „Stämme“ eines fiktiven einheitlichen jugoslawischen Volkes, das sie in einen streng zentralistischen staatsrechtlichen Rahmen spannten.

Die Betonung der ethnischen und sprachlichen Einheit seiner südslawischen Bevölkerung bestimmte auch seine Sprachpolitik. Die Minderheitenrechte konnten aus dieser Sicht nur als unerwünschte Störfaktoren wahrgenommen werden und daher weder mit Verständnis noch mit Förderung rechnen.

Die Montenegriner wurden als Serben klassifiziert, die Mazedonier und die muslimischen Bosnier auf keiner Ebene als Ethnien anerkannt. Man ging von der Existenz nur eines „Volkes mit drei Namen“ aus, dessen Sprache serbo-kroatisch-slowenisch war und zeitweilig auch offiziell so benannt wurde. Man wollte nicht wahrhaben, dass das Slowenische eindeutig eine andere Sprache war. Dennoch wurde das Slowenische in Slowenien selbst unbehelligt gelassen und konnte dort als lokale Standardsprache wirken. Nur auf höchster Verwaltungsebene, beim Militär und im Verkehr mit der Belgrader Zentrale, wurde das Serbische verwandt.

Auch in den kroatischen Ländern wurde die schriftsprachliche Tradition bei denen, die sie anwandten, zunächst geduldet, da sie nach der geltenden Anschauung „dieselbe Sprache“ war. Es wuchs jedoch ständig der Druck auf die Kroaten, im Namen der Einheit das, was ihre standardsprachlichen Gepflogenheiten von dem Serbischen unterschied, schrittweise aufzugeben. Als Konsequenz begannen die Kroaten, ihre Sprache deutlich als eigene, von der serbischen verschiedene zu empfinden.

Dagegen stellten Jugoslawismus, Unitarismus und Zentralismus für das großserbische Vormachtsdenken eine wirkungsvolle ideologisch-politische Einheit dar, die

serbischen nationalpolitischen Interessen zu verwirklichen.

Es gab keine Garantie gegen eine Dominanz Serbiens, dessen Armee sogleich daran gegangen war, frühere südslawische Besitzungen der Habsburger sowie Montenegro zu besetzen, um so den Traum von einer serbischen Vereinigung zu verwirklichen. In Anbetracht der Rolle des serbischen Staates bei der Schaffung Jugoslawiens und des tatsächlichen, mitunter auch formalen Fortbestehens serbischer staatlicher Institutionen nach der Vereinigung, konnten sich die Serben auf die neuen Umstände leicht einstellen, ohne das Gefühl zu haben, ihrer nationalen Individualität beraubt zu sein.

Wie der erste jugoslawische Staat in Armee, Polizei, Regierung und diplomatischem Dienst serbisch dominiert war, so hatte auch die orthodoxe Kirche eine bevorzugte Stellung. So wurde etwa an der Universität in Zagreb eine Fakultät für orthodoxe Theologie errichtet.

Der Unitarismus konnte allerdings nur Bestand haben, wenn die südslawische Zusammengehörigkeit wirklich wechselseitig empfunden und anerkannt wurde. Als im neuen jugoslawischen Staat die nationale Frage aufkam, im Wesentlichen als Ergebnis der dominanten Position serbischer Institutionen (Monarchie, Armee, Verwaltungsapparat, Orthodoxe Kirche) und der wirtschaftlichen Ausbeutung des entwickelten Sloweniens und Nordkroatiens durch Serbien, verlor die unitaristische Ideologie viel von ihrer ursprünglichen Anziehungskraft. Eine neue Welle nationalen Selbstbewusstseins, verbunden mit der kroatischen Bauernbewegung, erreichte die entlegensten kroatischen Ortschaften.

Unter den antizentralistischen Kräften spielten die wichtigsten Parteien der Slowenen und der bosnischen Muslime eine vermittelnde Rolle. Obwohl diese Parteien für die Autonomie ihrer nationalen und konfessionellen

Gruppen kämpften, akzeptierten sie zugleich Jugoslawiens staatlichen Rahmen und glaubten daran, dass ihre Situation, aber auch die Positionen ihrer zentralistischen Gegner, sich zum Besseren verändern könnten.

Kritisch stand auch die kommunistische Internationale (Komintern) in den 20er Jahren zum Zusammenschluss der Jugoslawen. So beschloss am 8. Juli 1924 der 5. Kongress der Kommintern zur kommunistischen Nationalpolitik im Staat der Südslawen:

„Die Serben, Kroaten und Slowenen sind drei verschiedene Völker. Die Theorie vom einheitlichen, dreinamigen Volk der Serben, Kroaten und Slowenen ist nur die Maske für den großserbischen Imperialismus. Die Aufgabe der Kommunistischen Partei Jugoslawiens ist es, den entschlossenen Kampf gegen jede nationale Unterdrückung in all ihren Formen und für die Selbstbestimmung der Völker zu führen, die Volksbefreiungsbewegungen zu fördern, indem sie ständig danach strebt, diese vom Einfluss des Bürgertums abzubringen und sie mit dem allgemeinen Kampf der arbeitenden Massen gegen das Bürgertum und den Kapitalismus zu verbinden . . . Deswegen muss der allgemeine Leitsatz, den die Kommunistische Partei Jugoslawiens propagiert, die Trennung Kroatiens, Sloweniens und Mazedoniens von Jugoslawien sowie die Gründung unabhängiger Republiken ausdrücken.“¹⁷

In den Jahren 1928 bis 1935 verschärften die Komintern und die Kommunistische Partei Jugoslawiens ihren antijugoslawischen Kurs und riefen zur Gründung eines unabhängigen Kroatiens, Sloweniens, Montenegro und Mazedoniens auf.

Die Spannungen zwischen Kroatien und Serbien eskalierten, als

am 20. Juni 1928 der Führer der kroatischen Bauernpartei, Radić, und zwei weitere kroatische Abgeordnete im Sitzungssaal des Belgrader Parlaments niedergeschossen wurden. Dieses politische Verbrechen, das auf die Ausschaltung der kroatischen politischen Führung abzielte, verschlimmerte die kroatisch-serbischen Beziehungen noch weiter und führte zur Forderung nach der Unabhängigkeit Kroatiens.

Am 6. Januar 1929 schaffte König Alexander die Verfassung, das Parlament und die politischen Parteien ab, wobei er seine Entschlossenheit verkündete, über die nationale Einheit von Serben, Kroaten und Slowenen und die staatliche Integrität ohne Mittler zu wachen. Gleichzeitig benannte er das „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ in „Königreich Jugoslawien“ um und errichtete damit die jugoslawische, in Wirklichkeit serbische Diktatur. Diese Diktatur machte den jugoslawischen Unitarismus als Staatspolitik zum unangreifbaren Dogma. Die Anhänger hatten nun freie Hand bei dem Versuch, die spezifischen nationalen Traditionen der Jugoslawien konstituierenden Nationen zu zerstören. Dabei zielte in der Praxis die Bekämpfung des „Separatismus“ nur auf Nichtserben ab.

Die Königsdiktatur, deren ideologische Basis ein integraler jugoslawischer Nationalismus war, löste keine Probleme, vielmehr bekamen die föderalen Konzepte immer mehr Zulauf. So entstanden zahlreiche aufständische Bewegungen, insbesondere die Ustaschas (Aufständischen) Ante Pavelićs (1889–1959), eines exilkroatischen Nationalisten, der mit Hilfe Mussolinis und später auch der Hitlers einen unabhängigen Staat Kroatien errichten zu können hoffte.

Immer mehr steigerte sich der Völkerhass zwischen Serben und Kroaten. Ihm fiel der jugoslawische König Alexander am 9. Oktober 1934 in Marseille bei einem Atten-

tat durch die terroristische Organisation „Mazedonische Revolutionäre Organisation“, die vermutlich durch die Ustascha unterstützt wurde, zum Opfer.

Das Hauptproblem Jugoslawiens lag in der Zeit zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg in der Unfähigkeit, die richtige Mischung zwischen realen Unterschieden und Gemeinsamkeiten zu finden. Die Unitaristen wollten die unterschiedlichen Nationalgeschichten der konstituierenden Völker auslöschen und die Großserben den gemeinsamen Staat als Besitztum für ihre Vorherrschaft benutzen. So erschienen aus der Sicht der nichtserbischen Nationalitäten die Unterschiede zwischen beiden Strömungen rein akademisch.

Der Unitarismus wurde de facto zu serbischem Nationalismus, der in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre durch seine Instrumentalisierung der jugoslawischen Idee die Ideologie des integralen Jugoslawismus vollends diskreditierte.

Volksrepublik Jugoslawien

Im November 1945 wurde die Föderative Volksrepublik Jugoslawien mit den Sozialistischen Republiken Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien gegründet. Zur Klammer dieses föderativen Systems mit seinen sechs Landesteilen, fünf Nationen, vier Sprachen, drei Religionen und zwei Alphabeten wurde die kommunistische Partei.

Die Verfassung vom 20. Januar 1946 präziserte und sanktionierte folgenden Staatsaufbau:

- Mazedonien und Montenegro wurden zu Teilrepubliken, die Vojvodina und Kosovo-Metochien zu autonomen Gebieten innerhalb Serbiens erklärt.
- Bosnien-Herzegowina wurde als Teilrepublik in seinen öster-

¹⁷ Zit. n. Karlheinz Deschner und Milan Petrović, a.a.O., S. 196.

reichisch-ungarische Grenzen erneuert, Kroatien jedoch vergrößert: Es erhielt die italienischen Teile Dalmatiens und Istrien hinzu.

- Slowenien wurde gegen Italien erweitert und bekam auf einem Teil Istriens Zugang zum Meer. Dagegen wurde Serbien – ohne die autonomen Gebiete Vojvodina und Kosovo-Metochien – kleiner als zur Zeit des Zweiten Weltkrieges.

Die Grenzen der Republiken wurden jedoch nicht nur „administrativ“ festgelegt. Die meisten Grenzen waren historisch begründet und griffen auf die Abgrenzung der historischen Territorien vor 1918 zurück. Eindeutig ethnisch definiert wurde die kroatisch-serbische Grenze zwischen Donau und Save, deren historischer Verlauf zugunsten Serbiens korrigiert wurde. Jeder Nation innerhalb Jugoslawiens war – mit Ausnahme von Bosnien-Herzegowina – eine Republik zugeordnet bzw. jede Republik bildete den Kern einer Nation. Allein die mazedonische Regionalität wandelte sich erst im Rahmen der vorgegebenen staatlichen Ordnung zur nationalen Identität.

Unter den Kommunisten wurde der Jugoslawismus an die Ideologie des Klassenkampfes angepasst und als Legitimationsersatz instrumentalisiert. Tito, der im Prinzip ein Gegner des Großserbentums war, erkannte die mangelnden Kohäsionskräfte in der Vielvölkergemeinschaft und die daraus erwachsenen Gefahren für den Bestand der Föderation. Da es aber in seinem Weltbild die „bürgerliche“ Demokratie als Mittel zur Integration und Überwindung der Partikularismen nicht gab, unterstützte er die unitaristischen und zentralistischen Tendenzen in Staat und Gesellschaft, die immanently immer proserbisch waren.

Im kommunistischen föderativen Jugoslawien sollte das „Serbokroatisch“ – in serbischer Ausformung

und Interpretation – zum einzigen Band für alle Jugoslawen werden. Dieser Sprachpolitik widersetzten sich aber die Kroaten zäh und unbeugsam. Im Serbischen fühlten sie sich nicht in protokollarisch angemessener Weise angesprochen oder vertreten. Deshalb forderten sie, ihre schriftsprachliche Tradition bewusst pflegen und ihre Kinder darin ausbilden zu können. Um das eigenständige und tief verwurzelte kroatische Sprachbewusstsein zu brechen, wurde immer wieder auf die Sprachenrechte der Serben in Kroatien hingewiesen. Diese würden verletzt, wenn das Kroatische in Kroatien zur offiziellen Sprache erklärt würde. Diese Vorhaltungen machten die realen Unterschiede zwischen dem Serbischen und dem Kroatischen und damit die Problematik des Serbokroatischen deutlich. Allerdings ließen die politischen Kräfteverhältnisse keine Lösung im Sprachenstreit zu, und es erwies sich als unmöglich, einen Konsens zu erreichen. Schließlich wurde immer klarer, dass der Widerstand der Kroaten nicht zu brechen war.

Im März 1967 unterzeichneten 130 kroatische Intellektuelle und einige kulturelle Organisationen eine „Deklaration über Namen und Rolle der kroatischen Sprache“, in der sie das „Abkommen“ von Novi-Sad aus dem Jahre 1954 über die gemeinsame „serbo-kroatische“ oder „kroatisch-serbische“ Sprache aufkündigten und nur noch eine „kroatische Sprache“ als die ihre anerkennen wollten.

Neben dem Kroatischen bildeten sich noch ein Bosnisch und sogar ein Montenegrinisch immer deutlicher heraus. Alle diese sprachlichen Entwicklungen leisteten später ihren Beitrag zum Ende Jugoslawiens bei.

Eine wichtige Neuerung brachten die sechziger Jahre in der Nationalitätenpolitik. In der Volkszählung von 1961 konnte man sich zum ersten Mal als „Muslim im ethnischen Sinne“ bekennen, doch nur

relativ wenige Bürger taten das damals. 1963 wurden dann die Muslime als eines der Völker von Bosnien-Herzegowina in der Präambel der Republik-Verfassung genannt, und 1965 definierte das Zentralkomitee der Partei auf Bundesebene die Muslime als eigene Nation. Drei Jahre später wurden sie auf Bundesebene verfassungsrechtlich offiziell als Nation anerkannt. Bei der Volkszählung von 1971 nutzten viele Muslime die Möglichkeit, sich auch national als solche zu deklarieren.

Mit der Schaffung der „muslimischen Nation“ Bosnien-Herzegowinas, die sich zur tragenden Volksschicht dieses Teilstaates entwickelte, legte Tito den Keim zum späteren Zerfall Jugoslawiens. Anfangs empfand man es noch als peinlich, einen rein religiösen Begriff der Nation mit dem „Marxismus“ zu verknüpfen. Doch bald setzten sich die meisten muslimischen Intellektuellen Bosnien-Herzegowinas über diese Bedenken hinweg. Sie verwiesen auf die nationale Kontinuität seit der in der Türkenzeit erfolgten Islamisierung.

Diese nationale Haltung verschärfte den Gegensatz zu den Serben, da die Muslime während der Türkenzeit die herrschende Schicht gebildet hatten, die sich mit den unterjochten Serben im permanenten Religionskrieg befanden. Diese historische Tatsache unterstrich zugleich den pantürkischen und panislamischen Wesenskern der „muslimischen Nation“ Bosnien-Herzegowinas, die sich auf diese Weise mit der islamischen Ökumene verband und sich in diese zu integrieren begann. Zugleich entwickelten sich so die latenten religiösen Reibereien, die 1992 zum Religionsbürgerkrieg explodieren sollten.

Die Reformbewegung in Kroatien erreichte 1970 und 1971 ihren Höhepunkt. Sie ergriff Gruppen weit über die Parteien hinaus und entwickelte sich zu einer echten Massenbewegung. Anfangs war

im „kroatischen Frühling“ nur vom Kampf gegen den jugoslawischen „Unitarismus“ und von der Respektierung der kroatischen Tradition und Eigenständigkeit die Rede. Später kam dann die Forderung nach formaler Wiederherstellung des kroatischen Staatsrechts, gewissermaßen der staatlichen Selbstständigkeit, hinzu.

Neue staatliche Strukturen wurden dann in der Bundesversammlung vom 21. Februar 1974 beschlossen. Dabei folgte die Versammlung der politischen Vorgabe des Kroato-Slowenen Tito „*schwaches Serbien, starkes Jugoslawien*“.

Mit der Verfassungsreform von 1974 erhielten die föderalen Einheiten eine große formelle Selbstständigkeit. Die Formel des Selbstbestimmungsrechts der Völker in „ihren Republiken“ wurde übernommen, aber ebenso die Unklarheiten bezüglich jener föderalen Einheiten, die keine nationale Mehrheit hatten. So wurden die Albaner lediglich in dem Status der „Nationalität“ belassen, d. h., sie wurden nicht als gleichberechtigtes Volk in der Föderation anerkannt.

Die Republiken Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro und die zwei autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo wurden durch die neue Verfassung gestärkt. Dies galt zwar auch für die Quasi-Staatlichkeit der autonomen Provinzen, deckte sich aber nicht mit dem jugoslawischen Selbstbewusstsein. Im Völkergemisch der Vojvodina fehlte das Volk, das „sein Recht“ in den Grenzen dieser Einheit hätte verwirklichen können, und im Kosovo wurde den Albanern das Recht, ein Volk zu sein, verweigert. Die Bestrebungen nach rechtlicher Gleichstellung und Anerkennung des Kosovo als Republik wurden mit dem Vorwurf des Separatismus kriminalisiert.

Die politische Hauptbedeutung der 1974er Verfassung bestand darin, dass sie erstmals im Artikel 3

die Republiken als „Staaten“ definierte und sogar ihre Grenzen garantierte.

Art. 3 bestimmte die Republiken zu selbstständigen, qualifizierten Trägern der gesamtstaatlichen Willensbildung, die nicht majorisiert werden konnten. Im Gesetzgebungsverfahren und in allgemein politischen Entscheidungen, für die der Bundesrat und der Rat der Republiken zuständig waren, galt das Konsensprinzip, d. h. im Prinzip ein Vetorecht. In der Staatspräsidentschaft, in der je ein Vertreter der Republiken und der zwei serbischen Regionen Kosovo und Vojvodina vertreten waren, mussten die Entscheidungen im Einvernehmen oder mit Zweidrittel- bzw. einfacher Mehrheit gefällt werden.

Aus diesen Verfassungsgrundsätzen ließ sich die – später eingeforderte – Souveränität der Republiken herleiten, samt ihrem Anspruch auf die bestehenden Grenzen. Die beiden Provinzen Kosovo und die Vojvodina waren dagegen keine Staaten im rechtlichen Sinne, sondern eine Art „Selbstverwaltungs-Körperschaft“, die auf der Verfassung Serbiens beruhte.

Serbien hatte sich schon in der Diskussion um die Verfassung von 1974 gegen zu viel Föderalismus im Allgemeinen und insbesondere gegen die starke Stellung der beiden innerhalb Serbiens gelegenen autonomen Regionen Kosovo und Vojvodina gewehrt. Diese beiden Regionen blieben deshalb Teile Serbiens. Sie genossen zwar keinen Bundesschutz wie nach der Verfassungsänderung vom 26. Dezember 1968, dennoch war ihre Autonomie von der neuen Bundesverfassung garantiert. Auf Bundesebene waren sie voll- und gleichberechtigte „konstitutive Faktoren“ Jugoslawiens. Sie hatten den gleichen Status wie die Republiken, also auch das so genannte faktische Vetorecht, und ihre Vertreter stimmten in den Bundesgremien ohne Instruktionen und

ohne Abstimmung mit der Republik Serbien.

Die Probleme aus dieser Doppelrolle, als Autonome Provinzen vollwertige Bundesstaatsmitglieder und zugleich Provinzen eines anderen Bundesstaatsmitglieds zu sein, führte später zu den Komplikationen, die im Zerfall Jugoslawiens eine entscheidende Rolle spielten. Deshalb ist der Status der „partiellen Souveränität“ bei einer endgültigen Lösung für die Kosovofrage zu berücksichtigen.

Das Verfahren für einen Austritt aus dem gemeinsamen Staat war in der Verfassung nicht festgelegt. So war in ihrer Präambel nur von dem leninistischen Prinzip des Rechtes auf Lostrennung die Rede. Dagegen gewährte sie kein Austrittsrecht für die Republiken. Das in ihr festgelegte „Recht auf Lostrennung“ galt nur für die Völker, nicht für die Republiken. Eine Übereinstimmung von Republik und Volk gab es praktisch nur in Slowenien.

Jede Verfassungsänderung konnte nur einstimmig von allen Teilrepubliken und Autonomen Provinzen beschlossen werden. Dadurch wurde jeder theoretisch legale Austritt aus dem jugoslawischen Staat praktisch unmöglich gemacht, gleichzeitig aber auch jede Systemreform äußerst erschwert.

Die Verfassung regelte vor allem die Stellung der Gliedstaaten in positivem Sinn, aber kaum die individuellen Rechte der Bürger. Dennoch bot sie die Grundlage für ein gesichertes Fortbestehen des jugoslawischen Staates, ohne dabei die Wünsche der Mehrheit seiner Völker zu verletzen sowie die objektiven und komplexen nationalen Verhältnissen zu vernachlässigen. Von den politischen Entscheidungsträgern erforderte dies, die Verfassung strikt einzuhalten und zu verteidigen.

Doch das starre Gebilde Staat und sein „Schöpfer“ Tito, der nach seinem Tod zu einem fixen Götzen-

bild wurde, waren Ende der achtziger Jahre längst dem Tod geweiht. Tito hatte die ältere „jugoslawische“ Volksnation durch die jugoslawische Staatsnation ersetzt, die nicht ethnisch definiert war. Sie basierte allein auf der Staatsbürgergemeinschaft und ließ nationale Mehrfachidentitäten zu. Der Untergang dieser jugoslawischen Identität und des Staates ab 1991 war nicht Folge eines vom „Volk“ bzw. von den „Völkern“ betriebenen Prozesses, sondern der Zerfall wurde von oben, von den politischen Machtebenen gewollt und vorangetrieben.

Beispielhaft für diese Politik war das Vorgehen der serbischen Regierung gegen seine autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina. So ließ sie nach den Unruhen im Kosovo 1981 nicht nur die Albaner, sondern auch die serbischen „Kader“ bespitzeln. Zudem erwog sie die Einschränkung der Autonomie dieser Provinz sowie die Unterstellung der dortigen Polizei und Justiz unter die Republikführung in Belgrad. Dem widersetzen sich indessen nicht nur die albanischen Kommunisten, sondern auch ihre kroatischen und slowenischen Genossen. Der aus der Aufhebung der Autonomen Provinz folgende Machtzuwachs Serbiens drohte ihre Machtstellung in Jugoslawien zu gefährden, Serbiens Stärke in den paritätisch zusammengesetzten Staats- und Parteiorganen der jugoslawischen Föderation dagegen zu verdreifachen. Zusammen mit Montenegro und den Serben aus Bosnien-Herzegowina und Kroatien hätte Serbien eine Vormachtstellung wie einst im Königreich Jugoslawien erreichen können. Legal ließ sich das freilich nicht verhindern, da die Regelung der Beziehungen Serbiens zu den Autonomen Provinzen eine interne Verfassungssache war.

Der Jugoslawismus als ideologische Formel und das föderale Konzept als Grundlage der staatspolitischen Ordnung erwiesen sich als vorteilhaft für jene südslawischen

Völker, die von den national-ideologischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts weitgehend abgeschnitten waren und deren nationale Integration mit Verspätung einsetzte. Das gilt auch für die Kosovo-Albaner. Die „jugoslawischen“ Grundsätze ermöglichten die Entwicklung von integrativen Prozessen der Mazedonier, der bosniakischen Muslime und Albaner, die im Königreich Jugoslawien nicht nur nicht anerkannt, sondern auch starker Repression und serbisch-unitaristischer Assimilation ausgesetzt waren.

Allerdings war der Begriff des Jugoslawismus, wie er von den serbischen Intellektuellen in den achtziger Jahren und am Vorabend des Krieges instrumentalisiert wurde, lediglich ein Etikettenschwindel für großserbische Ziele. Diese Instrumentalisierung führte schließlich ab 1991 zu den serbischen Kriegen und zu den Vertreibungsverbrechen.

Jugoslawien und Serbien unter Milošević

„Jede Nation verfügt über eine Liebe, die für immer ihre Seele erwärmt. Für Serbien ist dies das Kosovo.“¹⁸

Slobodan Milošević, 24. April 1987

Tief saß der Stachel aus der Tito-Zeit, in der die Meinung vorzuherrschen schien, dass „ein schwaches Serbien ein starkes Jugoslawien“ bedeute. Mit seinen Versprechen, die „nationale Einheit“ Serbiens wiederherzustellen, traf Milošević den Nerv des serbischen Volkes. Schon im berühmten Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften vom September 1986, dem Katechismus des serbischen Nationalismus, heißt es über das Kosovo: „Das Schicksal des Kosovo ist eine Lebensfrage für die gesamte serbische Nation. Der physische, politische, rechtliche und kulturelle Genozid an der serbischen Bevöl-

kerung in Kosovo und Metohija ist eine der schwersten Niederlagen seit den serbischen Freiheitskämpfen von 1804 bis 1914.“¹⁹ Ausdrücklich wird die „Herstellung der vollen nationalen und kulturellen Identität des serbischen Volkes, unabhängig in welcher Republik oder Region sie leben“, gefordert.

Die Massenbewegung des serbischen Sommers 1988, d. h. der „antibürgerlichen Revolution“, erreichte ihre Ziele mit dem Sturz der montenegrinischen Regierung im Januar 1989 und mit der Gleichschaltung des Kosovo und der Vojvodina durch die weitgehende Aufhebung der Autonomie in der neuen serbischen Verfassung Ende März 1989.

Höhepunkt und vorläufiger Abschluss des Kampfes war Miloševićs Rede zum 600. Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld am 28. Juni 1989, an der Gedenkstätte Gazimestan nördlich von Priština. Milošević geißelte an jenem Vidovdan (Sankt-Veits-Tag) vor einer Million Serben Zwiertucht und Verrat, die zur Niederlage gegen die Heere der Osmanen geführt hätten, und hob die jüngste Wiedergewinnung der nationalen Einheit als (eigene) große historische Leistung hervor.

In den Gremien des Bundesstaates versetzten die Stimmen der gleichgeschalteten Provinzregierungen sowie die ebenfalls abhängigen Führer in der Teilrepublik Montenegro Milošević in die Lage, das kollektive Staatspräsidium zu blockieren. Der Belgrader Block hatte vier Stimmen – Serbien, Vojvodina, Kosovo und Montenegro – das gleiche Gewicht wie die übrigen vier Teilrepubliken Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien. Damit waren die Institutionen des Bundesstaates

¹⁸ Zit. n. Klaus Dicke, Helmut Hubel: Die Krise im Kosovo, Erfurt 1999.

¹⁹ Zit. n. Matthias Rüb: Jugoslawien unter Milošević, in: Der Jugoslawien-Krieg, S. 335.

und ihre Geschäftsgrundlage zerstört; Jugoslawien musste zu Bedingungen fortbestehen, die Belgrad diktierte.

Das Jahr 1990 erscheint in der Auseinandersetzung zwischen dem Machtblock in Belgrad um Milošević und den anderen Teilrepubliken wie eine Atempause. Weil in allen Teilrepubliken die ersten freien Wahlen abgehalten wurden, mussten sich die neuen Machtverhältnisse in den Teilstaaten erst herauskristalisieren. Nach Slowenien im April, Kroatien im Mai, Mazedonien im November und Bosnien-Herzegowina im November/Dezember folgten Serbien und Montenegro als Schlusslicht mit Wahlen am 9. und 23. Dezember 1990. In Slowenien und Kroatien gewannen die nicht kommunistischen Parteien, was für den Machtblock in Belgrad, wo die von Milošević in Sozialisten umbenannte Kommunisten 194 von 250 Mandate im serbischen Parlament errangen, zu einer Herausforderung wurde.

Viele serbische Oppositionelle waren 1991 der Meinung, dass Bürgerproteste und Demonstrationen zu einer Zeit, da man gegen die „antiserbische Koalition“ kämpfen müsse, „die Lage destabilisieren“. Als die Armee gegen Slowenien marschierte, identifizierte sich die Opposition weitgehend mit dieser Aktion, und als der populäre Dichter Matija Beečковиć während des Krieges in Slowenien im serbischen Fernsehen sagte, der Tod eines Slowenen „berühre ihn nicht mehr als der Tod einer Robbe“, empörten sich nur einige Intellektuelle.

Als 1995 der Friedensschluss für Bosnien gelang, trotz der Schein einer möglichen Befriedung der Region. Die Nachkriegszeit von Dayton war zugleich Vorkriegszeit im Kosovo. Als Mitte Juni 1999 der Rückzug der geschlagenen serbisch-jugoslawischen Truppen und

Stereotypen im serbischen Fernsehen 1994

- Die Kroaten sind ein genozidales Volk.
- Die Muslime inszenieren Angriffe auf sich selbst und ihre Glaubensstätten, um die Intervention des Westens zu provozieren.
- Nachrichten über Bombenabwürfe auf Städte sind falsch.
- An Serbiens Isolierung ist eine internationale Verschwörung schuld, angeführt von Deutschland, der Komintern, dem Vatikan und dem internationalen Zionismus.
- Die Führer oppositioneller Parteien dienen ausländischen Geheimdiensten.
- Die Sanktionen gegen Serbien sind ein Werk seiner Feinde und der Anfang vom Ende der Vereinten Nationen.

Quelle: *Der Jugoslawien-Krieg*, S. 323.

der Einmarsch der internationalen Friedensstreitmacht in Bosnien-Herzegowina begann, fing im Kosovo die Nachkriegszeit an, und es muss die Frage nach dem nächsten möglichen Opfer gestellt werden, dessen Vorkriegszeit damit eingeleitet worden sein könnte.

Mindestens ein weiterer „ethnischer Krieg“ erschien noch möglich. In der Region Sandschak blieb die Situation für die muslimische Bevölkerungsmehrheit unverändert schlecht. Dieses etwa 8.600 km² große Gebiet mit einer halben Million Einwohnern gehört jeweils zur Hälfte zu den jugoslawischen Teilrepubliken Serbien und Montenegro. Die Bewohner des Sandschak sind zu knapp zwei Dritteln Muslime, die sich der Nation der Bosniaken zurechnen. Den Rest der Bevölkerung stellen im nördlichen Teil Serben und im südlichen Teil Montenegriner.

Mit dem durch die Wahl seines Nachfolgers Kostunica erzwungenen Rücktritt von Milošević trat langsam ein politischer Wandel in Serbien ein. Den nunmehr nicht-kommunistischen Regierungen obliegt die Aufgabe, wirtschaftliche Reformen und Demokratisierung des Landes voranzubringen. Eine innenpolitische Belastung bleiben nach wie vor das von Spannungen zwischen Serben und Kosovo-Albanern erfüllte Kosovo und dessen ungeklärter politischer und völkerrechtlicher Status sowie die von

der EU-Kommission erzwungene, aber ungeliebte Union mit Montenegro.

Perspektiven einer Friedensordnung

Eine neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Freiheit, geprägt durch Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte sollte die neue Ordnung in Europa nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ bestimmen. In der Charta von Paris für ein neues Europa vom 21. November 1990 verpflichteten sich die Mitgliedsländer der KSZE, die unveräußerlichen Menschenrechte und Grundfreiheiten zu schützen und zu fördern sowie Toleranz gegenüber allen gesellschaftlichen Gruppen zu gewährleisten.

Die Unterzeichner der Charta, zu denen auch der damalige Vorsitzende des Präsidiums der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, Borisav Jovic, gehörte, bekräftigten, „*dass die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität nationaler Minderheiten Schutz genießen muss und dass Angehörige nationaler Minderheiten das Recht haben, diese Identität ohne jegliche Diskriminierung und in voller Gleichheit vor dem Gesetz frei zum Ausdruck zu bringen, zu wahren und weiterzuentwickeln.*“²⁰

²⁰ Charta von Paris für ein neues Europa vom 21. 11. 1990.

Ein Jahr nach der feierlichen Verpflichtung von Paris zerstörten die Kriege auf dem Balkan zunächst einmal die Hoffnungen der Völker auf eine neue Friedensordnung im „Haus Europa“. Doch der Zerfall Jugoslawiens, verbunden mit Gewalt, Gräueltaten und Terrorakten, birgt mit dem Entstehen der neuen Staaten auch die Chance, nunmehr eine friedvolle demokratische und rechtsstaatliche Ordnung im Nach-Jugoslawien zu schaffen.

In diesem zeitaufwendigen und kostspieligen Prozess wird es Fortschritte nur in kleinen Schritten geben, die immanently immer das Risiko von Rückschlägen bergen. Dabei bedürfen der Schutz von Minderheiten und die Festlegung und Garantie von Grenzen nicht nur der Unterstützung durch die betroffenen Regierungen, sondern insbesondere auch der Einsicht und Zustimmung der betroffenen Völker.

Denn politische Formeln von Bürgergesellschaften, Toleranz und Minderheitenschutz helfen nicht, wenn dadurch die Mentalitäten der betroffenen Völker überfor-

dert werden. Eine dauerhafte Stabilität in der Region wird es nur geben, wenn die Probleme multi-ethnischer Strukturen in allen süd-osteuropäischen Staaten nach völkerrechtlich verbindlichen Normen geregelt werden. Außerdem dürfen Vereinbarungen nicht zu Lasten einer Seite gehen. Entscheidend ist jedoch, dass die soziale, wirtschaftliche und politische Perspektive aller Völker deren Interesse an der Erhaltung des Friedens im Vergleich zu ewiger Rivalität als ein höheres Gut erscheinen lässt. Eine solche Friedensregelung muss die Bestrafung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit einschließen, denn andernfalls werden ungesühnte Verbrechen von Extremisten jeglicher Herkunft lediglich als Ermunterung für Rache und Revanche verstanden.

Als Voraussetzung für eine dauerhafte und stabile Friedensordnung auf dem Balkan sind u.a. folgende konkrete Schritte unabdingbar:

- In Serbien muss Sorge getragen werden, dass der politische Umbau und der wirtschaftliche Aufbau bald Erfolge zeigen, um

den serbischen Chauvinismus zu dämpfen, damit dann verantwortungsbewusste serbische Politiker eine maßvolle Regionalpolitik betreiben können.

- Im Kosovo muss eine geordnete, selbstverwaltete Gesellschaft gebildet werden, von der keinerlei Gefahr für die Nachbarn ausgeht.
- In Mazedonien ist der Einfluss der militanten Nationalisten zu begrenzen, um eine politische Lösung auf der Grundlage tiefgreifender Reformen erzwingen und überwachen zu können.
- Als Vorbedingung für ihren Beitritt zur EU müssen die Balkanstaaten gewährleisten, dass sie den rechtlichen Status der auf ihrem Territorium beheimateten „fremden“ Bevölkerungsgruppen aufwerten. Dabei muss die Transformation vom ethnonationalen Staat zu einer multi-ethnischen und ethnisch neutralen Staatsbürgergemeinschaft, die nur den Menschenrechten verpflichtet ist, bei der jeweiligen Titularnation ansetzen. Dieser Transformationsprozess verlangt demokratische und rechtsstaatliche Standards, die der KSZE-Charta von Paris sowie den europäischen Verträgen entsprechen müssen.

Die Hoffnung, den durch Mythen geprägten religiösen, nationalen und ethnischen Hass zu überwinden, wächst mit jedem Tag, der Frieden stiftet und wahr.

Zeittafel

- 395: Nach dem Tode des Kaisers Theodosius wird das Römische Reich unter seinen Söhnen Arcadius und Honorius in ein östliches und ein westliches Reich aufgeteilt. Dadurch entsteht auf dem Balkan eine Kulturgrenze: Das Westreich mit Kroatien und Slowenien und das Ostreich mit Serbien und Montenegro.
- 1054: Kirchenspaltung (Schisma) zwischen östlicher (Orthodoxie) und westlicher (Katholizismus) Christenheit wegen liturgischer und dogmatischer Differenzen.
- 1102: Wahl des ungarischen Königs Koloman zum kroatischen König; Kroatien wird in Personalunion Teil des ungarischen Königreiches.
- 1389: In einer Abwehrschlacht der südslawischen Völker gegen die Türken am 28. Juni auf dem Amselfeld (Kosovo) wird der serbische Adel vernichtet.
- 1455–1483: Die Türken besetzen Serbien, Bosnien und die Herzegowina und vollenden damit ihre Vorherrschaft auf dem Balkan.
- 1526: Die Türken erobern Buda und Pest und verwüsten das Land. Die Personalunion mit Kroatien endet.
- 1683–1699: Türkenkrieg; nach mehreren Niederlagen müssen die Türken im Frieden von Karlowitz (1699) auf Ungarn, Siebenbürgen, Slawonien und Kroatien sowie Teile von Dalmatien verzichten.
- 1878: Auf dem Berliner Kongress werden Montenegro und Serbien als unabhängige Staaten anerkannt.
In Prizren wird die „Albanische Liga“ gegründet, die die albanische Nation proklamiert und ein autonomes Albanien unter osmanischer Oberhoheit fordert.
- 1912: Der Balkanbund von Serbien, Bulgarien, Griechenland und Montenegro fügt der Türkei im Ersten Balkankrieg eine Niederlage bei. Serbien erobert das Kosovo und das heutige Albanien bis zur Adria.
- 1913: Bulgarien beginnt um Mazedonien den Zweiten Balkankrieg, aus dem Serbien als Hauptgewinner hervorgeht. Auf der Londoner Botschafterkonferenz wird das Fürstentum Albanien gegründet und das Kosovo beim Königreich Serbien belassen.
- 1914: Am 28. Juni wird das österreichische Thronfolgerpaar in Sarajewo ermordet. Am 1. August beginnt mit der Kriegserklärung Deutschlands an Russland der Erste Weltkrieg.
- 1918: Am 11. November dankt Kaiser Karl ab; damit endet die Habsburger Doppelmonarchie Österreich-Ungarn. Am 1. Dezember wird das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen gegründet.
- 1941: Im April besetzt Deutschland Jugoslawien und proklamiert gemeinsam mit Italien das Ende des jugoslawischen Staates. Gleichzeitig wird der „Unabhängige Staat Kroatien“ (Ustascha), einschließlich Bosnien und Herzegowina, gegründet.
- 1945: Im November wird die Föderative Volksrepublik Jugoslawien mit den Sozialistischen Republiken Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien gegründet.
- 1980: Am 4. Mai stirbt der jugoslawische Staatspräsident Tito.
- 1988: Die jugoslawische Bundesverfassung und die serbische Verfassung werden geändert und damit die Autonomie des Kosovo und der Vojvodina weitgehend aufgehoben.
- 1989: Am 28. Juni verkündet Milošević auf dem Amselfeld die Befreiung der Serben im Kosovo von den „Kosovaren – den ethnisch Fremden und Andersgläubigen“.
- 1990: Am 2. Juli verabschiedet das slowenische Parlament eine Souveränitätserklärung.
Am 25. Juli erklärt das kroatische Parlament die Souveränität Kroatiens.
- 1991: Am 25. Juni erklären sich die jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien für unabhängig.
Im September kommt es im Kosovo zu einer Volksabstimmung über die Unabhängigkeit des Kosovo. Bei einer Wahlbeteiligung von 87 % stimmen 99 % für die Unabhängigkeit.
- 1992: Am 1. März kommt es in Bosnien-Herzegowina zu einer Volksabstimmung über die Unabhängigkeit und Souveränität. Bei einer Wahlbeteiligung von ca. 60 % stimmt eine große Mehrheit für die Unabhängigkeit. Die Serben boykottieren die Abstimmung und rufen in Pale einen eigenen Staat aus.
Im Sommer beginnt in Bosnien-Herzegowina ein Drei-Fronten-Krieg zwischen Serben, Kroaten und Muslimen.
- 1995: Im Friedens-Abkommen von Dayton vom 14. Dezember wird die faktische Teilung von Bosnien-Herzegowina besiegelt.
- 1999: Am 24. März beginnt die Nato wegen der Menschenrechtsverletzungen der Serben im Kosovo ihren Luftkrieg gegen Serbien, der am 10. Juni nach dem Abzug der serbischen Truppen aus dem Kosovo endet. Die UNO erkennt dem Kosovo eine „substanzielle Autonomie“ zu und stellt es unter seine Verwaltung.
Am 27. Mai wird Milošević in Abwesenheit vor dem UN-Tribunal in Den Haag wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Kosovo angeklagt.
- 2000/2001: Am 5. Oktober 2000 wird Milošević in Belgrad in einem friedlichen Volksaufstand gestürzt und am 28. Juni 2001 von der serbischen Regierung dem Haager UN-Tribunal überstellt.
- 2004: Am 29. März wird Slowenien Mitglied der NATO und am 1. Mai der EU.

Literaturhinweise

Andrić, Ivo: Die Brücke über die Drina, München, Wien 2003.

Brey, Thomas: Die Logik des Wahnsinns, Jugoslawien – von Tätern und Opfern, Freiburg 1993.

Deschner, Karlheinz; Petrović, Milan: Krieg der Religionen – Der ewige Kreuzzug auf dem Balkan, München 1999.

Dicke, Klaus; Hubel, Helmut: Die Krise im Kosovo, Erfurt 1999.

Djurid, Rajko; Bengsch, Bertolt: Der Zerfall Jugoslawiens, Berlin 1992.

Draculid, Slavenka: Café Paradies oder die Sehnsucht nach Europa, Berlin 1997.

Draculid, Slavenka: Keiner war dabei, Kriegsverbrechen auf dem Balkan vor Gericht, Wien 2004.
Goytisoló, Juan: Notizen aus Sarajewo, Frankfurt a. M. 1993.

Joetze, Günter: Der letzte Krieg in Europa? Das Kosovo und die deutsche Politik, Stuttgart/München 2001

Mappes-Niedeck: Balkan-Mafia, Staaten in der Hand des Verbrechens – Eine Gefahr für Europa, Berlin 2003.

Meldid, Dunja (Hrsg.): Der Jugoslawien-Krieg, Opladen/Wiesbaden 1999.

Meyer, Victor: Wie Jugoslawien verspielt wurde, München 1996.

Reißmüller, Johann Georg: Der Krieg vor unserer Haustür, Stuttgart 1992.

Rüb, Matthias: Kosovo – Ursachen und Folgen eines Krieges, München 1999.

Schmid, Thomas (Hrsg.): Krieg im Kosovo, Hamburg 1999.

Verfasser

Peter Hoffmann, geb. 1943,
Diplomsoziologe, Leiter des Referats Materialien, Informationsdienst und Internet in der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung

